

hochschule

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

ost

Leipzig April 1992

Herausgeber:
Arbeitskreis
Hochschul-
politische
Öffentlichkeit

4/92

THEMEN:

HRG - Genesis im Westen
und Wirkung im Osten

Licht und Schatten in Leipzig

AUTOREN:

Nitsch * Bultmann * Klinzing
Lerchner/Pezold/Richter * Mayer
Feige * von Thadden * Tesch
u. a.

aus:
Süddeutsche Zeitung
vom 8./9. 2. 1992

und Atemtechni...

wieder Termine frei: ☎089/3615814

Professur

**an einer Ostdeutschen Universität gesucht.
Vermittlungsbemühungen werden gut
honoriert. Angebote u. ☐ ZS4531414 an SZ**

Lebens- und Schönheitsberatung,
in entspannter, lockerer Atmosphäre und
traumhafter Umgebung in Italien
Sie

Editorial

Hatten wir im März kurzfristig die Dokumentation der Anhörung zum Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung eingeschoben. liegt nun wieder ein Heft mit gewohnter Zusammenstellung von Schwerpunktthemen, Berichten und Dokumentation vor.

Zur Vorgeschichte der im Heft 3/92 protokollierten Anhörung gehört unser erstes Thema: "HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten". Am 10. Januar d.J. hatte die Konferenz der StudentInnenschaften (KdS), der Dachverband ostdeutscher StudentInnenRäte, an der Technischen Hochschule Ilmenau ein Seminar unter dem genannten Titel durchgeführt. Sinn der Veranstaltung war zuvorderst, für ostdeutsche StudierendenvertreterInnen einen systematischen Einstieg in die HRG-(Novellierungs-)Diskussion zu schaffen sowie die Anhörung im Februar vorzubereiten. Da die drei auf dem Seminar gehaltenen Referate - von Wolfgang Nitsch, Torsten Bultmann und Larissa Klinzing - uns auch über den ursprünglichen Adressatenkreis hinaus interessierend erscheinen, veröffentlichen wir sie an dieser Stelle.

Das zweite Thema in vorliegender Nummer beschäftigt sich vorrangig mit der Geschichte der Universität unseres Erscheinungsortes. Anlaß bot die Ehrenpromotion Hans Mayers in Leipzig. Der Ruf der Leipziger Universität wurde in den 50er Jahren vor allem, freilich nicht nur, durch zwei Namen geprägt: Ernst Bloch und Hans Mayer. Beide wurden durch die Universität verstoßen. Späte Genugtuung widerfahren lassen kann sie nun nur noch einem von beiden. Ernst Bloch verstarb 1977 in Tübingen. Hans Mayer trug die Universität im vergangenen Jahr die Ehrendoktorwürde an. Daß er sie annehmen würde, galt nicht als sicher, als der Akademische Senat sich den Antrag der Fakultät zu eigen machte. Am 15. Januar 1992 fand nun der Akademische Festakt statt. Wir publizieren die von Gotthard Lerchner, Dekan der Kultur-, sprach- und erziehungswissenschaftlichen Fakultät, gehaltene Laudatio auf Hans Mayer, seine Dankesrede sowie einen Artikel des Leipziger Universitätshistorikers Hans-Uwe Feige zum Umgang der Universität und der DDR mit demjenigen, für den die durch die politischen Umstände ermöglichte Besinnung der Universität zu spät kam: Ernst Bloch.

Einem ambitionierten Projekt versuchen wir uns mit einem Interview zu nähern: der Universitätsneu- oder -wiedergründung in Frankfurt/Oder. Matthias Middell unterhielt sich mit dem Göttinger Historiker Rudolf von Thadden, der dem Gründungssenat der Universität angehört und der Gründungskommission für die künftige Kulturwissenschaftliche Fakultät vorsitzt. Ergänzt wird das Interview durch die Dokumentation eines Konzeptionspapiers für diese Fakultät.

Aufmerksam gemacht sei noch auf die Veröffentlichung dreier Briefe, die die vielfach stark veredelten Personalüberprüfungsprozesse an den ostdeutschen Hochschulen vielleicht etwas zu veranschaulichen vermögen: Ein Brief der Personalkommission des Fachbereichs Chemie der TU Dresden an MitarbeiterInnen, ein Brief des sächsischen Ministers Meyer und eine Antwort darauf.

IMPRESSUM

hochschule ost politisch-akademisches journal aus ostdeutschland

Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit

beim StudentInnenRat der Universität Leipzig, PSF 920, O-7010 Leipzig, Tel: 719 22 61, Uni-Fax 209 325.

Verantwortlich: Peer Pasternack

Redaktion: Dirk Behr, Frank Geißler, Monika Gibas, Enka Jäger, Matthias Middell, Peer Pasternack

hso erscheint monatlich.

Schutzgebühren: Einzelheft 5,- DM (ostdeutsche PrivatbezieherInnen 3,- DM), Jahresabo (12 Ausgaben) 55,- DM (ostdeutsche PrivatbezieherInnen sowie westdeutsche Studierende 33,- DM, in der akademischen/studentischen Selbstverwaltung in den FN, aktive Studierende 20,- DM).

Mitarbeit aller Art ist erwünscht. Insbesondere zum Schreiben von Artikeln und LeserInnenbriefen wird ermuntert.

Selbstverständlich geben die Artikel nicht in jedem Fall Meinungen des Arbeitskreises HPO bzw. der Redaktion wieder.

Nachdruck mit Quellenangabe ("hochschule ost" Leipzig, Nr. ...) gestattet. Belegexemplar erbeten.

INHALT

THEMA I: HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten	
<i>Wolfgang Nitsch:</i> Hochschule und Gesellschaft: Der akademische Raum zwischen sozial- emanzipativen und systemdynamischen Autonomisierungstendenzen	3
<i>Torsten Bultmann:</i> Einige Notizen zur Geschichte des Hochschulrahmengesetzes	11
<i>Larissa Klinzing:</i> Landeshochschulgesetze im Übergang	18
THEMA II: Licht und Schatten in Leipzig	
<i>G. Lerchner / K. Pezold / H. Richter:</i> Laudatio zur Verleihung der Ehrendoktorwürde an Hans Mayer	21
<i>Hans Mayer:</i> Dankesrede zur Ehrenpromotion, Leipzig, den 15. Januar 1992	27
<i>Hans-Uwe Feige:</i> Der "Fall" Ernst Bloch	29
PUBLIKATIONEN zu Ernst Bloch	40
INTERVIEW: Gründung einer Europa-Universität in Frankfurt/Oder. Gespräch mit <i>Rudolf von Thadden</i>	41
DOKUMENTATION: Konzeptionspapier für eine Fakultät für Kulturwissenschaften an der Universität Frankfurt/Oder	50
BERICHTE	
Der Umbruch im Osten - Wissenschaft nach der Vereinigung in Ost und West. Arbeits- gruppenbericht vom Juso-HSG-Kongreß "Wissenschaftslandschaft im Umbruch"	55
Anhörung des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft in Leipzig (<i>P. Ternack</i>)	57
An der TH Leipzig - zwei Jahre im Spannungsfeld zwischen Erneuerung, Scheinabwicklung und Warten auf Entscheidungen (<i>J. Tesch</i>)	59
DOKUMENTATION	
Brief der Personalkommission Chemie an der TU Dresden	65
Brief des sächsischen Wissenschaftsministers an den StuRa der TU Chemnitz	66
Offener Brief des Koordinierungsrates der KdS an den sächsischen Wissenminister	67
DOKUMENTATION	
Wissenschaftsrat: Neue Hochschul- und Forschungslandschaft im Osten Deutschlands	68
HRK: Zum Strukturwandel der Hochschulen in den neuen Bundesländern und Berlin	71
HRK: Studierende mit Ost-Abi im Westen und mit West-Abi im Osten	74
PUBLIKATIONEN zum Thema Hochschulen/Wissenschaft Ost	77

Am 10. Januar 1992 führte die Konferenz der StudentInnenschaften (KdS), der Dachverband ostdeutscher StudentInnenRäte, an der Technischen Hochschule Ilmenau ein Seminar zum o.g. Thema durch. Sinn der Veranstaltung war zuvorderst, für ostdeutsche StudierendvertreterInnen einen systematischen Einstieg in die HRG-(Novellierungs-)Diskussion zu schaffen sowie die Anhörung der KdS zum Hochschulrahmengesetz nach der deutschen Neuvereinigung (vgl. "hochschule ost" 3/92) vorzubereiten. Im folgenden dokumentieren wir die drei auf dem Seminar gehaltenen Referate.

Wolfgang Nitsch (Oldenburg):

Hochschule und Gesellschaft: Der akademische Raum zwischen sozialem emanzipativen und system- dynamischen Autonomisierungstendenzen

Dieser Beitrag wird sich mit folgenden (1)
Fragen beschäftigen:

1. In welcher historischen Konstellation wird heute das Verhältnis von Hochschule und Gesellschaft im vereinigten Deutschland wieder aufgerollt?

2. In welchem gesellschaftlichen Kräftefeld steht die Hochschule als soziale Institution und als in sich differenzierte Selbstverwaltungskörperschaft?

3. Nach welchen Verfassungsgrundsätzen und Organisationsprinzipien sollten unter diesen gesellschaftlichen Strukturbedingungen Hochschulentwicklung und das Verhältnis zu gesellschaftlichen Bereichen gestaltet werden?

Im vereinigten Deutschland wird innerhalb der alten und der neuen Bundesländer aus jeweils unterschiedlichen Interessenlagen und historischen Erfahrungen eine Neugestaltung im Verhältnis von Hochschule und Gesellschaft gefordert oder betrieben. Dabei konzentrieren sich die Forderungen und Konzepte insbesondere auf - allerdings recht unterschiedliche - Vorstellungen einer Autonomisierung, Entstaatlichung, Deregulierung und Wettbewerbsbefähigung im Hochschulbereich, z.T. im Gegensatz zu Forderungen nach weiterer sozialer Öffnung und sozial-ökologischer Umsteuerung im Hochschulbereich

durch sozialstaatliche Reformpolitik.

In den östlichen Bundesländern hat sich vor dem historischen Hintergrund des Zusammenbruchs der DDR und der Anschlußpolitik eine Polarisierung zwischen zwei Positionen ergeben: (a) den zarten Ansätzen einer Erneuerung in den Hochschulen von innen und unten mit dem Ziel akademischer Autonomie zur Überwindung der einseitigen und autoritären politischen Funktionalisierung von Wissenschaft für einen kurzschlüssigen Berufspraxisbezug sowie (b) einer im Einigungsvertrag und der Logik des Anschlusses angelegten Steuerung und Neustrukturierung der Hochschulen durch die Landesministerialbürokratie und ihre bundesweiten Koordinierungsapparate (Kultusministerkonferenz, Wissenschaftsrat).

In den westlichen Ländern können wir zur Zeit mindestens vier ordnungspolitische Tendenzen oder Programme feststellen:

1. die Verteidiger des status quo, d.h. einer kultusbürokratisch-rechtsstaatlich gelenkten und kontrollierten »Professoren- und Drittmitteluniversität« (mit erzwungenen marginalen Konzessionen an das Modell der Status-Gruppen-Universität), in der Kultus- und Wissenschaftsministerien stark Prioritäten in der Gründung und Entwicklung von Instituten und Studiengängen bestimmen, deren Ausfüllung jedoch der Autonomie der professoralen »Fachvertreter« überlassen;

2. die Verfechter einer relativen Deregulierung in der Hochschulverwaltung zugunsten von mehr Gestaltungsspielräumen einmal für die Kooperation »unternehmerischer« Professoren mit Drittmittelgebern in den einzelnen staatlichen Ressorts und in der Wirtschaft und zum anderen für die Fachbereiche/Institute und z.T. die Hochschullei-

tungen, im Sinne eines Wettbewerbs um arbeits- und forschungsmarkt-gerechtere und z. T. eine Elitenbildung fördernde Zulassungs- und Studienpolitik;

3. die Vertreter einer traditionellen sozialdemokratischen demokratisch-sozialstaatlichen Steuerung und Regulierung des Hochschulbereichs im Interesse einer breiten sozialen Zugangsöffnung, Förderung benachteiligter Gruppen (Arbeitnehmer, Frauen) und einer sozial verantwortlichen Wissenschafts-, Technik- und Berufspolitik, durchaus unter Wahrung einer »sozialpartnerschaftlichen« Kooperation mit den Gewerkschaften und Arbeitgeber- und Industrieverbänden;

4. die VertreterInnen eines rot-grünen und linksliberalen »libertär-republikanischen« Programms relativer Entstaatlichung/Entbürokratisierung/Dezentralisierung zugunsten erweiterter akademischer Selbstverwaltungsrechte in der Haushalts-, Forschungs- und Studien-Politik und zugunsten einer Beteiligung/Mitbestimmung gemeinwohlorientierter gesellschaftlicher Verbände (non-governmental public interest groups) - von umwelt- und frauen-politischen Vereinigungen bis zu den öffentlich-rechtlichen Kammern und gewerkschaftlichen Dachverbänden - in regionalen Hochschul-Kuratorien (ähnlich den Boards of Regents der US-Staatsuniversitäten), aber auch in fachlichen Beiräten und in Kooperations- und Transfer-Stellen zwischen Hochschulen und gesellschaftlichen und beruflichen Bereichen.

Dabei sind gleitende Übergänge zwischen der ersten und zweiten sowie Kompromisse zwischen der dritten und vierten Position sichtbar ebenso wie strukturelle faktische Gemeinsamkeiten zwischen den Positionen eins und drei (staatliche Steuerung)

bzw. eins und vier (relative Entbürokratisierung).

Die neue »weltpolitische« Konstellation, in der sich das vereinigte Deutschland (vor dem Hintergrund seiner vergifteten historischen Erbschaften) befindet, verschärft den Druck entgegengesetzter gesellschaftlicher Interessen und struktureller Gewalten auf die Realisierung dieser alternativen Programme und Ordnungsvorstellungen:

- Die Krise der Arbeitsmärkte (gesteigert noch im »Anschlußgebiet«) verschärft den Druck von Gruppen sozialer AufsteigerInnen bzw. StatusverteidigerInnen auf breiteren und kostengünstigeren Hochschulzugang und gezieltere Berufsqualifikation, um sich bzw. den Kindern bessere Startpositionen in den noch florierenden Dienstleistungsbranchen zu sichern.

- Die Verknappung öffentlicher Ressourcen für die privilegierte Ausstattung von Forschung und Lehre führt zu neuen Versuchen von Wirtschafts-, Berufs- und Professoren-Gruppen, sich elitäre Forschungs- und Studienprogramme zu sichern, abgeschottet von beruflichen Massenausbildungsgängen.

- Die sich verschärfenden Strukturkrisen in mehr und mehr »peripheren« Regionen (und in den neuen Bundesländern insgesamt) führt zu Versuchen von regionalen Verbänden und ParteipolitikerInnen, eine gegensteuernde regionalistische Hochschulförderung durchzusetzen.

- Die Ausbreitung globaler ökologischer Krisen und Friedensgefährdungen sowie die Verschlechterung der Lage benachteiligter Gruppen (Frauen, Kranke und behinderte Menschen, AusländerInnen) führt zu vermehrten Versuchen der »Einmischung« entsprechender gemeinwohlorientierter

»Lobbies« auch in der Hochschulpolitik.

- Die wirtschaftliche, militärische und wissenschaftlich-technische neue Weltmachtposition (und Weltpolizei-Aspiration) von BRD und EG führt angesichts des hohen Anteils, den deutsche Hochschulen an Forschung und Ausbildung von »Führungskräften« haben, dazu, daß mehr deutsche Regierungsressorts und EG-Behörden fördern, regulierend und Elite-bildend in Hochschulbereiche eingreifen werden, die für weltweite Kooperations- und Interventionsprogramme relevant sind (schon reden Politiker wie Glotz die Notwendigkeit eines »wirksamen Friedenskorp« mit hohem technischen Bildungsstand und modernstem Gerät« herbei; vgl. DIE ZEIT 19.4.1991).

Angesichts dieser vielen Köche und der neuen Unübersichtlichkeit im erweiterten Hochschulbrei liegt es nahe, daß daraus ein Flickenteppich von sich »autonom« (behörden- bzw. kapitalunmittelbar) gehenden Institutionen und Bereichen für fast jeden Geschmack werden könnte, allerdings je nach machtpolitischen Kräfteverhältnis: breite Programme von Massen-Berufsausbildung mit regionalen »Hoffnungsschwerpunkten« für die Klientele der Partei- und Verbände-Provinz, eher elitäre und »kosmopolitische« Forschungs- und Graduiertenzentren (teils in Symbiose mit deutschen und europäischen Behörden, teils als »autonome« Partner der (staatlich hochsubventionierten) Forschungs- und Trainingsförderung der Wirtschaft und schließlich einige alibiartige Quotenprogramme für »Minderheiten«, Frauen, Ökologen und Friedens(polizei)-forscher).

(2)

Wir sollten also schon etwas genauer

fragen: wer kann mit wem gegen wen wofür welche Form oder Qualität von »Autonomie« wo im Hochschulbereich durchsetzen?

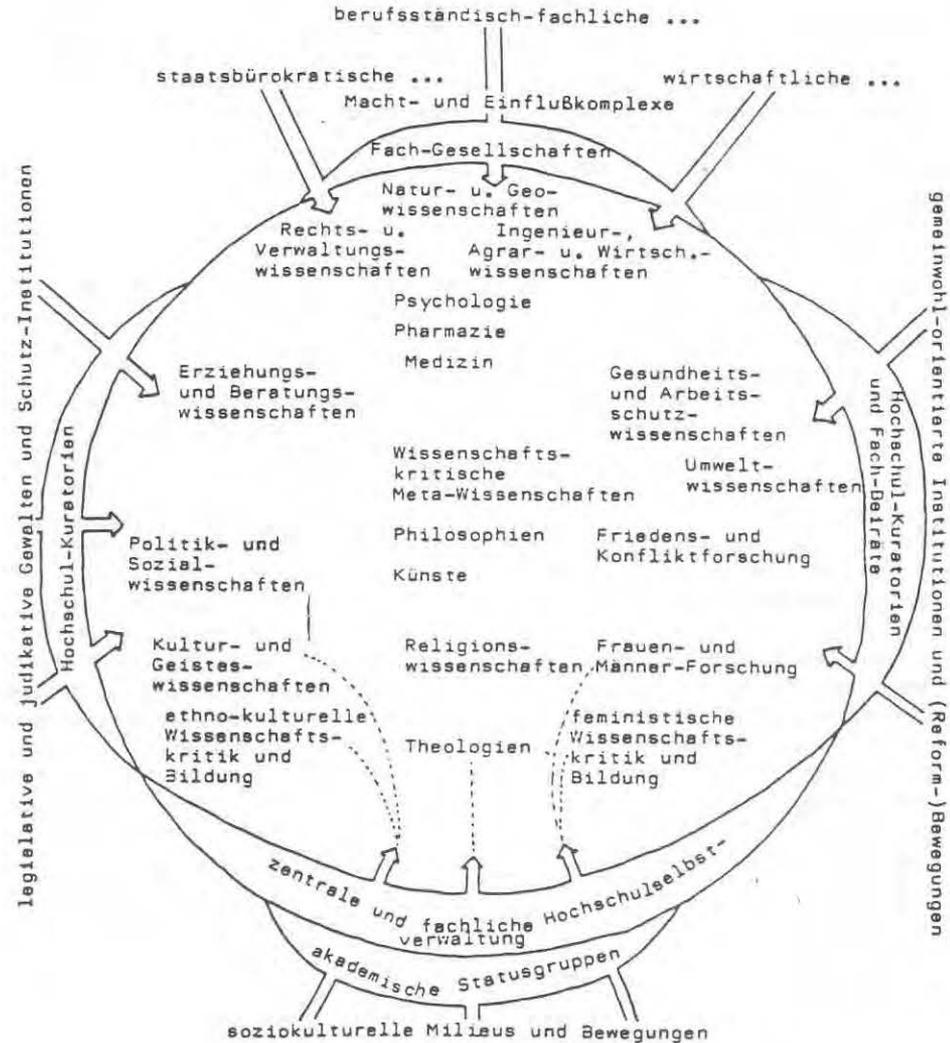
Dazu müssen wir uns verdeutlichen, in welchem gesellschaftlichen Interessen- und machtpolitischen Einflußfeld sich die Hochschule als soziale Institution, als gesellschaftlicher Bereich befindet und entwickelt (im Unterschied zu der nur scheinbar homogenen öffentlich-rechtlichen Körperschaft Hochschule). Dazu wiederum ist ein Vorverständnis über die grundlegenden Kategorien erforderlich, mit denen die Reproduktion und Weiterentwicklung der Gesellschaft analysiert werden soll. Jenseits aller Gesellschaftstheoretischen Differenzen (von Durckheim, Marx, Weber bis Habermas und Luhmann) scheint es einen begrenzten Konsens darüber zu geben, daß in den modernen kapitalistischen Gesellschaftsformationen zwei grundlegende Strukturierungsmechanismen in (kontrovers interpretierte) Beziehungen zueinander treten: einerseits die sogenannte »real-abstrakte« Vergesellschaftungsdynamik weltmarkt-orientierter Kapitalbildung und der darauf bezogenen staatlich-rechtlichen, wissenschaftlich-technischen und ideologischen Systeme und Apparate (in denen von den Bedürfnissen, Schicksalen, Ideen der konkreten Menschen und Gruppen radikal »abstrahiert« = abgesehen wird); andererseits die Vergemeinschaftungsformen konkret-historischer sozial-lebensweltlicher Kollektive und ihrer öffentlichen, auch individuelle Emanzipation ermöglichenden Verkehrs- und Kommunikationsformen.

Für die Problematik der (Selbst-)Verwaltung, Selbst- oder Fremd-Steuerung akademischer Forschung und Bildung sollte es zumindest deutlich sein, daß es einen zentralen Unterschied gibt, ob jemand von der funktionalen Automatisierung ausdifferen-

zierter systematischer Bereiche mit ihren Sachzwanglogiken im Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftung spricht oder von der emanzipativen sozialen Autonomisierung oder Selbstbestimmung lebensweltlicher Bereiche, Gruppen und Bewegungen, die eine bewußte kollektive (Mit-)Kontrolle über die systematisch »geronnenen« gesellschaftlichen Produktivkräfte anstreben; ob es also um eine system-aggregative funktionelle Vernetzung von Sub-Systemen in Meso- und Makro-Systemen geht oder um eine in sozialen Kämpfen und in Formen von kulturellen und politischen Öffentlichkeiten argumentativ geförderte und »ausgehandelte« soziale Gestaltung in bestimmten historischen Konstellationen. Aus der ersten Sicht sind die lebensweltlichen und öffentlichen Kommunikationsprozesse nur störende Umweltbedingungen und Stoffe für eine autonome Systemdynamik; aus der zweiten Sicht sind die systematisch geronnenen Prozesse bewußt und kollektiv zu beherrschende Stoffe und Mittel für in der Regel kontroverse und reversible Willensbildungen in und zwischen sozialen Kollektiven in Rahmen ihrer symbolischen und sinnstiftenden Verständigungs- und Ausdrucksmedien.

In der empirischen sozialen Realität mischen sich diese idealtypisierend getrennten Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsmechanismen in Institutionen, Organisationen, formellen und informellen Gruppen im staatlichen, öffentlich-gesellschaftlichen und privaten Bereich - so auch in der Hochschule als sozialem Raum.

Die Hochschule und ihre Status-Gruppen und Fachbereiche sind vor allem mit drei außerhochschulischen national- und weltmarktonorientierten Macht- und Einfluß-Komplexen konfrontiert, die tief steuernd und strukturell in sie eingreifen:



1. Wirtschaftliche nationale und multinationale Macht-Komplexe (einschließlich sogenannter militärisch-industrieller Komplexe);

2. staatsbürokratische nationale, europäische und internationale Machtapparate;

3. berufsständische und fachwissenschaftliche Oligarchien und Einflußnetze.

Dem stehen im Hochschulbereich soziale, kulturelle, generations- und geschlechtsspezifisch differenzierte Gruppen gegenüber (zusammengefaßt in formalen Statusgruppen: StudentInnenschaft, ProfessorInnenschaft, Mittelbau, sonstige Dienstkräfte), die ihre konkreten Bedürfnisse, Identitäten, Sinnhorizonte mit den systematisch determinierten Leistungsprozessen »sinnvoll« koordinieren wollen oder/und an nicht nur system-funktionalen kulturellen Sinn-Gebilden bestimmter Universitätsdisziplinen lernen und kreativ werden wollen. Sie entstammen einer Vielzahl von sozio-kulturellen Herkunftsmilieus und stehen vielfältigen weltanschaulichen, ethnisch-kulturellen und sozialen Bewegungen nahe, deren begrenzte bis bornierte Sinnhorizonte sie allerdings im Prozeß kritisch-vergleichender Wissens- und Erfahrungserweiterung in der Hochschule überschreiten sollten.

In einer seit Jahrzehnten demokratisch-republikanisch verfaßten kapitalistischen Gesellschaft wie der »alten« BRD finden sich schließlich zwei aufeinander strukturell bezogene republikanische Öffentlichkeitsbereiche, mit denen der Hochschulbereich je nach Landes- und Stadtstaats-tradition mehr oder weniger in Austausch tritt:

Auf der einen Seite die dem expansiven Machtkomplex staatlicher Exekutive und Verwaltung dem Anspruch nach (und punktuell auch real) kontrollierend und grenz-

setzend gegenüber tretende Legislative (Parlament politische Parteien) sowie die Judikative (Gerichte sowie neuerdings Ombudsämter/öffentliche Schutz-Beauftragte) und die daran gebundene rechtsaufsichtliche Verwaltung. Auf der anderen Seite die für bestimmte Gemeinwohlbelange sich bildenden Verbände und Protest- und Reformbewegungen (non governmental public interest groups) und die ebenfalls offiziell dem öffentlichen Interesse verpflichteten Berufs-, Arbeits- und Wirtschaftskammern und auch die gewerkschaftlichen Dachverbände. In den verschiedenen Fachgebieten der Hochschulen kommen die hier grob skizzierten systematischen und sozio-kulturellen Einflußbereiche in sehr unterschiedlicher Gewichtung und Mischung zum Tragen, bilden sich Rang-Ordnungen unter den Fächern je nach den dominanten gesellschaftlichen Bewertungskriterien.

Innerhalb der Hochschul-Statusgruppen und der Gremien der Hochschulselbstverwaltung können sich, vermittelt über Wahl-Listen und Fraktionen, immer nur labile, kompromißhafte Programme und Entscheidungsbündel herausbilden, in denen durch Hochschulbildungsprozesse aufgeklärte und informierte sozio-kulturelle, weltanschauliche, politische Interessengruppen innerhalb von und quer zu Statusgruppen gemeinsame Ziele aushandeln und mit den dominanten sachzwanghaft wirkenden bzw. von außen determinierten systematischen Funktionen und Leistungen zu vermitteln suchen. Gegenüber unreflektierten System-Zwängen und bornierten lebensweltlichen Traditionen und Vorurteilen können kritisch reflexive Bildungs- und Forschungsprogramme immer nur eine begrenzte und befristete substantiell-intellektuelle Autonomie gewinnen - oft genug gegen das »juste milieu« akademischer Disziplinen, Berufe und ih-

rer lokalen Hochschulpolitik. Real-abstrahierende systematische, konkret-lebensweltliche und kritisch-reflexive kosmopolitische und gemeinwohlorientierte Autonomiebestrebung werden im akademischen Kräftefeld stets im Kampf miteinander liegen. Solange nicht eine dieser intellektuell-strukturellen Gewalten die anderen totalitär unterdrücken kann oder sich eng lebensweltliche und fachborniert-systemische Denk- und Handlungsweisen in schlechter Arbeitsteilung miteinander durchsetzen, können sie von einander gegeneinander lernfähig und in ihren Denkmustern und Produkten reversibel bleiben.

(3)

Der demokratische Sozialstaat ist zur umfassenden Daseinsvorsorge - einschließlich einer ökologisch verantwortlichen Lösung globaler Umweltkrisen - gehalten, gegensteuern in die von den Anforderungen und Interessen der Kapitalentwicklung und Rüstung determinierte Wissenschafts- und Ausbildungsentwicklung zu intervenieren; und dies unter drei Kriterien:

(1) Da wissenschaftliche Ausbildung, Forschung, Dienstleistung zentrale Medien der sozioökonomischen Reproduktion sind, ist der Zugang der verschiedenen sozialen Schichten und kulturell-ethisch an Gruppen der Bevölkerung dazu zugleich zentralen Moment bei der Verteilung des Sozialprodukts; der demokratische Sozialstaat hat hier nach Maßgabe der jeweils demokratisch sich durchsetzenden Programme und Strategien sozial gerechter Verteilung für die Regelung des Zugangs zu und der Prioritätenbildung innerhalb von Ausbildung und Forschung Vorsorge zu treffen.

(2) Ungehemmter wissenschaftlich-technischer Fortschritt (einschließlich sozio-

technischer und pädagogischer struktureller Gewaltausübung) verletzt vielfach auch die Werte der Menschenwürde, der Völkerverständigung und der Friedenserhaltung und muß daher einer verfassungsrechtlich normierten Begrenzung und Kontrolle unterliegen, verbunden mit der gezielten Förderung von Forschungs- und Bildungsprogrammen, die der Durchsetzung menschenwürdiger Lebensbedingungen und der Menschen- und BürgerInnen-Rechte dienen.

(3) »Naturwüchsiger« wissenschaftlich-technischer Fortschritt (und entsprechende Ausbildungsleistungen) stützen das ungehemmte industrielle Wachstum. Dieses zerstört zunehmend für das Überleben der Gattung notwendige Lebensbedingungen, negiert aber auch die Rechte der übrigen natürlichen Lebenswelten. Um hier in wichtigen Bereichen annähernd ökologische Gleichgewichte wiederherzustellen, bedarf es positiver wissenschafts-, technologie- und bildungspolitischer Vorleistungen und Kontrollen durch staatliche Gesetzgebung und Politik.

Die traditionellen rechtlichen Formen der persönlichen Verpflichtung der Amtsträger und Bediensteten öffentlich-rechtlicher Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen auf Gemeinwohlprinzipien erwiesen sich für die Anforderungen und Gefährdungslagen als zu diffus und schwach, zumal wenn es um komplexe längerfristige Wirkungszusammenhänge und darauf bezogene Verfahrensregelungen geht. Gegen positive Intentionen von Beteiligten haben sich irtransparente wissenschaftlich-technische und pädagogische Systemsteuerungen entwickelt, die (a) sozial gerechte Verteilungsprogramme unterlaufen, (b) strukturell gewalthaft die Menschenwürde und Persönlichkeitsrechte einschränken oder zersetzen und (c) ökologische Gleich-

gewichte beschleunigt und überwiegend irreversibel zerstören.

Hier bedarf es vielfältiger, neu zu »erfindender« institutioneller Formen, Medien, Verfahren und gegensteuernder Forschungs- und Bildungsschwerpunkte, die von einem sozial-ökologisch verantwortlichen demokratischen Sozialstaat offensiv zu gestalten sind.

Hochschulen erweisen sich vor diesen Gefahren- und Interessenlagen weniger denn je als homogene Selbstverwaltungskörperschaften (die eine substantielle Autonomie gestalten und legitimieren könnten) und deren Mitglieder gleich-sinnig verantwortlich handeln (oder dazu verpflichtet werden könnten), sondern sie unterliegen wie viele andere öffentlich-rechtliche wissenschaftliche Einrichtungen extrem unterschiedlichen Einflüssen und Strukturzwängen aus einer antagonistisch-dynamischen Gesellschafts- und Gattungsgeschichte. Die multi-national oder national konzentrierten Wirtschaftsmächte haben bereits einen - verfassungsrechtlich abge-

sicherten - intensiven Zugang zur Gestaltung der inhaltlichen Schwerpunkte und der Verkehrs- und Denkformen in der Wissenschafts- und Hochschulentwicklung. Der demokratische Sozialstaat - erweitert zum ökologisch- und international-solidarischen Sozialstaat - ist ebenso verfassungsmäßig verpflichtet, gegen die extremen und destruktiven Wirkungen dieser Wirtschaftsmächte langfristig, präventiv und gegensteuernd zu intervenierend.

Als demokratisch, föderalistisch und sozial-ökologisch zu strukturierendes Gemeinwesen ist dieser Verfassungsstaat gehalten, sich vorrangig der Beteiligung dezentraler, kommunaler und zivil-gesellschaftlicher gemeinwohlorientierter Kräfte und Gestaltungsformen bei der Erfüllung dieser Aufgaben zu bedienen.

Wolfgang Nitsch, Prof. Dr., ist Soziologe und Hochschullehrer in der Lehrerausbildung an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg

Torsten Bultmann (Bonn):

Einige Notizen zur Geschichte des Hochschulrahmengesetzes (HRG)

Die ungleiche Machtverteilung des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses kommt auch darin zum Ausdruck, daß das HRG den ostdeutschen Hochschulen und neuen Bundesländern als unhinterfragbare Norm eines Wissenschaftslenkungsmodells präsentiert wird, an das es sich lediglich anzupassen gelte. Diese Normierung ist gleichbedeutend mit einer Enthistorisierung (so wie auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen Entzeitlichung der - konfliktgeladenen - juristischen Regelmechanismen kapitalistischer Marktwirtschaft und deren rechtsdogmatische Setzung als Norm, die nur noch einen Unterwerfungsanspruch erzeugen kann, ineinander greifen). In diesem Verfahren geht, gerade was unser Thema betrifft, völlig unter, daß die Erarbeitung des HRG von heftigen politischen Auseinandersetzungen begleitet war, und daß auch das Endprodukt nichts anderes leistet, als eine Machtbalance zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Interessen herzustellen.

Das HRG wurde als erstes Bundeshochschulgesetz überhaupt in seiner im wesent-

lichen noch bis heute gültigen Fassung 1976 unter der SPD/FDP-Regierung im Bundestag verabschiedet, und zwar von einer Großen Koalition aller Parteien (SPD, FDP, CDU). Demgegenüber wurden noch bis Mitte der 70er Jahre ("Ära Brandt") Reformen im Bildungs- und Hochschulbereich in einem weitaus höheren Maße in Konfrontation zwischen konservativen und "progressiven" (nicht nur sozialdemokratischen sondern auch weiter links stehenden) Kräften in starker weitanschaulicher Aufladung durchgesetzt (dreigliedriges Schulsystem vs. Gesamtschule; Ordinariatenuniversität vs. Gruppenuniversität etc.). Es ist schließlich kein Zufall, daß etwa zeitlich parallel zur HRG-Verabschiedung der sog. "Öffnungsbeschuß" (1977), zwischen Regierungschefs der Länder und Hochschulrektoren ausgehandelt, verkündigt wurde; seine Quintessenz: Beibehaltung des - im wesentlichen uneingeschränkten - Hochschulzugangs für nachfolgende Studierendengenerationen bei gleichzeitiger Einfrierung der öffentlichen Hochschulausgaben. Anders ausgedrückt: bis heute mußte in Westdeutschland eine überwiegend konstant bleibende materielle und personelle Grundausstattung eine Verdop-

pelung der Studierendenzahlen (von 750 Tsd. auf 1,6 Mill.) auffangen. Damit tendierte auch der materielle Spielraum für Reformen im Hochschulbereich zugunsten einer überwiegenden technokratischen Notstandsverwaltung gegen Null.

Das HRG markiert folglich weniger einen Auftakt als vielmehr den machtpolitisch gesetzten vorläufigen Endpunkt einer Entwicklung: den entgültigen Übergang von einer Politik substantiellerer gesellschaftlicher Reformen zum bloßen technokratischen Krisenmanagement, wofür sich ein "staatstragender" Konsens ausgebildet, dessen purer Ausdruck die das HRG unterstützende Allparteienkoalition ist.

II.

Ende 1980 wartet der Bund Freiheit der Wissenschaft (BuF) anlässlich seines 10jährigen Jubiläums mit folgender Erfolgsbilanz auf: *"An den meisten Hochschulen und in der Mehrzahl der Fächer konnte eine Machtübernahme durch die Gegner unserer Gesellschaftsordnung abgewehrt werden. Die gewaltsamen Störungen und Krawalle sind seltener geworden."* Diese rückblickende Bewertung von Studentenbewegung und Hochschulreformen verdeutlicht zugleich die bis heute nachwirkende Gefügtheit dieses militantesten Ordinariatenverbandes, politische Gegner jenseits der Verfassung zu stellen und mithin wissenschaftspolitische Kontroversen auf eine polizeiliche Angelegenheit zu reduzieren. Die "Machtfrage" hat an den Hochschulen natürlich niemals auf der Tagesordnung gestanden. Dennoch kommt in dieser Äußerung etwas Reales zum Ausdruck: die Emphase sagt etwas über die Dimensionen, in denen die Konflikte im Hochschulbereich über die zugrundeliegenden Sachthemen (Wissenschaftskritik,

Studien- und Prüfungsreform, Mitbestimmung) hinaus häufig tatsächlich von den Beteiligten interpretiert wurden.

Zur unmittelbaren Vorgeschichte des HRG gehört schließlich die politische Polarisierung angesichts der in den 60er Jahren sprichwörtlich gewordenen tiefen Krise des tradierten deutschen Hochschulgedankens. Nach 1945 wurden in den westlichen Besatzungszonen die Hochschulen nicht erneuert, sondern im wesentlichen als Ordinariatenuniversitäten in struktureller und - überwiegend auch - personeller Kontinuität zur vorangegangenen Zeit des Faschismus restauriert. Dem lag eine Analyse zugrunde, daß die Idee der deutschen Universität "im Kern gesund" sei (so etwa 1948 im sog. "Blauen Gutachten" der britischen Zone). Das Thema "Wissenschaft im Nationalsozialismus" wurde auf das moralische Fehlverhalten einzelner Professoren und eine nur punktuelle wissenschaftsfremde, bloß "äußerliche" Politisierung und Ideologisierung einzelner Hochschulfunktionen reduziert. Bei dieser sehr vordergründigen Bilanz lag scheinbar nichts näher als zum Ideal vermeintlich autonomer, d.h. unpolitischer und "zweckfreier" höherer Bildungsstätten für wenige zurückzukehren. Auf diese Weise wurden von den Ordinariaten auch sinnvolle Diskussionen über eine Verkoppelung von Hochschule und Gesellschaft, über eine gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft vorrangig ausgegrenzt. Die institutionelle Macht dazu hatten sie. Letztlich liefen alle Fäden der Wissenschafts- und Hochschulplanung, alle Entscheidungsstränge, in der Person des einzelnen Professors zusammen, der individuell über materielle Ressourcen, wissenschaftlichen Nachwuchs, über Prioritäten in Forschung und Studium bestimmte.

Vor diesem Hintergrund ist es erklärbar,

daß in der Studentenbewegung, die 1968 alle Universitäten ergriff und zeitweiselahmte, Universitätskritik als Kritik an anachronistischen Strukturen und einzelnen Personen, Gesellschaftskritik und die Entdeckung "unbewältigter" Vergangenheit faktisch eine untrennbare Einheit bildeten: die Frage nach den historischen Wurzeln der Ordinariatenuniversität verwies auf das "diskrete Beschweigen" (H. Lübke) der jüngsten Vergangenheit, welches offenbar ein integrierender Bestandteil des westdeutschen politischen Nachkriegskonsenses war, rückte die aktuellen funktionalen und thematischen Defizite der Hochschulen in ein grelles Licht und verdeutlichte schließlich die Sprachlosigkeit ihrer führenden Repräsentanten gegenüber den offenkundigen politischen Legitimationskrisen der Gegenwart (Vietnamkrieg, Notstandsgesetze). Es ließ sich relativ leicht erkennen, daß die professoralen Postulate von Politik- und Ideologiefremde der Wissenschaft vor allem die traditionell-verinnerlichte (und daher als Thema institutionell ausgegrenzte) Nähe zu den herrschenden Eliten in Staat und Gesellschaft verhüllten.

Kritik kam natürlich nicht nur aus studentischen Kreisen. Seit 1960 entwickeln sich Schlagworte wie "Bildungskatastrophe" und "Krise der Hochschulen" zu publizistischen Gemeinplätzen. Es bedarf keiner Phantasie, daß ein Lenkungsmodell wie die Ordinariatenuniversität mit dem Wissenstanztransferbedarf einer hochkomplexen kapitalistischen Industriegesellschaft unvereinbar ist, zumal in diesem Zeitraum Faktoren einer intensiven, zunehmend wissenschaftsinduzierten ökonomischen Entwicklung an Bedeutung gewinnen. So häuften sich auch Klagen etwa der Industrieverbände, die Hochschulen würden erstens für die Nachfrage des Arbeitsmarktes zu wenig Akademiker ausbilden und zweitens von den wenigen zu viele falsch,

d.h. nicht funktionsgerecht für die Berufspraxis. Die überfällige Hochschulreform wurde so in den 60er Jahren zu einem aus vielfältigen Quellen gespeisten Dauerthema, um welches sich Vereinigungen bilden, Positionspapiere erarbeitet, neuartige Instrumente zentralstaatlicher Bildungsplanung geschaffen werden, alles mündend in der Forderung nach bundesweiter gesetzlicher Regelung.

In dieser bis heute wirkenden Ausdifferenzierung von Positionen unterscheidet Margherita von Brentano (in einer im Umkreis des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) entstandenen Streitschrift "Wider die Untertanenfabrik") ziemlich aufschlußreich drei Haupttendenzen:

- **eine konservativ-reformatorische Tendenz**, die im wesentlichen von den meisten Professoren vertreten wurde und sich in der Formel "Bewahren und Ergänzen" zusammenfassen läßt. Das ist im Kern die Ordinariatenauffassung, welche die deutsche Universitätsidee für im Kern gesund und entsprechend lediglich im additiven Sinne ergänzungsbedürftig hält. Vergleichbares findet sich noch heute im Bund Freiheit der Wissenschaft (BuF) und im Hochschulverband (HV), der stärksten Standesorganisation der Professoren, wieder. Wenn der Präsident des HV, der Kölner Völkerrechtsprofessor Hartmut Schiedermaier, bei diversen öffentlichen Anlässen die Situation der neuen Bundesländer als einmalige Chance preist, die vermeintlichen Fehler zu vermeiden, welche in der westdeutschen Hochschulgesetzgebung nach 1968 begangen wurden, ordnet er sich historisch durchaus korrekt ein.

- **eine funktionalistische Tendenz** (auch als technokratische bestimmbar), welche

die Hochschulen vor allem am Kriterium ihrer Leistungsfähigkeit für Ökonomie und Administration mißt. Neben den Industrieverbänden und Forschungsfördergesellschaften tritt in dieser Intention vor allem der (1957 gegründete) Wissenschaftsrat in Erscheinung. Man könnte es als seine klassische Aufgabe bezeichnen, zwischen Politik, Industrie und vorgefundenen Hochschulbedingungen im Interesse ökonomisch-technologischer Modernisierung zu vermitteln, wobei er auch Konflikte mit Ordinarien und "verkrusteten" Strukturen nicht scheut.

- *eine radikal progressive Tendenz*, welche die Demokratisierung der Hochschule und der Gesellschaft als verbundenen Prozeß begriff. Diese Verbindung wird geschaffen durch ein radikaldemokratisch-aufklärerisches, individueller und gesellschaftlicher Emanzipation verpflichtetes Wissenschaftsverständnis. Die Position einer verschwindenden Minderheit von Hochschullehrern in den 50er- und 60er-Jahren (der Frankfurter Schule oder der von Wolfgang Abendroth in Marburg repräsentierten marxistischen Denktradition) begegnete sich hier mit der Universitätskritik studentischer Gruppen. Seine Niederschlag findet diese Tendenz in der berühmt gewordenen SDS-Denkschrift "Hochschule in der Demokratie" (1961). Vergleichbare Positionen anfangs sehr kleiner Zirkel gewinnen 1968 an den Hochschulen eine Massenbasis.

Das ist wohlgerne ein vereinfachtes Schema. Es handelt sich nicht um feste Blöcke oder Parteien. Auch gibt es vielfältige Überschneidungen und Aufspaltungen, wobei nur an die politische Zersplitterung der Nach-68er Studentenbewegung erinnert sei. Dennoch ist diese Kenntlichmachung übergreifender und in der Realität auch differenzierbarer Interessenrichtungen

nützlich. Alle künftigen politischen Konstellationen und hochschulrechtlichen Kompromisse lassen sich als spezifisch gewichtete Kräfteverhältnisse zwischen diesen Tendenzen bestimmen.

III.

"Die unermüdliche Rhetorik der Hochschulreform hütet den großen Anspruch der Universität, während administrative Notmaßnahmen für eine äußerliche Anpassung an handgreifliche Bedürfnisse sorgen", so charakterisierte Jürgen Habermas bereits 1965 die sich abzeichnende unterschwellige technokratische Reduktion, mit der die Hochschulreform zu einem bloßen Etikett für die marktwirtschaftliche Ausrichtung und bloß formale Rationalisierung des Wissenschaftssystems zu werden drohte. Daß diese Tendenz in der Folgezeit die bestimmende wurde, hängt schlicht damit zusammen, daß sie von den mächtigsten gesellschaftlichen Interessengruppen getragen war. Hinzu kam, daß entsprechende Maßnahmen nicht als identifizierbares Konzept, als politische oder ideologische Richtung in Abgrenzung zu anderen, in Erscheinung traten, sondern behaupteten das Gegenteil zu sein, genauer: Realismus, Sachzwanglogik und Modernität schlechthin gegen die "Ideologisierung" der Hochschulreform von rechts oder links zu verkörpern.

Nachdem 1969 zum erstenmal in der Geschichte der BRD eine SPD-geführte Regierung, zudem unter der Wahlkampfblosung "Demokratie wagen!", ans Ruder kam, schienen zunächst die Voraussetzungen günstig, um auf Bundesbene nachdrücklicher eine Politik der Bildungsreformen zu betreiben. 1970 erschienen die sog. Leussink-Thesen als eine Art Vorstudie zum HRG. Bereits darin war der Anspruch

einer demokratischen Hochschulreform im Sinne eines bloßen Management-Konzeptes für die operationalisierbare Handhabung der neu entstehenden Massenuniversitäten (von Anfang der 60er bis Ende der 70er-Jahre verdreifachte sich die Gesamtzahl der Studierenden) heruntergeschraubt. Hans Leussink zeichnete als der (parteilose!) Bildungs- und Wissenschaftsminister der SPD/FDP-Koalition. Zu den ihn charakterisierenden Eigenschaften gehörte, daß er Aufsichtsratsmitglied bei Krupp und Vorsitzender des Wissenschaftsrates war.

Zunächst wurden reale Schritte einer Erweiterung und Öffnung der Hochschullandschaft (Neugründungen, Erweiterung der Zulassungen zum Studium etc.) eingeleitet, die alle für sich genommen die Ambivalenz dieser (heute noch so genannten) "Reformära" bis ca 1975 verdeutlichen. Das 1971 eingeführte Bafög mit einer anfänglichen Gefördertenquote von über 30% ist so ein typisches Produkt dieser Zeit. Es war ein realer Fortschritt, indem es tatsächlich ehemals bildungsfernen Schichten den Hochschulzugang eröffnete. Es war gleichzeitig ein unabdingbares Vehikel, neue akademische Qualifikationsreserven zu erschließen, um international konkurrenzfähig zu bleiben. Öffentlich gehandelt wurde solche Maßnahmen unter dem Etikett der "Chancengleichheit". Ob diese lediglich als sozialtechnisches Instrument zur Erweiterung des akademischen Arbeitsmarktes oder als reale Emanzipation in der Gesellschaft verbunden mit dem Anspruch auf Mitgestaltung der eigenen Lebensbedingungen (eingeschlossen die Mitbestimmung an der Hochschule) zu verstehen sei, daran schieden sich wiederum die Geister und bildungspolitischen Konzepte.

· Daher wäre es zu eindimensional, die Hochschulexpansionsphase der früher 70er

Jahre ungeachtet der zweifelfreien technokratischen Ausrichtung offizieller Regierungspolitik auf die reine Logik kapitalistischer Modernisierung des Qualifikationssystems zu reduzieren. Allein schon deshalb, weil die Hochschulen in einem noch relativ wenig verrechtlichten Raum einen entsprechend größeren Spielraum für Reformexperimente und neuartige Modellversuche hatten. An ihnen wirkte ein - mehr oder weniger informelles - Reformbündnis aus Studierenden, Mittelbau und einer Minderheit von Professoren, welche den Umbau der Strukturen und die überfällige Studienreform an radikaleren Emanzipationsvorstellungen maßen: dafür stehen real praktizierte paritätische Mitbestimmungsmodelle, projektorientierte interdisziplinäre Studiengänge, einphasige LehrerInnen- und JuristInnenausbildung etc. Die sog. Studienreform ist noch ein Schlüsselbegriff des HRG. Sie galt nicht als einmalige Angelegenheit, sondern als Daueraufgabe der Hochschulen, fachliche Inhalte und Bildungsangebote ständig an die Veränderungen der Realität anzupassen, und zwar eigenverantwortlich durch bewußten wissenschaftlichen Bezug auf komplexe gesellschaftliche Problemlagen (und nicht nur als pawlowsches Reagieren auf industrielle "Nachfrage"). Auf diese Weise war die Studienreform vor der Verabschiedung des HRG zugleich der inhaltliche Kern, quasi der Gegenstand, der eingeforderten Mitbestimmung in den sog. Selbstverwaltungsorganen. Folglich ist diese Mitbestimmungsforderung nicht auf formalen Gremienküngel und abstrakte, von einem inhaltlichen Anspruch losgelöste anti-professorale Mehrheitsbeschaffung reduzierbar, als welche sie von ihren Gegnern (überwiegend Professoren) gerne dargestellt wird.

· Da unter den genannten Bedingungen bestimmte formale Schritte der Hochschul-

expansion von technokratischen Modernisierern und radikaleren Reformern gemeinsam - wenn auch eingebettet in unterschiedliche Konzepte - unterstützt wurden, schuf dies den Anschein einer gewissen Interessenparallelität, zumal sich die Ordinarien als gemeinsame Gegner - von technokratischer Modernität und von Demokratisierung sowieso - darstellten (es ist kein Zufall, daß diese noch heute die Zeit von 1968-1973 mit traumatischen Erinnerungen verbinden und als Phase ihrer schlimmsten Isolierung interpretieren). Diese widersprüchliche "Allianz" förderte gleichzeitig eine Art optischer Täuschung bei vielen Linken, ihren gesellschaftlichen Einfluß stark zu überschätzen. Das führte dann dazu, daß nach dem Oktroi des HRG an den Hochschulen Reformbündnisse relativ schnell zusammenbrachen und Hochschulpolitik zu einem absoluten gesellschaftlichen Randthema verkam.

"Entdemokratisierung durch Verstaatlichung" - das könnte als Schlüsselformel zum Verständnis des HRG gelten. Einen ersten Einschnitt bildete das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes im Jahre 1973 gegen die Drittelparität (gleichberechtigte Stimmenverhältnisse von Professoren, Mittelbau und Studierenden in den Selbstverwaltungsgremien, so daß keine Statusgruppe eine andere überstimmen kann) mit einer ganz famosen Interpretation von Grundgesetz Art. 5,3 ("Freiheit der Wissenschaft"), "eine geschichtlich selbst in der Hochscholastik unbekannt positionelle Begründung der Wahrheitsfähigkeit" (Wolf-Dieter Narr). Diese wurde ausschließlich den Professoren zugesprochen, die Freiheit der Wissenschaft als deren alleiniges Individualrecht dekliniert. Wobei die Kehrseite ist, daß nachgeordnete Statusgruppen wie Mittelbau und Studierende - zumal die aktivsten Träger des Studienreformgedankens - statt Subjekte der Wis-

senschaftsfreiheit zu sein vor allem zu Objekten von Anleitung und Wissensvermittlung reduziert wurden. So trat in Entscheidungsprozessen an die Stelle demokratieförmiger Mechanismen von Diskussion, Konsens, Annäherung, Selbstinfragestellung, Korrektur die autokratische Verkündung kraft Amtes. Folglich sieht das HRG (§ 38,3) in allen zentralen Entscheidungsfragen der Hochschulautonomie die obligatorische Professorenmehrheit vor. Damit war der bis dato als untrennbar empfundene Zusammenhang von Studienreform und Mitbestimmung zerrissen, gleichbedeutend mit einer Entmachtung der aktivsten Träger demokratisch-emanzipatorischer Hochschulreformvorstellungen (Mittelbau und Studierende). Schließlich wurde in konsequenter Fortsetzung dieser bürokratischen Vereinfachung das Projekt der Studienreform selbst (§ 8) aus den Hochschulen herausgenommen und der staatlichen Ebene angelagert, was zu einer immer ineffizienteren juristischen Verordnungs- und Regelungsdichte des Fachstudiums führte. Daher müssen die Bestimmungen über Studium und Lehre im HRG mit der Regelung der Gremienkompetenz und der Mehrheitsverhältnisse als organische Einheit gesehen werden. Sicher gibt es zum HRG noch mehr zu sagen (ganz ausgeklammert habe ich den Bereich der Forschung), aber dies scheinen mir seine Kernaussagen zu sein.

Im gewissen Sinne bedeutet das HRG die Re-Integration der Ordinarien, weil es einen Kompromiß zwischen durchaus vorhandenen Elementen rationaler Modernisierung (einheitliche Regelung des Hochschulzuges, Trennung des Hochschulmanagements von den wissenschaftlichen Entscheidungsgremien, Anerkennung verschiedener, auch nicht-universitärer Hochschultypen als gleichberechtigt usw.) und unverkennbaren Momenten einer Refeudalisierung

der Hochschulen darstellt, wozu vor allem die automatische Professorenmehrheit, aber auch solche Elemente wie die Wiederentdeckung der Habilitation als Berufungskriterium und die obligatorische Fakultätsgliederung zu rechnen sind.

IV.

Die Geschichte des HRG endet natürlich nicht mit seiner Verabschiedung 1976. Danach ist es vor allem die Geschichte seines Scheiterns und seiner Ineffizienz in der Praxis, wozu insbesondere die Beerdigung der Studienreform gehört. Das wäre ein zusätzliches Thema und kann hier aus Raum- und Zeitgründen nicht weiter vertieft werden. Nur so viel sei gesagt: in den 80er Jahren war die offizielle staatliche Hochschulpolitik vor allem von weltmarktorientierten forschungspolitischen Prioritäten bestimmt. Die Relativierung der hochschulinternen Genehmigungspflicht für Drittmittelprojekte in der HRG-Novelle von 1985 (§ 25,3) ist ein typisches Resultat dieser Periode, welches die Hochschulautonomie noch weiter einschränkte und die außengesteuerte Ökonomisierung der Grundlagenforschung an den Hochschulen beschleunigte. Heute geht es wieder verstärkt um "Studium und Lehre", weil die bürokratische Reglementierung von deren Inhalten, vielleicht sogar auch bestimmte an den Hochschulen noch existierende Freiräume, hinter der immer rapideren Umprofilierung betriebswirtschaftlich definierter akademischer Qualifikationsanforderungen herhinkt. Im Visier stehen dabei vor allem vermeintlich leistungsnivellierende Gleichheitsvorstellungen im HRG (prinzipielle Chancengleichheit des Hochschulzugangs, Gleichwertigkeit der Hochschulen sowie der Studiengänge und -abschlüsse einer Ausbildungsphase etc.), die sich durchaus noch als formalisierte sozialstaatliche Re-

likte früherer Hochschulreformen begreifen lassen. Signifikanterweise rückt daher wieder stärker der labile Kompromißcharakter des Gesetzes ins Blickfeld. Hochschulpolitik als "never ending story"!

Hochschulpolitik mit emanzipatorischem und demokratischem Anspruch läßt sich nicht vollständig betreiben, ohne sich mit der Geschichte des HRG auseinanderzusetzen. Ich wollte keine Ratschläge erteilen, sondern vor allem auf folgendes hinweisen: genausowenig wie sich mit dem aus Westdeutschland importierten Wahlkampfzyklisch angelegten Politikmodell Probleme lösen lassen, läßt sich ein gesellschaftlicher Bereich wie die Hochschulen durch ein Gesetz widerspruchsfrei "regeln", nicht einmal verwalten. Auch das reduzierte Erfolgskriterium reibungsfreier Funktionierens wird immer wieder durch die in der gesellschaftlichen Realität auseinanderstrebenden Interessen gebrochen. Das wird allein daran deutlich, wenn wir uns vor Augen führen, worum es eigentlich im Kern bei den Auseinandersetzungen um die Hochschulen geht: um das Verhältnis von betriebswirtschaftlich bestimmter Ausbildung und persönlichkeitsorientierter Bildung, von freier Wissenschaft und ökonomischer Auftragsforschung, von Spezialisierung und Generalisierung, von weltmarktorientierter Forschungsdynamik und globaler Verantwortung der Wissenschaft, kurz: um das Verhältnis von Profit und Wahrheit. Diese Konflikte werden niemals zu Ende sein, so wie ein Fußballspiel abgepfiffen wird. Folglich ist es wichtig und richtig, darin die eigenen Interessen zu erkennen und politisch zu vertreten.

*Torsten Bultmann ist
Bundesgeschäftsführer des Bundes
demokratischer Wissenschaftlerinnen
und Wissenschaftler (BdWi)*

Landeshochschulgesetze in der Übergangszeit

Die im Winter 1990 begonnene Hochschulreform in Ostdeutschland hat mit den Regelungen zum Hochschulrecht im Einigungsvertrag eine klare Schnittstelle bekommen, die sowohl in der Praxis, als auch in der hochschulpolitischen Diskussion einen Szenariowechsel herbeiführte.

Konnte man in der Zeit des Frühjahrs und des Sommers 1990 noch gute Ansätze für die Reform von unten an den vielfältigen Hochschulorten beobachten und viele aktive Akteure dieser Reformbewegung in konstruktiven Aktionen erleben, änderte sich die Logik der Hochschulentwicklung und das Verhalten der Akteure der Hochschulpolitik mit dem Einigungsvertrag in Richtung einer Reform von oben.

Schließlich ging die Erneuerung der Hochschulen mit den zunehmenden Verteilungskämpfen und Belastungen der Länderhaushalte immer mehr auf die Einpassung der

landesrechtlichen Regelungen in einige pragmatische Standardgrößen westdeutscher Entwicklung der Überlast an den Hochschulen.

In dieser Übergangszeit sind die Gestaltungsräume im Osten durch die Rahmenbedingungen der großen Politik immer enger geworden und die klare Dominanz der Finanzpolitik des Bundes und der Länder gegenüber der Hochschulpolitik immer deutlicher.

Denkt man an die Hoffnungen der Wendezeit, die mit einer Übergangsfrist von drei Jahren für den Osten verbunden waren, so stellt man bereits nach einem guten Jahr dieser Übergangszeit fest, daß die Abweichungen vom Hochschulrahmengesetz in vielen Fällen zum Nachteil der Freiräume der Hochschulen ausgeschlagen sind. Eine reale und von daher eine faire Chance, eigene Erfahrungen mit

der Hochschulreform zu machen, haben die Hochschulen in Ostdeutschland kaum - wenn überhaupt - bekommen. Diese Aussage bedeutet allerdings nicht, daß nicht genügend Erfahrungen vor Ort gesammelt worden sind und Ansätze zum Nachdenken über die weitere Entwicklung im geeinten Deutschland sorgfältig weiterverfolgt werden sollten.

Neben dem klaren Szenariowechsel in der Entwicklung an den ostdeutschen Hochschulen kann man nicht übersehen, daß der Prozeß der Transformation des Hochschulsystems zwar in Stufen und Etappen, dennoch unteilbar im Ganzen verlaufen ist und auch so verlaufen wird.

Die Suche nach einem gangbaren Kompromiß zwischen einer nicht mehr möglichen Reform von unten und einer kurzatmigen Reform von oben hat in dieser kritischen und sehr dynamischen Zeit des Umbruchs im Osten gezeigt, daß die hochschulrechtlichen Regelungen der Entwicklung in den neuen Bundesländern weder in Zeit noch Tiefe in der Lage sind, die notwendigen Entwicklungsstrukturen zu steuern.

Aus der Sicht der Betroffenen ist die Erfahrung ganz wichtig, daß die Einmischung in die Diskussion zur Gesetzgebung und zur Hochschulentwicklung unabdingbar ist, will man überhaupt irgendwelche Ergebnisse haben. Dies ist besonders an den studentischen Protesten deutlich geworden. Aus der Sicht der Regierungen könnte es durchaus bemerkenswert sein, daß die Überkonzentration von Macht bei den Ministerien und Verwaltungen, die klar überzogenen Verordnungsermächtigungen in den neuen Bundesländern keineswegs automatisch den erwünschten Effekt gebracht haben. Auch diese haben im Wesentlichen not-

wendige Entwicklungen eher behindert als ermutigt.

Vor dem Hintergrund der Diskussion zur Novellierung des Hochschulrahmengesetzes ist gerade diese jüngste Erfahrung der Hochschulpolitik hervorzuheben, wonach die starke Überregelung der Hochschulen durch die Bundes- und Landesvorgaben eine ernsthafte Neustrukturierung oder grundsätzliche Reformierung der Hochschulen behindert.

In Bezug auf die sehr kontrovers diskutierte Frage der Hochschulautonomie läßt sich aus der Sicht der Erfahrungen im Osten zumindest soviel zusammenfassen, daß ohne freie demokratische Gremienwahlen an den Hochschulen, verbunden mit den harten Auseinandersetzungen um die Frage der politischen Legitimation von Hochschulentscheidungen, keine ernstgemeinte politische Emanzipation von Hochschulmitgliedern zustande gekommen wäre.

In der hochschulpolitischen Diskussion an den ostdeutschen Hochschulen, insbesondere in deren Gremien, hat vordergründig die Frage der Vertretungsproportionen oder der Beteiligung der einzelnen Gruppen im Mittelpunkt gestanden. Diese Schwerpunktverschiebung mag dem einen oder anderen einseitig vorkommen, sie war aber für Vertretung von differenzierten Gruppeninteressen von außerordentlicher Bedeutung.

Innerhalb kurzer Zeit mußten die Mitglieder der Hochschulen, die an den Sitzungsdiskussionen aktiv beteiligt waren, feststellen, daß Regelungen der Kompetenzen aus unterschiedlichen Gremien für die Beteiligung an der Entscheidungsfindung von viel größerer - sogar substantieller - Bedeutung sind, als sie zunächst gedacht hatten.

Dies wurde besonders offensichtlich an den Folgen der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu einer starken Eingrenzung der Hochschulautonomie im Osten bei der Umstrukturierung der Hochschullandschaft. Mit der Einsetzung von Struktur- und Berufungskommissionen oder Landeshochschul-Strukturkommissionen von den jeweiligen Wissenschaftsministern, die die Aufgabe erhielten, über die eigentlichen Entwicklungsfragen der Fachbereiche, der Fakultäten und ganzer Hochschulen zu entscheiden, sind die Defizite viel deutlicher geworden, die aus der Einschränkung der Beteiligung der Gruppen der akademischen Selbstverwaltung entstanden.

Eines der zentralen Konfliktfelder bei der Formulierung der Landesregelungen war die Konfliktachse zwischen Arbeitsrecht, Personalvertretungsrecht und Hochschulrecht. Mit jeder notwendigen hochschulrechtlichen Neuregelung waren immer wieder Entscheidungen verbunden, die unmittelbar die individuellen Arbeitsrechtsverhältnisse verunsicherten und damit zusätzliche Konflikte zwischen eigener Arbeitsplatz-Sicherheit und einem aktiven Beitrag für die Reform von Lehre, Studium und Forschung provozierten.

Der Zwang zur Anpassung der Personalstruktur Ost an die Personalstrukturen entsprechend dem Hochschulrahmengesetz hat nicht nur eine kontraproduktive Wirkung auf innovative Impulse aus dem Inneren der Hochschule heraus, sondern er hat auch für die Ostdeutschen innerhalb kurzer Zeit deutlich gemacht, wie konfliktreich, ungeschützt und auf Professoren zugeschnitten sich der Arbeitsplatz Hochschule im Westen darstellt. Dies ist eines der zentralen Probleme im Jahre 1992 im Bezug auf die Entwicklung des akademischen Mittelbaus an den ostdeutschen Hochschulen. Statt einer sinnvollen Einbeziehung des wertvollen Poten-

tials an Mittelbau in Ostdeutschland, der in Lehre und Forschung große Erfahrungen und Verdienste aufweisen kann, trifft gerade die Anpassung des Landeshochschulrechts an das Hochschulrahmengesetz diese Beschäftigtengruppe am stärksten.

Besonders kritisch ist diese Entwicklung in Bezug auf die weiblichen Mitglieder der Hochschule, die gerade beim qualifizierten Mittelbau im Osten quantitativ und qualitativ deutlich besser vertreten sind, als an den vergleichbaren westdeutschen Hochschulen.

Die völlig unnötigen Regelungen im Hochschulrecht zu Tätigkeitsbeschreibung und Vergütung der an den Hochschulen Beschäftigten führen nicht nur zu Ungerechtigkeiten und sozialen Spannungen am Arbeitsplatz, sondern sie verhindern - am Beispiel des qualifizierten Mittelbaus - eindeutig die Leistungsentwicklung und das Engagement für die Hochschule.

Blickt man zurück auf diese Übergangszeit in den neuen Bundesländern, stellt man viele versäumte Chancen eines sinnvollen Beitrages der Hochschulen für die Entwicklung im Osten fest. Man wird jedoch mit Sicherheit auch nicht übersehen können, daß viele differenzierte und widersprüchliche Erfahrungen gerade in solchen entwicklungshistorisch interessanten Zeiten wie der der deutschen Einheit als Bereicherung der politischen Kultur im vereinten Deutschland verstanden und für die gemeinsame Entwicklung produktiv eingebracht werden sollten.

Larissa Klinzing, Dr. phil., ist Soziologin an der Humboldt-Universität zu Berlin und Fachgruppenvorsitzende Hochschule und Forschung der GEW Berlin

THEMA: Licht und Schatten in Leipzig

Der Ruf der Leipziger Universität wurde in den 50er Jahren vor allem, freilich nicht nur, durch zwei Namen geprägt: Ernst Bloch und Hans Mayer. Beide verstieß die Universität. Späte Genugtuung widerfahren lassen kann sie nun nur noch einem von beiden. Ernst Bloch verstarb 1977 in Tübingen. Hans Mayer trug die Universität im vergangenen Jahr die Ehrendoktorwürde an. Daß er sie annehmen würde, galt nicht als sicher, als der Akademische Senat sich den Antrag der Fakultät zu eigen machte. Am 15. Januar 1992 fand nun der Akademische Festakt statt. Wir veröffentlichen im folgenden die Laudatio auf Hans Mayer, seine Dankesrede sowie einen Artikel des Leipziger Universitätshistorikers Hans-Uwe Feige zum Umgang der Universität und der DDR mit demjenigen, für den die durch die politischen Umstände ermöglichte Besinnung der Universität zu spät kam: Ernst Bloch.

Gotthard Lerchner/Klaus Pezold/Helmut Richter (Leipzig):

**Laudatio zur Verleihung der Ehrendoktorwürde an
Prof. Dr. jur. Dr. h.c. Hans Mayer**

Wenn sich die Universität Leipzig heute die Ehre gibt, einem Gelehrten von Welt- und Schriftsteller und Literaturwissenschaftler Prof. Dr. h.c. Hans Mayer, den Titel eines *Doctors philosophiae honoris causa* zu verleihen, so gibt sie sich selbst ein Stück ihrer Ehre zurück. Der Ehre, die sie sich 1948 erworben hatte, als sie den einundvierzigjährigen Doktor der Rechte, den kurz zuvor aus dem Exil zurückgekehrten Verfasser des Buches "Georg Büchner und seine Zeit", als Professor an die neugegründete Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät berief. Und die sie verspielt

hat, als sie dem inzwischen weit über Leipzig und die DDR hinaus bekannt und berühmt gewordenen Mitglied ihrer Philosophischen Fakultät keinen Schutz gewähren konnte gegen den absoluten Herrschaftsanspruch einer Partei und ihrer Ideologie, der in der widerwärtigen Gestalt von Engstirnigkeit, Intoleranz und nicht zuletzt in der blanken Neides gegenüber einer außerordentlichen Leistung mehr und mehr auch die akademischen Gremien und die Leitung der Universität in Besitz genommen hatte. Dies engte in systematischem Vorgehen den Wirkungsraum Hans Mayers so sehr

ein, daß er schließlich keine Alternative sah, als die Universität und den Staat zu verlassen.

Doch hat - und dafür sind wir dankbar - jenes Ende trotz aller mit dieser dritten Emigration verbundenen Verstörung und Bitterkeit nie seinen Blick für das Ganze bestimmt. Der zweite Band von Hans Mayers Erinnerungen "Ein Deutscher auf Widerruf", erschienen 1948, beginnt mit den Sätzen: "Nein, sie haben mich nicht gereut, meine fünfzehn Leipziger Jahre vom Oktober 1948 bis zum August 1963. Sie konnten dem gewidmet sein, was ich wahrhaft wollte: dem Lehren und dem Schreiben. Damals beschaffte ich mir das Material aller späteren wissenschaftlichen und literarischen Arbeit: den Stoff an Erfahrung wie den Wissensstoff." Das Lehren und das Schreiben des Leipziger Universitätsprofessors Hans Mayer zielte auf Neue Beiträge zur Literaturwissenschaft. So lautete der programmatische Titel der von ihm gemeinsam mit dem Romanisten Werner Krauß beim Verlag Rütten & Loening Berlin herausgegebenen Reihe, als deren Band 2 1954 erstmals eine Sammlung seiner "Studien zur deutschen Literaturgeschichte" erschienen sind. Im methodischen Ansatz und in der Weite des souverän Überschautes sind sie ein Spiegelbild auch des Vorlesungs- und Seminarprogramms jener Jahre. Der Bogen der untersuchten deutschen Literatur spannt sich von den Romanen Johann Gottfried Schnabels bis zu Thomas Mann, Hermann Hesse und Gerhart Hauptmann.

Wenn dabei mit Leben, Werk und Wirken Lessings, Schillers und Büchners Knotenpunkten der Literaturgeschichte zwischen Aufklärung und Vormärz besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird, so sind darin bereits die ersten wesentlichen Umrisse und Etappen der Verwirklichung des groß

angelegten Vorhabens zu erkennen, das nach der Arbeit dreier Jahrzehnte über mehrere Zwischenstationen in dem Buch "Das unglückliche Bewußtsein. Zur deutschen Literaturgeschichte von Lessing bis Heine" seinen ausdrucksvollen Abschluß fand - insofern hier überhaupt von seinem Abschluß gesprochen werden kann: es ist die Ausschöpfung und Erfüllung des Gegenstandes in der glücklich gewählten Begrenzung. Als ganz unmittelbare und sich erneuernde Erfahrung deutscher Geschichte ist unglückliches Bewußtsein, verstanden als der "ungelöste Gegensatz zwischen Humanisierung des Denkens und Fühlens auf der einen, wachsender Entmenschlichung der gesellschaftlichen Praxis auf der anderen Seite", in vielfältiger Gestalt Grundthema Hans Mayers geblieben.

In den "Studien zur deutschen Literaturgeschichte" werden Methoden und Ergebnisse gesellschaftswissenschaftlicher Literaturbetrachtung vorgeführt, "marxistische Dialektik anzuwenden und so gut wie möglich zu lehren", wie es rückblickend in "Ein Deutscher auf Widerruf" heißt. Versuche eines freien Geistes wohlgerne, der keine Rücksicht darauf zu nehmen bereit war, was die beamteten Verwalter von Parteideologie darunter verstanden wissen wollten. Und diese Versuche regten andere Versuche an. Die "Neuen Beiträge zur Literaturwissenschaft" boten mit den folgenden Bänden auch den Arbeiten der Schüler Raum. Sie zeugen davon, wie es ihr akademischer Lehrer immer wieder verstanden hat, die persönliche Neigung des einzelnen auf ein ihm entsprechendes und zugleich allgemein bedeutsames Thema zu verpflichten: auf die frühen dramatischen Versuche Bertolt Brechts, auf Grimmelshausens Simplicianische Schriften, auf Ästhetik und Literaturtheorie des Vormärz, auf Johann Christian Günther oder auf Franz Kafka. Stets

war dies getragen von vorausschauendem Erkennen der für die weitere Wissenschaftsentwicklung fruchtbarsten Fragestellungen, das 1962 mit der Leipziger Romantik-Konferenz einen Höhepunkt erreichen sollte.

Die Folgerichtigkeit und Geschlossenheit dieses Konzepts ist die Ursache für seine methodologische Überzeugungskraft, war eben darum wohl auch jeder Form dilettantischer Inkompetenz ein Ärgernis, das sie - nicht zuletzt an der Universität selbst - mit zunehmenden Mißtrauen und schließlich regelrecht mit Haß zu beseitigen trachtete.

Die gleiche selbstverständliche Weltoffenheit, mit der auch Arbeiten ausländischer Germanisten in die "Neuen Beiträge zur Literaturwissenschaft" Aufnahme fanden, galt im Hörsaal. Die bedeutendsten Germanisten aus Ost und West kamen auf Einladung ihres Kollegen Hans Mayer zu Gastvorlesungen: Roman Samarin, Edmond Vermeil, Reinhard Buchwald, Wilhelm Emrich, Friedrich Beißner, Fritz Martini, Walter Jens - die Namensreihe ließe sich fortsetzen. Und sie traf nicht minder zu auf die Hörer im Saal. Walter Jens hat 1961 in seiner Schrift "Deutsche Literatur der Gegenwart" über seine Erfahrungen mit ihnen berichtet: "Vergessen wir nicht wieder und wieder, daß die eine Hälfte der Welt die deutsche Kultur in der DDR kennenlernt, daß Studenten aus Bitterfeld, Odessa und Peking in Leipzig Germanistik studieren, und daß es gewiß kaum ein interessanteres Seminar als jenen rissig-kalkigen Raum gibt, in dem Hans Mayer, Ost und West zugleich überblickend, seine Schüler heranzieht, Autoren wie Johnson, Kritiker wie Raddatz, Philologen wie Dahlke, Streller und Dietze?"

Leistung und Ausstrahlung des germanistischen Literaturwissenschaftlers - allein die-

se Seite des Wirkens von Hans Mayer ist ungewöhnlich genug hinsichtlich ihrer Intensität und Bedeutsamkeit. Doch ist dies nur eine Seite eines Lebenswerkes, dessen gesamtes Wesen und selbstgestellter Auftrag von der Erkenntnis der Notwendigkeit zu beständiger Grenzüberschreitung bestimmt ist. Zunächst von der deutschen Literatur zu den europäischen Literaturen: mehr als 700 Seiten umfaßt die 1957 erschienene Sammlung der Reden und Aufsätze zum Thema "Deutsche Literatur und Weltliteratur". Grenzüberschreitung aber auch von der Literaturwissenschaft zur Aufarbeitung der Geschichte von Literaturwissenschaft und Literaturkritik, wie sie sich seit der Neuausgabe von Franz Mehrings "Lessinglegende" (Ausgabe 1946) und der Sammlung von "Spiegelungen Goethes in unserer Zeit" (1949) über die im herderschen Sinne verstandene "Rettung" des Leipziger Literaturwissenschaftlers Theodor Wilhelm Danzel als durchgehende Linie durch sein Schaffen zieht, wobei in der großangelegten Anthologie "Meisterwerke deutscher Literaturkritik" zugleich noch eine Grenzüberschreitung ganz anderer Art gewagt wurde: das Bestreben des akademischen Lehrers, seine zum Teil noch kaum dem Studentenstatus entwachsenen Schüler auf dem Weg über die Materialerkundung und Kommentierung fordernd und fördernd in die selbständige wissenschaftliche Arbeit einzuführen.

Ebenso muß die Sprache kommen auf Grenzüberschreitung von der Literatur zur Musik. Schon unter den "Studien zur deutschen Literaturgeschichte" findet sich der Aufsatz "Richard Wagners geistige Entwicklung". Seine Veröffentlichung in "Sinn und Form" brachte die Bekanntschaft mit Wieland Wagner und dessen Aufforderung, durch Beiträge zu den Programmheften der neu begründeten Bayreuther Festspiele daran mitzuwirken, daß Richard Wagner

wieder zum "Zeitgenossen" werden konnte, oder vielmehr, wie es in "Richard Wagner in Bayreuth" heißt, "wiederum, wie zu seinen Lebzeiten", zum produktiven Ärgernis eines "immer noch Ungleichzeitigen". Bemühungen, die das heutige Wagner-Verständnis wesentlich mit geprägt und die schließlich zu dem großen, zusammenfassenden Buch "Richard Wagner, Mitwelt und Nachwelt" von 1978 hingeführt haben.

Bereits 1975 war der Band "Außenseiter" erschienen, mit Recht als opus magnum aufgenommen, in dem das Prinzip der Grenzüberschreitung in der Fülle seiner Bezüge wie in seiner Konsequenz kulminiert. In der Richtung auf Anthropologie, Kulturgeschichte und Psychologie, vor allem aber der Grenzen, die sich aufklärerisches Denken bis hin zu Ernst Bloch selbst gesetzt hatte oder glaubte setzen zu müssen: "die Nichtbeachtung der außenseiterischen Subjektivität, die ungeduldige Verlegenheit vor Einsamkeiten, welche nicht durch ein Kollektiv geteilt werden". Gemeint sind vor allem die mit Rigorosität um die volle Einlösung ihres Lebensanspruchs kämpfende Frau, der sexuelle Außenseiter, der Jude. Im Problembewußtsein und im Ethos dieses Buches kulminieren zugleich die geschichtliche und individuelle Erfahrung Hans Mayers wie seine singuläre Fähigkeit, geistig-seelische und musische Phänomene bis in kleinste Schattierungen zu erfassen und zu vermitteln und mit seinem Lebensauftrag zu verknüpfen. "Das Trompetensignal aus dem 'Fidelio'", so heißt es in der Einleitung dieses Buches, müsse auch denen erklingen, "die gedrückte Menschen sind, ohne als gedrückte Menschheit aufbegehren zu können. Florestan ist ein kühner Jedermann und bestätigt die Freiheitsphilosophie. Allein ob die permanente Aufklärung noch eine Chance hat in der Aktualität und Zukunft, muß an jenen Außenseitern der Gesellschaft demonstriert werden, die

als Monstren geboren wurden. Ihnen leuchtet nicht das Licht des kategorischen Imperativs, denn ihr Tun kann nicht zur Maxime einer allgemeinen Gesetzmäßigkeit gemacht werden. Eben darum jedoch muß sich die Aufklärung vor ihnen bewähren."

Grenzüberschreitungen vielfacher Art nicht zuletzt aber auch zwischen Literatur- und Wissenschaft und Literatur. Im legendären Hörsaal 40 waren nicht nur berühmte Germanisten zu Gast, sondern gleichermaßen die Großen unter den deutschen Autoren der Gegenwart. Wer für Thomas Mann ebenso wie Bertolt Brecht und Johannes R. Becher, für Anna Seghers wie für Max Frisch zum wichtigsten geistigen Partner werden können, dessen Einladung war für jeden Schriftsteller aus West wie Ost, wenn sie an ihn erging, eine Ehre, die er gern annahm. Ob Brecht, der schon am 26. Januar 1949 nach Leipzig kam, oder Ernst von Salomon, Anna Seghers oder Günther Grass, der gerade mit seinem Roman "Die Blechtrommel" berühmt zu werden begann, sie alle kamen, kamen vor den Studenten von Hans Mayer zu Wort und vermittelten den Eindruck erlebter Geschichte der Literatur. Zumindest eine dieser Veranstaltungen im Hörsaal 40 ist inzwischen selbst in die Literaturgeschichte eingegangen: die gemeinsame Lesung Ingeborg Bachmanns, Peter Huchels, Stephan Hermlins und Hans Magnus Enzenbergers. Es gab damals, 1960, gewiß keinen anderen Ort in Deutschland, wo Lyrik diesen Ranges in dieser Konzentration und Kombination zu hören gewesen wäre.

Und es ist andererseits anzunehmen, daß für viele jüngere Autoren aus der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz Leipzig zu jener Zeit überhaupt nur als Stadt Hans Mayers und Ernst Blochs existent gewesen ist. Als 1962 fünfzehn Jahre "Gruppe 47" zu resümieren waren, schrieb Martin Walser

seinen Beitrag dazu in der Form eines Briefes "An einen ganz jungen Autor". Seine Werbung für die von Hans Werner Richter unkonventionell organisierten Autoren-Treffen gipfelt in der Beschreibung der Wirkung, die Hans Mayer als teilnehmender Kritiker auf ihn ausgeübt hat:

"Nun hoffe ich, um Deinetwillen, um unserer willen, Hans Mayer sei uns erlaubt worden. Bedenke ich, wann Du geboren bist, rechne ich ein, wo Du jetzt wohnst, dann fürchte ich fast, Du hast noch keinen lebenden Marxisten gesehen. Und jetzt spräche einer zu Dir über Dich. Reich-Ranicki hat eigentlich doch recht langsam gesprochen, findest Du. Und noch eine Revision: Wenn Reich-Ranicki bei Deiner Lesung etwas eingefallen sein sollte, was er vorher schon wußte, so hast Du bei Mayer den Eindruck, Du hättest ihm einen Gefallen getan, weil Du ihm alles bestätigt hast, was er schon wußte. Hat es Dich beunruhigt, als Du fühltest, Höllerer spräche über Dich wie über eine neue Krankheit, so beunruhigt es Dich jetzt, daß Hans Mayer Dich wie eine allzu gut bekannte alte Krankheit bespricht.

Trotzdem, Du hast, während Hans Mayer spricht, vielleicht auch zum erstenmal das Gefühl, daß Du einen Sinn hast in dieser Welt, Du hast nicht umsonst gelebt, denn Hans Mayer bestätigt Dir, daß es schon eines Lebens Sinn sein kann, Symptome vor Hans Mayer zu tragen, Anlaß zu einer Mayer-Diagnose zu sein, die Dich - das spürst Du gleich - überleben wird. Du siehst ihn so reden, schräg nach oben Sätze versendend, als denke Mayer ballistisch und wolle noch nebenbei Leipzig erreichen; Du hörst, daß doch alle Krankheiten zur Gesundheit wollen, und Du betrachtest diese Gesundheit namens Mayer, Du bist angerührt; denkst an Fahrkarten und alles mögliche; bist bewegt von dieser wohl schönsten Fremdsprache des Vaterlandes; und

wer hätte gedacht, daß auch in Mayers Haus, wenn nicht viele, so doch sicher mehrere Zimmer sind! Wenn Mayer aufgehört hat zu sprechen, kommst Du Dir vor wie nach dem Kino. Du blinzelst. Mußt Dich zurückfinden. Routiniertere Mayer-Hörer im Saal gehen Dir voran, bahnen auch Dir einen Weg."

Das ununterbrochene Gespräch mit der neu entstehenden Literatur der Zeitgenossen hat seinerseits wieder auf die Arbeit des Literaturhistorikers zurückgewirkt und ihre exemplarische Einmaligkeit ermöglicht. Wer sonst hätte in den späten achtziger Jahren einen vergleichbaren Rück- und Überblick auf "Deutsche Schriftsteller und Bücher seit 1945" unternehmen können, wie es Hans Mayer in "Die umerzogene Literatur" und "Die unerwünschte Literatur" getan hat. Wohl wissend, daß hier einer schreibt, der dabei "notwendigerweise von sich selbst" spricht. Denn: "Die deutsche Literaturentwicklung seit dem Kriegsende 1945, das für ihn zugleich ein Ende des Exils bedeutet hat, gehört zu seiner eigenen Lebensgeschichte."

Daß zu jener darüber hinaus noch viel mehr gehört, hatten zuvor schon die fünf Jahre "Erinnerungs-Arbeit" des Autors von "Deutscher auf Widerruf" an den Tag gebracht und den Lesern des Schriftstellers Hans Mayer erschlossen. Keine Autobiographie, wie ihr Verfasser betont, sondern Erinnerungen. Besichtigung eines Zeitalters, wie man in Anlehnung an Heinrich Mann auch sagen könnte: das letzte Jahrzehnt des Kaiserreichs als Rahmen der Kindheit in einer wohlhabenden und aufgeklärten jüdischen Familie in Köln, die Krisenjahre der Weimarer Republik als Feld der politischen Standortfindung des jungen Referendars bei den "Sozialistischen Studenten", dann die Jahre der Emigration in Frankreich und der Schweiz, erster Nach-

krieg in Frankfurt am Main als "Heimkehr in die Fremde", "Leipzig oder die Alternative" und schließlich nach deren Scheitern "Die gealterte Hoffnung" des zum dritten Mal Emigrierten.

Als dies geschrieben wurde, war noch nicht abzusehen, was folgen sollte: die kleine Stunde der Wiederbegegnung mit dem Wirkungsort Leipzig 1987 bei der Lesung aus "Ein Deutscher auf Widerruf" im Gohliser Schloßchen - und dann die große Stunde der Eröffnungsrede zur Leipziger Buchmesse 1991 in der überfüllten Nikolaikirche und die Vorstellung des neuesten Buches "Der Turm von Babel. Erinnerung an eine Deutsche Demokratische Republik" im Gewandhaus. Für Tausende in unserer Stadt die lange herbeigewünschte und endlich herbei-demonstrierte Gelegenheit, einen Mann wiederzusehen oder ihn erstmals in persona zu erleben, der diesororts längst schon zu einer Legende geworden war und der nun mit unveränderter geistiger Frische und bezwingender Brillanz des Gedankens sein Publikum begeisterte wie 30 Jahre zuvor die Hörer im Hörsaal 40. Ein Kenner der deutschen Literatur und Kultur, der seinesgleichen sucht, dessen aber gleichermaßen durch die französische Gesellschaft und Literatur geprägte Geistigkeit zugleich jede nationale Eingrenzung sprengt.

Und so ist es nicht zufällig ein französisches Wort, das den Übersetzer Aragons und Sartres am genauesten zu erfassen

vermag: Hans Mayer, ein wahrhafter *Homme des lettres*, wie es ihn im Deutschland des 20. Jahrhunderts nur selten gegeben hat.

Die Universität Leipzig und in besonderer Weise die Fakultät, die heute seinen alten Wirkungsbereich einschließt, erfüllt mit Stolz und Dankbarkeit, daß sie heute Gelegenheit haben, Hans Mayer die Würde eines Ehrendoktors der Philosophie zu verleihen. Wir können - dessen sind wir uns bewußt - damit nichts von dem vergessen machen, was Hans Mayer an dieser Universität an schmerzlich in der Erinnerung Haftendem widerfahren ist - ehrlicherweise wollen wir das auch gar nicht. Wir sehen in diesem akademischen Akt vielmehr einen anderen Sinn: Er sei uns ein Zeichen, Zeichen des Neubeginns an der Schwelle ebenso notwendiger wie schwieriger Veränderungen und Umbrüche, die vor dieser Universität liegen und unsere ganze Kraft erfordern. Hans Mayer uns dabei auf alte und nunmehr neue Weise geistig verbunden zu wissen ist uns Hoffnung.

Gotthard Lerchner, Klaus Pezold und Helmut Richter sind Professoren am Fachbereich Germanistik der Universität Leipzig. G. Lerchner ist zudem Dekan der Fakultät für Kultur-, Sprach- und Erziehungswissenschaften, H. Richter Fachbereichsleiter.

Hans Mayer (Tübingen):

Dankesrede zur Ehrenpromotion, Leipzig, den 15. Januar 1992

Schöner und denkwürdiger konnte für mich diese Stunde nicht eingeleitet werden, als mit dem ersten Stück der »Kreisleriana« von Robert Schumann.

Da stand alles plötzlich wieder da, was zu den Zentren meiner eigenen - in der Tat auch über das enge Literaturwissenschaftliche hinausstrebende Bemühen - mein Werk erfüllt hat: E.T.A. Hoffmann, der Autor des "Kapellmeisters Kreisler", der Dualismus aus "Florestan" und "Eusebius", Robert Schumann mit den Davidsbündlern im "Kaffeebaum", Robert Schumann zusammen mit Friedrich Hebbel im »Kaffeebaum«, als die "Genoveva" von Robert Schumann vorbereitet wurde; die merkwürdige Konstellation - auch sie ist historisch überliefert - im "Kaffeebaum": der unablässig redende Richard Wagner, der unablässig schweigende Robert Schumann, die dann auseinander gingen und einander unerträglich fanden - und finden mußten. In den Tagebüchern Richard Wagners finden wir den sonderbaren Satz: Robert Schumann sei doch völlig unfähig, eine Melodie zu erfinden. So geht es zu unter den Künstlern und diese Auseinandersetzungen, die oft letal werden können - und im Gefolge Richard Wagners, des Leipzigers, sind sie ja auch, wie wir wissen, letal geworden in unserem Jahrhundert - dies alles ist vorhanden. Und das Gewandhaus, das alte Gewandhaus, das ja gar nicht so weit war von unserer Universität. Und die Trauer, die mich bewegt und nie nachläßt, über diese frevelhaft

zynische Sprengung dieses so gut reparablen und so wichtigen Gebäudes mit dem legendär gewordenen Hörsaal 40 und mit der Sprengung der Paulinerkirche.

Dies alles gehört zu meiner Lebenssubstanz und auch zu dem, was ich angestrebt habe, was mich doch, trotz allem, immer mit Leipzig verbunden hat.

Es ist so gewesen, wie Herr Lerchner zitierte: Leipzig hat mich zu meiner eigenen Identität gebracht, zu dem, was ich erkennen konnte, zu dem, was ich eigentlich wollte: Lehren und Schreiben. Als akademischer Lehrer habe ich eigentlich nichts als Freude gehabt. Das Eigentliche war, daß wir damals doch eine große Erwartung voranden und sie erfüllen wollten. Nie ist in Deutschland - in allen Teilen Deutschlands - so gedacht, ernsthaft studiert, gearbeitet, nach Wahrheit geforscht worden, wie in den Jahren nach dem Zusammenbruch, der Niederlage, der Schuld des Zweiten Weltkriegs. Und ich glaube, daß die Öffnung der Universität, die Tatsache, daß die Privilegien-Universität aufhörte, und Menschen einer ganz anderen Lebens- und Daseinsschicht in die Universität rief, mit ihnen die Auseinandersetzungen ins Volk hineinbrachte, das halte ich für eine große Errungenschaft, für etwas Wichtiges, das wir erhalten müssen.

Gerade nach dem Fortgetriebenen, Fortgeekeltwerden aus Leipzig habe ich es

dann in Westdeutschland erlebt, wie schwer es ist, den Begriff der Privilegien-Universität in dem Sinne der reichen oder wohlhabenden Bürgerkinder zu vergleichen mit der Sorge, dem Ernst, der intellektuellen Redlichkeit der Studenten, mit denen ich zwischen 1948 - fünfzehn Jahre lang - bis 1963 arbeiten konnte.

Dann war die Mauer errichtet worden. Dann wurden die Rechnungen mit uns allen beglichen. Dann war plötzlich nachzulesen in der Universitätszeitung, die eine Parteizeitung war, der Artikel mit der Überschrift "Eine Lehrmeinung zu viel". Auch das kann und will ich nicht vergessen.

Wir haben doch eine Verbindung zwischen dieser Universität und der Welt und den Studierenden auch außerhalb Deutschlands hergestellt. Auch heute weiß ich von denjenigen, die bei uns gearbeitet haben: Marian Schirodski, der leitet das große germanistische Institut in Polen, in Breslau. Der heutige chinesische Botschafter in Bonn schrieb mir zu Neujahr und freute sich, seinem alten Lehrer das neue Jahr 1992 glückwünschend begrüßen zu können. Da war Pawel Petr, vertrieben 1968 aus Prag, der jetzt Ordinarius in Melbourne ist. Die Verbindungen sind vorhanden und sie sind geblieben.

Hier ist doch etwas ausgestrahlt. Und wäre es nichts als unser gemeinsamer Versuch, Literatur ernst zu nehmen, und zwar ernst zu nehmen nicht nur für Lehrer und Lesende, sondern ernst zu nehmen für das Leben. So ist es kein Zufall, daß alle gestehen, etwas von uns mitbekommen zu haben. Ja, nicht nur von mir allein, sondern von unserem großen, verstorbenen Kollegen Werner Krauss, von Ernst Bloch, von meinem Freunde Walter Markow, den vielen anderen, die im Augenblick mir gegenwärtig sind, die sichtbar sind. Auch von den

Kollegen des germanistischen Instituts. Mit Dankbarkeit und Herzlichkeit erinnere ich mich an Hermann August Korff. 1963 war Hermann August Korff gestorben. Eine meiner letzten Begegnungen hier in Leipzig, an die ich mich erinnere, war die Teilnahme an der Beerdigung dieses großen Wissenschaftlers, der das vierbändige Werk "Geist der Goethezeit" geschrieben hat. Und es war 1963 bei dieser Beerdigung eines weltbekannten Gelehrten, eines Stolz der universitas litterarum lipsiensis, kein Vertreter des Senats oder des Rektors zugegen. Ich erinnere mich, daß ich in diesem Augenblick mir sagte: Nein, hier ist dieses Bleibens nicht mehr. Dies muß immer synchron, gemeinsam gesehen werden.

Leipzig war immer ein Teil meines Lebens und ist es geblieben. Aber es bleibt ein Schmerz und es bleibt heute auch eine große Freude und eine große Dankbarkeit. Ich möchte Ihnen und dem Hohen Senat sehr herzlich dafür danken, daß sie in der ersten Erklärung von Rektor und Senat der Universität Leipzig nach der Zäsur - um es mal so auszudrücken - erklärt wurde, man empfinde es als schmerzlich und schuldhaft, daß damals Ernst Bloch und Hans Mayer vertrieben wurden. Dies ausgesprochen zu haben, freut mich, und das ist in einem tieferen Verstande wohl auch der Grund gewesen, weshalb es mir so leicht und schön gewesen ist, heute hier bei Ihnen zu sein. Die Universität Leipzig, diese universitas litterarum lipsiensis, die auf dem Wege ist, in einem neuen Jahrtausend ihre Sechshundertjahrfeier vorzubereiten - ich wünsche ihr Glück dazu und danke Ihnen allen für diesen heutigen Augenblick. Quod felix faustumque sic.

(Tonbandmitschnitt)

Hans-Uwe Feige (Leipzig):

Der "Fall" Ernst Bloch

Ernst Bloch amtierte seit Mai 1949 als Ordinarius für Philosophie und Direktor des 1. Philosophischen Instituts der Universität Leipzig. Seine Berufung war unter kräftiger Mitwirkung der SED zustande gekommen (1), mit der ihn in den Folgejahren eine Art Haßliebe verband. Als Philosoph ging er gegen alle Widerstände seinen Weg; als homo politicus arrangierte er sich mit dem Stalinismus. So hielt sein Konsens mit der Obrigkeit in der DDR sechs Jahre. 1955, in Jahre seines 70. Geburtstages, wurde Ernst Bloch mit dem Nationalpreis dekoriert und in die Akademie der Wissenschaften der DDR gewählt (2)

Ende 1955 kam es erstmals zu substantiellen Differenzen zwischen dem Direktor des Leipziger Philosophischen Instituts und der Führungsniege der SED. Bloch, auf dem Höhepunkt seiner Reputation in der DDR, leistete es sich, die Spielregeln zu übertreten. Er nahm eine Sitzung des Rates der Philosophischen Fakultät am 30. November 1955 zum Anlaß, die schematische und enge Ausbildung in vielen Fachrichtungen zum kritisieren. Insbesondere beanstandete Ernst Bloch "die Art der Darbietung im gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium... Gemüt und Leidenschaft fehlen, es wird ein Katschismus verabreicht. Vieles erinnern an die scholastische Universität bis zum 10. Jahrhundert. Die Formen stünden im grotesken Widerspruch zum Inhalt." (3) Der allzu straff reglementierte Universitätsbetrieb führe, so Bloch, zur "weitere (n) Verblödung und Verrohung" (4) der Studierenden.

Seine harsche Kritik am Grundstudium und

dessen Lehrkräften verschärfte Ernst Bloch wenig später in seiner Hauptvorlesung im großen Hörsaal der Anatomie vor 750 Hörern. Die Schmerzgrenze der SED war erreicht. Wolfgang Heinke, ihr 1. Sekretär an der Universität, zitierte Ernst Bloch in sein Büro. Ihm wurde eröffnet, daß man seine Äußerungen für "sehr überspitzt" halte. (5) Bloch sicherte zu, mit den Lehrkräften des Grundstudiums eine Aussprache anzuberaumen.

Anderen Kritikern des Grundstudiums erging es schlechter. Ihren seinerzeit bestgehaßten Gegner, den Ägyptologen Siegfried Morenz, bekämpfte die Universitätsparteileitung der SED mit Partisanenmethoden. Am 14. Dezember 1955 besetzten auf ihre Weisung Studenten der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, der Historischen Institute und des Franz-Mehring-Instituts den Hörsaal 40 im Augusteum andert-halb Stunden, bevor Morenz seine Vorlesung über "Die Einheit des Altertums und der Altertumswissenschaft" begann. Seinen eingeschriebenen Hörern blieben nur die Gänge. (6)

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU (14.-25. Februar 1956) zerbrach der politische Konsens zwischen Ernst Bloch und der SED-Führung endgültig. Wie viele Kommunisten mit oder ohne Parteibuch war Bloch geschockt durch die Entwertung von J. W. Stalin, der bisher eine feste Größe in seinem Weltbild war. Konsequenzen zog er nicht sofort. Das Eröffnungsreferat von Akademiemitglied Ernst Bloch auf der Konferenz der Sektion Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zum "Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus" (8.-10. März 1956)

enthält häretische Sentenzen, aber auch Honneurs von den Erzdogmatikern in der SED. Hager stimmte Blochs Formulierungen zu, daß "Freiheit nur als begriffene Bindung sinnvoll und gesellschaftlich vertretbar sei". (7) Doch mit seiner Forderung, die bürgerlich-demokratischen Freiheiten auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen, hatte Ernst Bloch den Mann vom ZK der SED links überholt. In seiner Diskussionsrede belehrte Kurt Hager den Leipziger Philosophie-Ordinarius, daß es vielmehr gelte, "die bürgerlich-demokratischen Freiheiten in den kapitalistischen Ländern gegen die Bestrebungen des Monopolkapitals zu verteidigen, die diese Freiheiten beschränken und abzuschaffen suchen, wie es vor allem die Entwicklung in Westdeutschland demonstriert". (8)

Sah sich Bloch düpiert durch diese Zurechtweisung?

Bloch hatte bereits im Dezember 1949 "etwas mehr Zensur - mannigfach noch vorhandenen Schwätzern gegenüber" (9) für erstrebenswert erklärt. Dennoch wandelte er sich im weiteren Verlauf des Jahres 1956 zum Befürworter einer Liberalisierung von Universität und Gesellschaft. In seinen Lehrveranstaltungen äußerte er sich offen zu Mißständen; verschlüsselte Metaphern entfielen. Ernst Bloch entwickelte die Vision eines menschlichen Sozialismus. Mit beißendem Hohn wandte er sich gegen den fortbestehenden Dogmatismus und Personenkult in der DDR. Im Herbst 1956 begrüßte er den "Polnischen Frühling im Oktober", den ungarischen Aufstand dagegen verurteilte er. Seine Auslassung gegenüber den Dozenten des Grundstudiums als einer "Paarung von Unwissenschaftlichkeit und Mittelmäßigkeit" (10) wurde von Studenten aufgegriffen, die die Abschaffung dieser Pflichtstudiums zu erzwingen suchten. Den besonderen Zorn Walter Ulbrichts zog sich Bloch durch gleichgerichtete Äußerungen in einer Gedenkrede zum 125. Todestag Hegels am 18. November 1956 in Berlin zu. (11) In Verbindung mit seinem wissenschaftlichen Ruf ließ Blochs wiederholt bekundeter Standort

ihn 1956 zum geistigen Haupt des "Revisionismus" an der Leipziger Universität avancieren. Daß Bloch, wie er später betonte, mehr unfreiwillig zu dieser Rolle kam, ist zu glauben. Sie paßte weder zu seinem Selbstverständnis noch zu seinen politischen Grundüberzeugungen. Bei aller Kritik an den Auswüchsen des Dogmatismus in der DDR strebte er eine "Verbesserung" des Sozialismus an. Der "Bloch-Kreis" ging ihm zu weit, schien ihm dem Imperialismus in die Hände zu arbeiten.

Am 20. November 1956 hielt Kurt Hager das Schlußwort auf der Parteivertagung der SED an der Karl-Marx-Universität. Bloch-Gegner, die gehofft haben mochten, daß der Ideologie-Zar der SED nun den Direktor des Instituts für Philosophie zum Abschluß freigeben würde, sahen sich enttäuscht. Hager meinte milde, zwar gehe er mit Bloch in vielen Fragen nicht konform; allein er betrachte ihn nicht als Feind, sondern werde sich mit ihm "auseinandersetzen, wie mit einem Menschen, der den Frieden will, der aber in seiner Meinung keinen marxistischen Standpunkt einnimmt, sondern einen eigenen Standpunkt. Diese Auseinandersetzung ist eine Auseinandersetzung, die unter Freundschaft geführt wird." (12)

Noch, so sah es aus, genoß Ernst Bloch hohe Protektion. Ungestraft protestierte er gegen die Verhaftung Wolfgang Harichs. (13) Blochs Gegner an der Universität mußten warten. Anfang Dezember 1956 änderte sich die politische Großwetterlage in der DDR. Die wiedererstarkten orthodoxen Kräfte im Zentralkomitee gingen in die Offensive. Am 6. Dezember 1956 wurde ein Brief Walter Ulbrichts an die studierende Jugend publiziert; damit nahm eine fast zweijährige "ideologische Offensive" der SED ihren Anfang. (14) Zahlreiche oppositionelle Wissenschaftler und Studenten wurden gemäßigt, vertrieben oder entlassen. Man warf ihnen vor, den "bürgerlichen Liberalismus" sowie wahlweise den Opportunismus oder Revisionismus zu begünstigen.

Die "ideologische Offensive" der SED zielte im Kern darauf ab, die Dominanz der sozialistischen Ideologie in allen Bereichen des Hochschulwesens durchzusetzen und den Marxismus/Leninismus endgültig als Basiswissenschaft zu etablieren, an der alle anderen Lehrdisziplinen auszurichten sind.

Prominente Opfer entsprechender Kampagnen waren die Ökonomen Fritz Behrens, Arne Benary und Günter Kohlmeier, der Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski, Heinz Such und andere Anhänger des jugoslawischen Staatsrechtlers Edvard Kardelj sowie eben der Philosoph Ernst Bloch.

Die Auseinandersetzung um dessen philosophisches und politisches Oeuvre eröffnete Rugard Otto Gropp am 19. Dezember 1956 mit einem Artikel im Zentralorgan der SED "Neues Deutschland". Einleitend rechnete Gropp mit Mitarbeitern des Leipziger Instituts für Philosophie ab, die er bezichtigte, der Teleologie, der Philosophischen Anthropologie oder gar, wie Robert Schulz, einer Synthese aus teleologischen und eschatologischen Elementen zu huldigen. Als Hauptschuldigen für diese "idealistischen Verirrungen" machte Gropp Ernst Bloch aus. Unter dessen Einfluß seien, so Gropp, zahlreiche Assistenten und Studenten dahin gelangt, die Geschichte als einen "Tendenzprozeß" zu sehen und "einen abstrakt-menschlichen Sozialismus gegen den auf der Lehre vom Klassenkampf beruhenden wissenschaftlichen Sozialismus, der zutiefst menschlich ist, zu stellen". (15) Für den Artikel-Autor war Ernst Bloch ein Dogmatiker par excellence. Gropp fragte, "ob nicht... ein philosophisches System wie das von Ernst Bloch... dogmatischen Charakter habe, wenn es ein der Psychologie zugehörendes untergeordnetes Moment wie die Hoffnung zu einem Weltprinzip macht und einem solchen angeblichen 'Prinzip' die ganze vielgestaltige Entwicklungsgesetzlichkeit zu unterwerfen trachtet" (16)

Höheren Ortes fand die Polemik von Gropp

Beifall; nicht so am Leipziger Institut für Philosophie. Auf der Delegiertenkonferenz der SED an der Universität (21./22. Dezember 1956) erklärte Robert Schulz, am Institut der wichtigste Anhänger von Bloch, daß die Leipziger Philosophen den Vorstoß von Gropp mehrheitlich mißbilligten. Die Notwendigkeit freilich, den Einfluß von Ernst Bloch zu begrenzen, wurde gesehen. Doch: wie solle mit dem Direktor des Instituts für Philosophie diskutiert werden, der für seine "tiefgründige Durchdringung von Natur und Gesellschaft" mit dem Vaterländischen Verdienstorden dekoriert worden war und auch als Nationalpreisträger sowie Akademiemitglied eine parteiseits sanktionierte Autorität sei? (17) Dazu äußerte sich der Ehrengast der Konferenz, Walter Ulbricht, nicht. Der Generalsekretär der SED begnügte sich damit, den Staatsfeind Wolfgang Harich und als dessen Komplizen Ernst Bloch pauschal zu verdammen. (18)

Bei den Leipziger Philosophen blieb das Verdikt Ulbrichts nicht ohne Wirkung. Innerhalb eines Monats veränderte sich das Kräfteverhältnis in der SED-Parteileitung des Instituts für Philosophie radikal zu Ungunsten der Anhänger von Ernst Bloch. Am 18. Januar 1957 präsentierte die Institutsparteileitung der SED dann ihren Offenen Brief an den Direktor des Instituts für Philosophie. Dieses sechsseitige Dokument trägt die Unterschrift von neun Institutsmitarbeitern. (19) Ausgehend von der Maxime, "daß das Institut für Philosophie die Aufgabe hat, marxistische Philosophie zu lehren, forschend die marxistische Philosophie weiter zu entwickeln und Lehrer und Forscher der marxistischen Philosophie auszubilden", fragten die Autoren Ernst Bloch, "in welchem Verhältnis Ihr Philosophieren zu der marxistisch-leninistischen Philosophie steht, das heißt nicht zu der epigonalen Literatur, die streckenweise reich ist an Simplifizierungen und in der auch handfeste Irrtümer angetroffen werden, sondern zu den Prinzipien der Klassiker, worin das Charakteristische, Unverwechselbare, das Konstituierende und Unaufgebbare der marxistisch-leninistischen Philosophie enthalten ist" (20).

Dem Institutsdirektor wurde angelastet, seine "Gedankenentwicklung an kritischen Punkten... durch Bezugnahme auf ein Diktum der Klassiker" (21) zu stützen und als marxistisch zu legitimieren. Dies sowie seine schwer verständliche expressionistische Sprache hätte bisher eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den "unmarxistischen" Auffassungen des Adressaten verhindert. Bloch wurde freigestellt, "marxistische Prinzipien zu Ihren eigenen zu machen oder nicht zu machen. Nicht jedoch können wir Ihnen zubilligen, nicht-marxistische Prinzipien zu vertreten und gleichwohl den Anspruch zu erheben, marxistische Philosophie zu lehren." (22) Blochs philosophische und politische Position hätte Mitarbeiter und Studenten erheblich desorientiert und die Verbreitung des Marxismus-Leninismus - speziell durch das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium - behindert. Seine Forderung, den "polnischen Frühling im Oktober" in der DDR nachzuvollziehen, wurde Ernst Bloch ebenso vorgehalten wie beleidigende Äußerungen gegenüber dem Kulturminister der DDR, Johannes R. Becher, im Zusammenhang mit dessen Rolle bei einer geplanten Rettungsaktion für Georg Lukacs. (2)

Mehr am Rande kamen auch die konkreten philosophischen Gegensätze zur Sprache. Am Beispiel von Blochs Äußerungen zu "antizipierendem Bewußtsein" und zum "Natursubjekt" wurden seine Abweichungen von der Reinen Lehre demonstriert. Abschließend resümierten die Autoren des "Offenen Briefes", "daß Sie das Vertrauen der Parteileitung für die Fortführung Ihrer Tätigkeit als akademischer Lehrer am Institut für Philosophie - einem Institut, das der Ausbildung marxistisch-leninistischer Kader dienen soll - nicht mehr besitzen." (24)

Mit einem d'srart massivem Angriff mochte Ernst Bloch nicht gerechnet haben. Er sah sich ernsthaft bedroht, wie er später Joachim Schumacher mitteilte. "... mutatis mutandatis stellte sich", heißt es in diesem Schreiben, "von meinen Studenten und der übrigen Intelligenz verstanden - die Sokrates-Situation her

(Jugend verführen, die Gotter (nebbich) nicht ehren)." (25) Bloch wußte, daß es nicht bei einer "wegen Arbeitsüberlastung und zur Vorbereitung auf ein wissenschaftliches Streitgespräch" suspendierten Vorlesungstätigkeit (26) bleiben würde. Inzwischen waren ihm die "Spielregeln" des Stalinismus vertraut.

Dennoch versuchte Ernst Bloch sich zu wehren. Am 22. Januar 1957 antwortete er mit einem "Offenen Brief", den er u.a. dem Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, zukommen ließ. Krampfhaft suchte Bloch nachzuweisen, daß er im Hinblick auf die Ereignisse in Polen als auch in Ungarn durchaus mit der SED konform gehe; er nahm sogar für sich in Anspruch, zu den ersten gehört zu haben, die den Einmarsch der Roten Armee in Budapest herbeiwünschten. (27) Ausführlich ging er auf den Vorwurf ein, Studenten dem Marxismus entfremdet zu haben. Anhand seiner Aufsätze in der "Neuen Weltbühne" (1937/1938), in denen Ernst Bloch die Moskauer Schauprozesse gerechtfertigt hatte, demonstrierte er seine Treue zur Sowjetunion, also zur Sache des Sozialismus, mit der er "manche damals schwankende und mehr als schwankende deutsche wie andere Marxisten, in Frankreich und in den USA ... vorm drohenden Trotzismus zurück(gehalten)" (28) habe. Ihm wäre es nie um die Abschaffung des obligatorischen Grundstudiums des Marxismus-Leninismus, dessen mangelndes wissenschaftliches Niveau die Studenten "vom Marxismus mehr abgetrieben als ihm zugeführt" (29) habe, sondern vielmehr um die Verbesserung der Grundlagenvorlesungen gegangen, die er als ein "gleichzeitig wissenschaftliches und politisches Anliegen" (30) definierte. Als Beleg seiner Treue gegenüber der SED führte Bloch an, daß er ausschließlich Assistenten eingestellt habe, die Mitglied dieser Partei sind. Er verwies weiterhin auf den Promotionsvorgang Hans Heinz Holz. Diesen hatte Bloch gestoppt, nachdem über den Doktoranden Tatsachen bekannt geworden waren, die ihn für die SED zu einer persona non grata werden ließen. (31) Demgegenüber stellte sich Bloch vor seine

Absolventen Zehm, Kleine und Teubner, deren Abweichung von der Parteilinie nur eine "Abweichung ... von dem bequem Gewohnten" wäre, insofern sie "Frische, Mut und marxistische Treue zu neu aufgetauchten Problemen zeigt" (32).

Souverän und nicht ohne Ironie wies er die Anwürfe gegen sein Philosophieren zurück. Etwa den Vorwurf der SED-Parteileitung, "dann, wenn die Rede auf Gegenstände kam, bei denen sich bei Ihren Gesprächspartnern der Idealismusverdacht meldete, entweder um die Sache kreisend (zu) diskutieren, ohne das Zentrum bemerken zu wollen, oder Ihren Standpunkt harmlos (zu) machen, wie beispielsweise bei den Gesprächen über das Natursubjekt", (33) nahm Bloch genüßlich auseinander. "Vielleicht ... waren die damaligen Teilnehmer des Wissenschaftlichen Rates (des Institutes für Philosophie - H.U.F.)", mutmaßte er nicht ohne Häme, "von denen ja die meisten nur eine Staatsexamensarbeit bisher geschrieben und keiner meines Wissens, auch bei vorgerückteren Jahren, ein wissenschaftliches Buch veröffentlicht hat, nicht genügend damit vertraut, daß ein Gegenstand von mehreren Seiten her, ja tunlichst umfänglich angefangen werden muß, um ihn genau im Zusammenhang zu erkennen ..." (34). Zur Sache unterstellte Bloch seinen Kontrahenten, "den systematischen Ort des Problems eines (hypothetischen) Subjekts der Naturvorgänge (zu) verfehlen" (35), da sie "den Zusammenhang einer so weitschichtigen Untersuchung wie der im dreibändigen 'Prinzip Hoffnung' angelegten nicht parat gehabt" (36) hätten. Den Vorwurf, den grundlegenden Teil seiner Hoffnungslehre (Teil 2, 1. Band "Das Prinzip Hoffnung"), "das antizipierende Bewußtsein", unter Zuhilfenahme eines Lenin-Zitates (Traum-Diktum in "Was tun?") fälschlich als marxistisch zu legitimieren (37), wies Bloch weit von sich. (38)

Abschließend monierte der Direktor des Instituts für Philosophie: "Nach treuer, anstrengendster Lehrtätigkeit, nach Herausgabe von

Werken, die unserer Republik und Sache sicher nicht zur Schande gereichen, erfolgt eine unbegriffliche, fast beispiellose Diskriminierung. Ich werde behandelt, als ob ich ein Verbrecher wäre. Sollte meine Tätigkeit der Regierung und Partei aus irgend einem Grund plötzlich nicht mehr nötig erscheinen, dann gibt es, mit meinen 72 Jahren, den einfachen, legalen, üblichen ehrenhaften Weg der Emeritierung." (39)

Wirkung erzielte die Rechtfertigungsschrift nicht. Auf der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED (30. Januar - 1. Februar 1957) brach auch Kurt Hager den Stab über Ernst Bloch. (40) Der Kampfgenosse war - in den Augen der Obrigkeit - endgültig zum Ketzer mutiert.

An der Karl-Marx-Universität löste die beginnende Anti-Bloch-Kampagne nicht nur Zustimmung aus. Wissenschaftler und Studenten aus allen Fakultäten, darunter nicht wenige SED-Mitglieder, protestierten gegen diesen "Rückfall in den linken Radikalismus" (41). Auf der Delegiertenkonferenz der Freien Deutschen Jugend (FDJ) im Februar 1957 kam es zu Sympathiekundgebungen für Ernst Bloch (42). Mit ihm solidarisierten sich 80% aller Studenten des Instituts für Philosophie. (43).

All dies bestärkte die Führung der SED in ihrer Auffassung, "daß die Tätigkeit von Bloch - seine philosophische als auch seine politische - sich in größtem Maße als schädlich bei der Ausbildung junger, marxistischer Philosophen ausgewirkt hat". (44) Schlimmer noch. Über diesen drangen "parteifeindliche Gedanken in die Reihen der Genossen ein ..." (45). Innerhalb der "Partei der Arbeiterklasse" war Linientreue höchste Tugend, war schöpferischer Zweifel suspekt.

Anfang April 1957 veranstaltete die SED-Parteileitung des Instituts für Philosophie eine Konferenz, betitelt "Zur Kritik der revisionistischen Philosophie Ernst Blochs". Neun Debattanden stilisierten den Institutsdirektor zur ideologischen Feindfigur, weit übertrafen sie die

Kritik von Kurt Hager. (46) Nachlese hielt die Leipziger Volkszeitung unter der Schlagzeile "Die philosophische Front festigen!" (47)

Ernst Bloch wurde als Direktor des Instituts für Philosophie abgesetzt und zum 31. August 1957 emeritiert. Auf Zureden des Rektors erklärte er sich "bereit ..., auf das Recht als emeritierter Professor noch Vorlesungen zu halten, zu verzichten." (48) Sein Institut durfte er nicht mehr betreten. Die Weiterarbeit am "Prinzip Hoffnung" wurde ihm gestattet.

An der Philosophischen Fakultät regte sich kaum Widerstand gegen die unwürdige Behandlung eines der bedeutendsten deutschsprachigen Philosophen des 20. Jahrhunderts. Den alten Ordinarien, die schon das "Tausendjährige Reich" überdauert hatten, war Bloch fremd geblieben. Empfanden sie Schadenfreude? Mokierten sie sich über einen unverbesserlichen Linken, der von seinesgleichen abserviert wurde? Nur einige jüngere Lehrstuhlinhaber protestierten. Der Kunsthistoriker Heinz Ladendorf, der Orthopäde Peter Friedrich Matzen, der Literaturhistoriker Hans Mayer, der Ägyptologe Siegfried Morenz und einige andere dachten öffentlich darüber nach, in Streik zu treten oder ihre Lehrstühle aufzugeben. (49) Doch im Rat der Fakultät fiel kein Wort über den Fall Ernst Bloch und seine Folgen.

Dieser hat selbst wenig Wert auf Solidaritätsbekundungen gelegt. Von Siegfried Morenz, der entsprechende Vorstöße wagte, hatte sich Bloch im März 1957 eilig distanziert. (50) Ihm widerstrebt es, zum Zentrum von Aktionen zu werden, die sich letztlich gegen die Staatsmacht richten mußten. Schließlich glaubte er nach wie vor an den - wenngleich mit Mängeln behafteten - Sozialismus der DDR.

Auch die unvermindert weiterlaufende Kampagne der SED-Führung gegen die Person und das Werk von Ernst Bloch vermochte diesen in seinem Freund-Feind-Denken im Hinblick auf

den Konflikt zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus nicht zu erschüttern.

Im Oktober 1957 erreichte das Kesseltreiben gegen Bloch einen neuen Höhepunkt. Auf einer zentralen Kulturkonferenz des Zentralkomitees der SED in Berlin stand der Leipziger Emeritus regelrecht am Pranger. Mehrere Diskussionsredner, unter ihnen mancher, der Bloch vor seinem Sturz um den Bart gegangen war, hatten Gelegenheit, ihre Parteitreu zu beweisen oder Buße zu tun. Für Hans Rodenberg war Ernst Bloch der "Anreger konterrevolutionärer Ideen". (51) Johannes R. Becher, der Kulturminister der DDR, bezichtigte sich und den Kulturbund, "dem Treiben von Bloch zugeschaut" und geduldet zu haben, "daß Bloch den Präsidenten und die anderen Präsidialmitglieder beschimpft ...". (52)

Auch der arbiter elegantiarum der SED, Kurt Hager, zeigte sich ganz prinzipiell. Bereits vor der Konferenz hatte er in der kulturpolitischen Wochenschrift "Sonntag" die Linie vorgegeben. Hager mahnte, daß der imperialistische Klassenfeind überall dort ante portas stehe, "wo die Zweideutigkeit, die Philosophie des Einerseits - Andererseits, die Suche nach einem (illusionären) 'dritten Weg' anzutreffen ist, wie etwa bei Professor Ernst Bloch und Professor Hans Mayer ..." (53) Hager sah die Arbeiter- und Bauern-Macht und die SED in Gefahr, wenn es dem "Gegner" gelänge, die Intelligenz zu beiden in Gegensatz zu bringen. "Schwankende Teile der Intelligenz" machte Hager erneut in seinem Diskussionsbeitrag auf der Kulturkonferenz als Hauptgefahr für die DDR aus. Als Beispiel präsentierte er die Harich-Janka-Gruppe, deren "ideologische Quellen ... vor allem bei Georg Lukacs und Ernst Bloch" zu suchen seien. "Blochs negative Haltung gegen die Partei und ihre Führung, besonders den Genossen Walter Ulbricht, sein großenwahn-sinniger Anspruch, den Marxismus zu erneuern und zu einer marxistischen Anthropologie, zum 'menschlichen Sozialismus', weiterzuentwickeln, übe auf zahlreiche seiner Schüler einen

verhängnisvollen Einfluß aus. Einige dieser Schüler stünden unserem Staat und unserer Partei feindlich gegenüber. Einige, wie Zwerenz und Lorenz, hetzten heute vom Westen aus gegen uns.

Professor Bloch aber hat es bisher nicht für nötig befunden, zu diesen Auswirkungen seiner Philosophie und Tätigkeit Stellung zu nehmen" (54), monierte Kurt Hager. Fürchtete er eine zweite Emigration? Bloch verstand. Im November 1957 verfaßte er einen Brief an das ZK der SED, in dem er sich ausdrücklich von Zwerenz und dem von Hager erwähnten "Bloch-Kreis" abgrenzte. (55) Nicht nur mangelnde Zivilcourage führte ihm die Feder. Bloch widerstrebt es, sich von ehemaligen Schülern, die in seinen Augen dem Imperialismus zuarbeiteten, vereinnahmen zu lassen. An seiner Verurteilung durch den Präsidialrat des Kulturbundes der DDR, dem Bloch angehörte, änderte der Brief freilich nichts. (56)

Bis Ende 1957 hatte sich die Schar der Anhänger von Ernst Bloch unter den Studenten merklich gelichtet. Einige waren, wie Günter Zehm, verhaftet worden; andere entzogen sich dem zunehmenden Gesinnungsdruck durch Flucht in die BRD oder paßten sich den Verhältnissen an. Das kurzzeitige "Tauwetter" war vorbei. Die FDJ gewann die Kontrolle über die Studentenschaft zurück, die ihr vorübergehend entglitten war. Am 25. November 1957 konstatierte die Fachschaft des Instituts für Philosophie der FDJ "einstimmig..., daß wir die Philosophie Ernst Blochs für unmarxistisch halten. Entschieden verurteilen wir das Auftreten der Republikfeinde Zwerenz, Lorenz und andere Verräter, die sich bei ihrer Hetze gegen unsere Republik auf Prof. Ernst Bloch berufen..." (57) Der Rat der Fakultät wurde in dieser Petition ersucht, Bloch zu veranlassen, die "Agententätigkeit" seiner ehemaligen Schüler zu bewerten, sowie in einem separaten Beschluß zum Verhalten des ehemaligen Direktors des Instituts für Philosophie Stellung zu nehmen. (58)

Die Fakultät reagierte auf dieses Ansinnen nicht. Selbst die Kritik Kurt Hagers auf der III. Hochschulkonferenz der SED (28. Februar - 2. März 1958), daß sie sich "nicht mit dem gegen unseren Arbeiter- und Bauern-Staat gerichteten Verhalten von Prof. Bloch und seinen Schülern auseinandersetzt und öffentlich... dazu Stellung bezieht" (59), ließ ihre Mitglieder kalt. Einen Fakultätsabschluß in Sachen Ernst Bloch gab es nicht.

Sicherlich spielte eine Rolle, daß man seinerzeit andere Sorgen hatte. Anfang März 1957 setzte sich der Ordinarius für Kunstgeschichte, Heinz Ladendorf, mit seinem Oberassistenten Wolfgang Götz in die BRD ab. Das war für die Fakultät der bis dahin schwerste Fall einer "Republikflucht". Erstmals verließ ein Lehrstuhlinhaber illegal die DDR. Entsprechend hart war das Delikt zu ahnden. Am 12. März 1957 beschloß der Rat der Fakultät mit 19:0 Stimmen (bei vier Enthaltungen), Ladendorf und Götz die Dokortitel abzuerkennen und das Staatssekretariat zu ersuchen, dem ersteren den Professorentitel zu entziehen. (60) Einen Monat später, am 16. April, legte der Rat fest, daß "allen Personen, die seit Inkrafttreten des Paßgesetzes, am 11.12.1957, das Gebiet der DDR illegal verlassen haben, die akademischen Grade abzuerkennen und desgleichen die ehemaligen Absolventen der Philosophischen Fakultät aus der Absolventenliste zu streichen sind." (61)

Zu den ersten Absolventen der Karl-Marx-Universität, die von dieser Regelung betroffen waren, gehörten die Bloch-Schüler Richard Lorenz, Hellmut Steinich und Günter A. Zehm. (62)

Ernst Bloch ersparte der Fakultät schließlich die Peinlichkeit, sich öffentlich von ihm distanzieren zu müssen. Am 20. April 1958 bekannte er sich in einer im "Neuen Deutschland" veröffentlichten Erklärung zum Sozialismus und der DDR, "auf deren Boden ich stehe, mit deren humanistischem Anliegen ich übereinstimme,

in deren Zentrum die Abschaffung der Ausbeutung von Menschen durch Menschen steht' (63).

Dieses Bekenntnis war ernst gemeint. Am 8. September 1958 schrieb Bloch seinem Freund Joachim Schumacher, "daß ich zum Biegen und Bröchen in der DDR bleibe, als dem Platz, wo gerade unsereiner hingehört, mehr als je. Nur im Osten, nicht ohne ihn, wird die Rettung des Sozialismus gegebenenfalls gewinnbar sein ... Hier hat mein philosophisches Werk seinen historischen Platz, eine Flamme und ein riesiger Stein des Anstoßes, nicht eine interessante Salonmeinung unter anderen im Westen." (64)

Ende des Sommersemesters 1958 war die Disziplinierung von Bloch-Anhängern am Institut für Philosophie abgeschlossen. Robert Schulz wurde in des Stand eines Kandidaten der SED zurückversetzt. Zahlreiche Assistenten und Studenten erhielten Parteistrafen; sieben von ihnen büßten die Mitgliedschaft der SED ein. Unter diesen war Jürgen Teller, seit 1954 Assistent von Ernst Bloch. Er wurde strafverschärfend von der Universität entfernt und zur "Bewahrung" in einen Produktionsbetrieb gesteckt. (65)

Von April 1958 an ging Ernst Bloch in Leipzig

Anmerkungen

verwendete Abkürzungen:

BLH, A = Bebel-Liebnecht-Haus Leipzig, Archiv

UAL, Phil. Fak. = Universitätsarchiv der Universität Leipzig, Philosophische Fakultät

1 Vgl.: Feige, H.-U., Ernst Blochs Leipziger Berufung. In: Deutschland-Archiv, 24, H. 4/1991; Eichler, K.-D., Enttäuschte Hoffnung. In: Wochenpost, Nr. 49, v. 28. November 1991;

2 Siehe: Willkommen und Abschied, Ernst Bloch in Leipzig (1949-1961). In: Bloch-Almanach 11 (1991), S. 159 ff. Anlässlich seines Geburtstags dedizierten seine Mitarbeiter Bloch eine Festschrift: Ernst Bloch zum 70. Geburtstag. Festschrift, hg. v. Rugard Otto Gropp, Berlin, Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1965;

3 UAL, Phil. Fak., Nr. 94;

4 Ebenda;

unangefochten seinen philosophischen Forschungen nach. Freilich blieben Probleme bei der Drucklegung seiner Werke nicht aus. (66) Mehr noch belasteten ihn der Verlust seiner Schüler und die wachsende Isolierung. Ständig fragten sich Bloch und seine Frau Karola, ob ihre geistige und Bewegungsfreiheit von Dauer sein würde. Auf die Polemiken, die Manfred Buhr und Alfred Kurella in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie gegen verschiedene Seiten des Blochschen Werkes veröffentlichten, reagierte der Emeritus nicht. (67) Dem Berliner Mauerbau hielt Blochs Entschlossenheit, allen Widrigkeiten zum Trotz in der DDR zu verharren, nicht stand. Im August 1961 blieben Karola und Ernst Bloch in ihrem bayerischen Urlaubsort. "Nach den Ereignissen vom 13. August", schrieb Bloch dem Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der DDR, "die erwarten ließen, daß für selbständig Denkende überhaupt kein Lebens- und Wirkungsraum mehr bleibt, bin ich nicht mehr gewillt, meine Arbeit und mich selber unwürdigen Verhältnissen und der Bedrohung, die sie allein aufrechterhalten, auszusetzen." (68)

Hans-Uwe Feige, Dr. phil., arbeitet als Historiker an der Universität Leipzig

5 Wolfgang Heinke, Schreiben v. 23. Dezember 1955 an Johannes Hörnig, Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED. BLH, A, IV 4. 14/41. Die Aussprache fand am 20. Dezember 1955 statt;

6 Ebenda;

7 Neues Deutschland, 15. Juni 1956;

8 Ebenda;

9 Bloch an Loewe, 29.12.1949. In: Ernst Bloch, Briefe, a.a.O., S. 791;

10 Delegiertenkonferenz der SED an der Karl-Marx-Universität, 21./22. Dezember 1956, Bericht der Parteileitung. BLH, A, IV 4.14/5;

11 Vgl. dazu: Römer, Ruth, Erinnerungen an Ernst Bloch, o.O., 1990, S. 25;

12 BLH, A, IV 4.14/12. Auf dieser Veranstaltung umriß Hagerübrigens auch die "Parteilinie" hinsichtlich der Einschätzung Stalins, der trotz aller seiner Fehler ein "hervorragender Marxist" bleibe.

13 Zentrales Parteiarhiv, R-3, Nr. 4231. In Briefen, u.a. an Kurt Hager, wandte sich Bloch besonders gegen die Vorverurteilung Harichs durch die Medien.

14 Vgl. Dokumente der SED, Band IV, Berlin: Dietz 1958, S. 166 f.;

15 Gropp, R.-O., Idealistische Verirrungen unter "antidogmatischem" Vorzeichen. In: Neues Deutschland, 19. Dezember 1956

16 Ebenda

17 Delegiertenkonferenz ..., 21./22. Dezember 1956, Diskussionsbeitrag Robert Schulz, BLH, A, IV 4.14/5

18 Siehe dazu auch: Ulbricht, Walter, Was wir wollen und was wir nicht wollen, in: Neues Deutschland, 30. Dezember 1956;

19 Das Institut für Philosophie hatte im Sommersemester 1957 19 Mitarbeiter. Es ist nicht zutreffend, wenn Manfred Riedel meint, alle Mitarbeiter Blochs hätten den Offenen Brief signiert - vgl. Riedel, M., Zeitkehr in Deutschland. Wege in das vergessenen Land, Berlin 1991, S. 178. Unterzeichner waren Günter Gurst, Parteisekretär Hans Heinz Horn, Werner Müller, Heinz Schwartze, Helmut Seidel, Harthmut Seidel, Achim Thom und Martina Müller sowie die Studenten Hofmann und Friedrichs. - Vgl. Offener Brief der Parteileitung der SED an den Direktor des Instituts für Philosophie, Prof. Dr. Ernst Bloch, 18. Januar 1957, S. 7. Kopie im Besitz d. Verf.

20 Ebenda, S. 1/2;

21 Ebenda, S. 3. Als Beispiel dafür wurde das Traum-Diktum Lenins im 2. Teil des 1. Bandes von "Das Prinzip Hoffnung" angeführt.

22 Ebenda, S. 4;

23 Ebenda, S.5/6. Siehe zum "Fall Lukacs" bes.: Janka, Walter, Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Berlin, Aufbau, 1989;

24 Offener Brief, a.a.O., S.7;

25 Ernst Bloch, Schreiben v. 8. September 1958 an Joachim Schumacher, in: Ernst Bloch, Briefe 1903-1975, a.a.O., Bd.2, S. 615;

26 Dazu vgl. Zudeick, Peter, Der Hintern des Teufels. Ernst Bloch - Leben und Werk, Iloos/Baden-Baden, 1985, S. 233;

27 Ernst Bloch, Offener Brief, Protest gegen die Anwürfe der Parteileitung der SED am Institut für Philosophie der Karl-Marx-Universität Leipzig, 22.1.1957. In: Bloch-Almanach, 3. Folge (1983), hg. v. Ernst-Bloch-Archiv Ludwigshafen durch Karlheinz Weigand, S. 22;

28 Ebenda, S. 24;

- 29 Ebenda, S. 26;
- 30 Ebenda;
- 31 Das "Verbrechen" von Holz bestand darin, ein "skandalöses Buch" aus dem Französischen übersetzt und mit einem "bedenklichen Nachwort" versehen zu haben: Charles Mayer, Eine Moral für die Zukunft. Ebenda, S. 30;
- 32 Ebenda, S. 31;
- 33 Offener Brief der Parteileitung, a.a.O., S.3;
- 34 Ernst Bloch, Offener Brief, a.a.O., S. 28;
- 35 Ebenda;
- 36 Ebenda;
- 37 Offener Brief der Parteileitung, a.a. O., S. 3;
- 38 Ernst Bloch, Offener Brief, a.a.O., S. 28/29;
- 39 Ebenda, S. 31;
- 40 Vgl. Dokumente der SED, Band VI, Berlin: Dietz 1958, Tagungsprotokoll;
- 41 Universitätsparteileitung der SED, Informationsbericht, Januar 1957 und 7. Februar 1957. Unverständnis gab es auch insoweit, als der langjährige Kampfgefährte Ernst Bloch bekämpft, "Reaktionäre" wie Hermann August Korff dagegen geschont wurden. BLH, A, IV 4.14/40 und IV 4.14/41;
- 42 Universitätsparteileitung der SED, Sitzung v. 16. Februar 1957, Bericht von Wolfgang Heinke. BLH, A, IV 4.14/32;
- 43 Universitätsparteileitung der SED, Sitzung v. 7. März 1957, Bericht von Heinz Sommer (Leiter der FDJ an der Universität). BLH, A, IV 4.14/32;
- 44 Ebenda;
- 45 Parteiaktivtagung der SED an der Karl-Marx-Universität, 18. März 1957, Protokoll. BLH, A, IV 4.14/13;
- 46 Die Konferenzbeiträge erschienen noch 1957 im Sammelband: Ernst Blochs Revision des Marxismus, Berlin, Dietz 1957. Über diese Konferenz berichtete das "Neue Deutschland" am 19. Mai 1957 mit großer Aufmachung ("Vom Kampf gegen den philosophischen Revisionismus");
- 47 Zur Reaktion der Medien siehe weiter: Ley, Hermann, Ernst Bloch und das Hegelsche System. In: Einheit, 12. Jahrgang, 1957, H. 3, S. 327 ff.; Hager, Kurt, Wesen und Konsequenzen des philosophischen Revisionismus. In: ebenda, Nr. 4, S. 434 ff.; Piraten unter falscher Flagge. In: Leipziger Volkszeitung, 27. Februar 1957; Hering, W./H. Frommknecht, Zu den nächsten Aufgaben der Parteiorganisationen an den Universitäten und Hochschulen. In: Neuer Weg, Jg. 1957, H. 5; Über den Fortschritt. Eine Auseinandersetzung mit einigen Auffassungen von Prof. Dr. Bloch, Leipzig. In: Wissenschaftliche Beilage, Forum, 3/1957; Gropp, R.O., Mystische Hoffnungsphilosophie ist unvereinbar mit Marxismus. In: Wissenschaftliche Beiträge, Forum 6/1957; Die philosophische Front festigen! In: Leipziger Volkszeitung, 10. April 1957; Hager, Kurt, Das 30. Plenum und der ideologische Kampf. In: Neues Deutschland, 12. Februar 1957; Kosing, Alfred, Koexistenz und Parteilichkeit. In: ebenda, 29. Januar 1957; Der Kampf gegen die bürgerliche Ideologie und den Revisionismus. In: Einheit, 12. Jg. (1957), H. 2 (Februar 1957)
- 48 BLH, A, IV 4.14/32. Ein definitives Vorlesungsverbot ist nicht nachzuweisen.
- 49 Ebenda;
- 50 Vgl. dazu den Bericht von Rektor Georg Mayer auf der Sitzung der Universitätsparteileitung der SED am 7. März 1957. Demzufolge hatte der Rektor Ernst Bloch davon überzeugt, "daß er im Begriff sei, sich in eine merkwürdige Gruppe von Professoren hineinziehen zu lassen"; Bloch hätte sich daraufhin "sofort von diesen Leuten distanziert" - BLH, A, IV 4.14/32.

- 51 Neues Deutschland, 25. Oktober 1957;
- 52 Dass..., 26. Oktober 1957;
- 53 Hager, Kurt, Kunst ist Waffe für den Sozialismus. In: Sonntag, 20. Oktober 1957, S. 11;
- 54 Sonntag, 3. November 1957, S. 11;
- 55 Diesen Brief las Kurt Hager auf einer Sitzung der SED-Parteileitung des Präsidialrates des Kulturbundes der DDR am 12. Dezember 1957 vor. Vgl. das Protokoll in: Utopie kreativ, H. 15/1991. Kurt Hager erwähnte den Brief auch auf der Sitzung der Universitätsparteileitung der SED an der Karl-Marx-Universität am 26. November 1957. Bei dieser Gelegenheit unterstrich er den harten Kurs der SED in ideologischen Fragen. "Es muß der Liberalismus absolut beseitigt werden", erklärte er. "Wir können auf keinem Gebiet nichtmarxistische Wissenschaftler gebrauchen, oder zumindest Wissenschaftler, die den Marxismus nicht kennen." Damit waren auch die Grenzen, sehr enge Grenzen, für die philosophische Debatte markiert. - BLH, A, IV 4.14/32;
- 56 Vgl. dazu das Protokoll in: Utopie kreativ, a.a.O.
- 57 UAL, Phil. Fak., Institut für Philosophie B 1/14 33 Bd. 2;
- 58 Ebenda;
- 59 Hager, Kurt, Der Kampf um die weitere sozialistische Umgestaltung der Hochschulen und Universitäten der DDR. Referat auf der III. Hochschulkonferenz der SED in Berlin, 28. Februar - 2. März 1958. In: Zur sozialistischen Kulturrevolution. Dokumente, Bd. 1 (1957-1959), Berlin: Dietz 1960, S. 292 ff.;
- 60 Philosophische Fakultät, Ratssitzung, 12. März 1958, Protokoll. In: UAL, Phil. Fak., Nr. 96. Siehe auch: Für Verräter kein akademischen Grade. Universitätszeitung der Karl-Marx-Universität Leipzig, 20. März 1958,
- 61 Philosophische Fakultät, Ratssitzung, 16. April 1958, Protokoll. In: UAL, Phil. Fak., Nr. 96;
- 62 Begründet wurden die Streichungen mit "Republikflucht" (Lorenz), "republikfeindlichen Äußerungen" (Steinrich) und der Ausarbeitung republikfeindlicher Konzepte (Zehm). Die von Prof. Gropp verlangte Stipendienrückzahlung durch die gestrichenen Absolventen unterblieb auf Weisung der SED-Universitätsparteileitung. ULA, Phil. Fak., Institut für Philosophie B 1/14 33 Bd. 1;
- 63 Bloch, Ernst, Ich stehe fest auf dem Boden der DDR. In: Neues Deutschland, 20. April 1958; ders., "Keine Geschäfte mit meinem Namen!" In: Sonntag, 17/58;
- 64 Ernst Bloch, Schreiben an Joachim Schumacher, 8. September 1958. In: Ernst Bloch, Briefe, a.a.O., S. 615;
- 65 Vgl. zu Jürgen Teller: Riedel, M., Zeitkehr ..., a.a.O., S. 172-184;
- 66 Ernst Bloch, Schreiben v. 8. September 1958 an Joachim Schumacher. A.a.O., S. 615. Bloch monierte, "der seit zwei Jahren ausgedruckte 3. Band 'Das Prinzip Hoffnung' kann nicht erscheinen; drei andere Bücher stehen unentwegt im Satz".
- 67 Buhr, Manfred, Der religiöse Ursprung und Charakter der Hoffnungsphilosophie Ernst Blochs. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 6. Jg., H. 4 (1958); Ders., Kritische Bemerkungen zu Ernst Blochs Hauptwerk "Das Prinzip Hoffnung". In: Diess., 8. Jg., H. 4 (1960); Kurella, Alfred, Zur Theorie der Moral. Eine alte Polemik mit Ernst Bloch. In: Diess., 6. Jg., H. 4 (1958)
- 68 Zit. nach: Weber, H., Kleine Geschichte der DDR. Köln 1980, S. 91

Einspruch. Leipziger Hefte. Hef 5.
Hrsg.: Leipziger Gesellschaft für Politik und Zeitgeschichte e. V.

Die Vertreibung Ernst Blochs 1956/57. Eine Dokumentation.

Anliegen der Herausgeber: Rekonstruktion der Herrschaftsmechanismen, die in der SED bei der Durchsetzung der Zwangsermeritierung und ihrer späteren Legitimation wirkten.

Der Bogen wird gespannt von den ersten öffentlich ausgetragenen Kontroversen zwischen Groppe und Bloch Anfang der 50er Jahre über den politischen Kurs Paul Fröhlichs und die Durchpeitschung des SED-offiziellen Urteils über Bloch als Revisionist bis zu zaghaften Rehabilitierungsversuchen.

Die Dokumentation stützt sich auf Dokumente des ehemaligen SED-Bezirksparteiarchivs Leipzig und enthält ca. 50 Dokumente und Protokolle sowie Gespräche mit Zeitzeugen.

ca. 150 Seiten, Format A 4, Preis ca. DM 18,-

zu beziehen über Dr. M. Franzke, Hamburger Str. 14, O - 7021 Leipzig

"Hoffnung kann enttäuscht werden". Ernst Bloch in Leipzig

Dokumentiert und kommentiert von Volker Caysa, Petra Caysa, Klaus-Dieter Eichler u.a.

Anton Hain Verlag Frankfurt a.M. 1992, 296 S., DM 38,-

Gründung einer Europa-Universität in Frankfurt/Oder Gespräch mit Rudolf von Thadden

Brandenburg gehörte zu DDR-Zeiten zu den schwächer mit Hochschulen ausgestatteten Regionen. So ist es verständlich, daß nicht nur die frühere Pädagogische Hochschule in Potsdam zur Universität ausgebaut wird, sondern gleichzeitig die in napoleonischer Zeit geschlossene Hochschule in Frankfurt/Oder, die einstige Viadrina, als Europa-Universität wiedergegründet werden soll. Prof. Dr. Rudolf von Thadden, Historiker an der Universität Göttingen und zugleich Professor an der Ecole des Hautes Etudes in Paris, wirkt im Gründungssenat mit und fungiert als Vorsitzender der Gründungskommission für die künftige Kulturwissenschaftliche Fakultät in Frankfurt/Oder. Das folgende Gespräch führte Dr. Matthias Middell mit ihm am 24. Februar 1992 in Göttingen.

Rudolf von Thadden:

Für Frankfurt/Oder sind vorgesehen: eine Fakultät für Rechtswissenschaften, eine für Wirtschaftswissenschaften und eine für Kulturwissenschaften. Das ist der Kernbestand der Universität und dazu ein zentraler Verwaltungsbereich, plus ein Spracheninstitut Angesichts der Tatsache, daß wir an der Oder sind und einen Einzugsbereich aus Polen haben werden, wollen wir ein Sprachinstitut aufbauen, in dem es möglich ist, daß nicht nur die polnischen Studenten Deutsch lernen, sondern in dem auch Deutsche Polnisch lernen, aber in dem auch andere Sprachen gelehrt werden. Wir haben den Ehrgeiz, daß man dort drei Fremdsprachen lehren sollte, nämlich Englisch, Französisch und

eine slawische Sprache. Für die Polen ist natürlich Deutsch dabei. Ob wir das schaffen, wissen wir nicht, aber den Ehrgeiz haben wir, ein Spracheninstitut aufzubauen, das die Studenten in die Lage versetzt, vielleicht am Ende des Studiums auch Vorlesungen in einer Fremdsprache zu hören. Um aber am Anfang vielleicht auf den Planungshorizont einzugehen: Es ist ja so, daß der Wissenschaftsrat am Anfang skeptisch war gegenüber den Neugründungen, sowohl gegenüber Erfurt als auch gegenüber Frankfurt/O. Aus Gründen, die ich übrigens verstehen kann. Auf der einen Seite wollen wir doch erst einmal die bestehenden Universitäten, Leipzig, Jena, Halle usw. modernisieren, oder wie man es nennen will, bevor wir mit dem wenigen vorhandenen Geld neue Universitäten aufbauen.

Dann aber setzte sich die Meinung in den Ministerien und auch in den Landtagen durch, daß man nur jetzt in der Aufbruchphase die Chance habe, Neugründungen durchzusetzen. Es gibt die Angst, daß man in fünf Jahren das Geld nicht mehr kriegt, das man jetzt noch kriegen könnte. Zur Standortfrage kann man argumentieren, daß es ein romantischer Standort ist, weil er an der Grenze liegt, weil es dort einmal eine Universität gegeben hat. Aber jeder weiß, daß diese Argumente auch beiseite geschoben werden können. Man soll sich nicht zum Gefangenen einer Gründungs-ideologie machen. Immerhin scheint es so zu sein, daß der Wissenschaftsrat zwar sehr kritisch gegenüber Erfurt bleibt, aber nicht uns gegenüber. Dazu tragen mehrere Dinge bei: einmal der Anspruch, Europa-Universität zu werden, also nicht nur eine zusätzliche deutsche Universität zu sein. Zweitens: im Rahmen dieser Europa-Universität auch Versuche zu machen, neue Ansätze aufzubauen. Damit bin ich bei der Kulturwissenschaftlichen Fakultät.

Redaktion:

Eine Zwischenfrage, um die Relationen abzustecken: Mit etwa wieviel Professoren rechnet man für die Gründungsphase und wieviele Studenten sollen an der Universität in diesen drei Fakultäten studieren?

von Thadden:

Die erste Frage ist leichter zu beantworten. Da hat man uns schon bewilligt oder ist im Begriff zu bewilligen ca. 40 Professorenstellen. So weit wie ich das jetzt gehört habe, würden es vielleicht 15 für die Wirtschaftswissenschaften sein, vielleicht 13 oder 14 für die Juristen, wenn es gut geht, 12 für die Kulturwissenschaften. Wobei ich gleich erläutern muß, wie "Kulturwissenschaften" gedacht sind, denn es ist ein

Sammelsurium. Dies wäre der Ansatz für die ersten beiden Jahre, C-3- und C-4-Professoren zusammengenommen plus Assistentenstellen usw. Beim Sprachinstitut käme ein ziemlich großer Stamm von Lektoren und angestellte Sprachlehrkräfte verständlicherweise hinzu. Wir hoffen, daß wir zu dem Stamm Gastprofessoren hinzubekommen, und da denke ich natürlich nicht nur an Deutsche, sondern auch an Franzosen, Engländer, Amerikaner, Schweden, Tschechen auch, wenn sie mögen. Ich wünschte mir einen großen Kreis von Gastprofessoren und auch Gastdozenten um den Kernbestand herum. Was die Studentenzahl anbetrifft, das ist Ihre zweite Frage, so ist sie schwer vorzusagen. Ich könnte mir denken - ich improvisiere jetzt -, daß relativ viele, weil das heute in ganz Deutschland so ist, Wirtschaftswissenschaften studieren werden. Und darunter ein relativ hoher Anteil von Polen. Denn die Polen wissen, daß Deutschland das "Tor zum Westen" ist. Ich könnte mir denken, daß es für einen Polen reizvoll ist, seinen Diplomkaufmann in Frankfurt/Oder zu machen und auf diese Weise zweisprachig zu werden. Etwas schwächer gilt das aber auch für die Juristen. Wenn die Juristen, was ich mir vorstelle, eine Abteilung Europarecht aufmachen werden, könnte ich mir denken, daß auch Polen gerne dort studieren, aber auch viele Deutsche. Am schwersten wird es für die Kulturwissenschaften gehen, weil - und jetzt muß ich etwas zur Konzeption sagen - wir ja nicht einfach nur eine verlängerte Philosophische Fakultät alten Stils sind. Wir haben dazu allerdings auch eine Vorgabe vom Ministerium bekommen. Denn wir bekommen die pädagogische Ausbildung nicht nach Frankfurt/Oder, die geht nach Potsdam. Damit sind wir ohnehin gezwungen, aus der Not eine Tugend zu machen. Wir müssen also ganz andere Gruppen ansprechen, ausbilden, also etwa Leute, die

nach Brüssel gehen, oder auch Deutschlehrer im Ausland an Goethe-Instituten, oder nicht zuletzt auch ein Lehrangebot machen für Wirtschaftswissenschaftler und Juristen, die eine kulturwissenschaftliche Ergänzung haben wollen oder sollen. Ich weiß nicht, ob dieses Angebot, das wir bieten, angenommen wird auch von der umliegenden Bevölkerung, denn das kann keine Universität heute vergessen: Man rekrutiert doch den größten Teil aus der unmittelbaren Umgebung. Auch hier in Göttingen sind drei Viertel der Studenten aus dem südniedersächsischen Raum bis Hannover hinauf. Das hängt mit vielen Faktoren zusammen. Nun könnte man fragen, ist das Umland von Frankfurt/Oder groß genug, werden da die meisten nicht lieber gleich nach Berlin gehen? Da hoffen wir, daß umgekehrt Berlin Abschreckungseffekt hat, Berlin zu groß ist. Vielleicht sagt mancher, ich studiere erst einmal in Ruhe, bevor ich mich da in den großen Ozean werfe. Aber ich weiß es nicht. Ich wage hier jedenfalls für den kulturwissenschaftlichen Bereich keine Prognosen. Und sollte es im ersten Jahr für die drei Fakultäten zusammen 1 500 Studenten geben, so wäre das schon sehr viel.

Redaktion:

Eine kurze Frage noch zur Gesamtgründung. Sie sagten ja eben schon, daß es etwas schwierig ist, einfach romantisch an den Gedanken der Wiederbegründung anzuschließen. Wie sind denn die materiellen Voraussetzungen für die Aufnahme eines Universitätsbetriebes in Frankfurt/Oder?

von Thadden:

Wie ich sehe, günstig bisher. Wir müssen Studentenwohnheime bauen. In Köln war das auch die erste Seite. Wir müssen Professorenwohnungen bauen. Wir müssen über das eine große Gebäude hinaus,

das früher der Bezirksleitung der SED gehört hatte, weitere Gebäude bekommen für den Lehrbetrieb. Und wir müssen vor allen Dingen - und das ist das allerwichtigste - Gebäude bauen für die Bibliothek. Es gibt keine Universität ohne Bibliothek. Da haben wir bereits Ansätze. Es gibt einen Bibliotheksdirektor, der sich jetzt vom Jahresbeginn an um Anschaffungspolitik kümmert. Aber ein Haus hat er auch noch nicht. Wir leben also mit Provisorien.

Redaktion:

Zur Situation, Frankfurt liegt ja doch sehr nahe an Berlin. Wie weit ist im Gründungskonzept vorgesehen, aus dem Wissenschaftlerintegrationsprogramm Mitarbeiter aus dem riesigen Wissenschaftlerpool, der sich ja jetzt in Berlin stapelt, Leute auf verkürztem Weg heranzuziehen, d.h. außerhalb regulärer Berufungsverfahren.

von Thadden:

Die Frage haben wir in unseren Kommissionen noch nicht beantwortet. Sicher ist nur eines, daß wir keine Universität wollen, die zu stark auf Westimport aufbaut. Wir wollen selbstverständlich die Türen öffnen für diejenigen, die ihre Ausbildung in der alten DDR gemacht haben. Ich rechne mit sehr, sehr vielen Bewerbungen. Aber ich weiß noch nicht, wie man konkret vorgehen soll. Ich darf ein konkretes Beispiel geben. Was heißt zwölf Lehrstühle für Kulturwissenschaften? Das heißt, wenn es gut geht, drei für Geschichte, drei bis vier für Literatur- und Sprachwissenschaften, drei bis vier für Sozialwissenschaften im weitesten Sinne, dann vielleicht noch einen Philosophen dazu, einen Wirtschafts- und Sozialgeographen dazu. So ungefähr. Jetzt nehmen Sie einmal meinen engeren Bereich, Geschichte. Mehr als drei Lehrstühle für Geschichte werden es nicht werden.

Wie sollte man so etwas strukturieren? Man könnte sagen, nach Frankfurt/Oder gehört ein Lehrstuhl für osteuropäische Geschichte. Dann kann man sagen, es gehört angesichts der Wirtschaftswissenschaften ein Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte, meinetwegen auch für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte dazu. Aber dann bleibt kein Platz mehr für die chronologisch gegliederten Abteilungen. Also in Gottes Namen müssen wir am Anfang einen nehmen für europäische Geschichte der Neuzeit, da muß das Mittelalter erst einmal warten, weil einfach kein Platz ist dafür. Und dann muß man hoffen, daß dereinst das Mittelalter in zwei Jahren Abstand hinterherkommt. Ich sage das so konkret, damit Sie merken, wie dünn die Decke ist, die wir haben. Deshalb auch meine Hoffnung, daß wir Gastprofessoren kriegen und daß wir das bekommen, was Sie aus den Ländern der alten DDR kennen, diese Wissenschaftszentren, die jetzt auf dem Markt sind. Vielleicht gelingt es uns, nach Frankfurt/Oder diese Gruppe zu holen, die man als Wissenschaftszentrum für ostmitteleuropäische Geschichte bezeichnet. Aber ich weiß, daß sich die Universität Leipzig auch dafür interessiert, so wie sich Potsdam für die Zeitgeschichte interessiert, so wie sich Berlin für Wissenschaftsgeschichte interessiert. Das kann ein harter Konkurrenzkampf zwischen Leipzig und Frankfurt/O. werden. Und ich weiß auch gar nicht, wie der entschieden wird. Ich persönlich würde ein Wissenschaftszentrum, in dem dann viele von den guten Leuten aus der alten Akademie in Ost-Berlin angebunden werden könnten, wünschen.

Redaktion:

Das Konzept einer Universitätsneugründung direkt an der Grenze mit dem bewußten Nutzen dieses Standortes ist unter

pragmatischen Gesichtspunkten sehr verständlich. Vorstellbar ist aber, daß es in Europa Ängste hervorruft, wenn es darum geht, daß hier ja "Kulturexpansionismus" in Rede stehen könnte. Wie würden Sie dem Argument entgegentreten? Mit der knappen Decke, die jetzt absehbar ist, ist doch eine konsequente Europäisierung außerordentlich schwierig.

von Thadden:

Es sei denn, daß andere Länder uns helfen und Stellen zur Verfügung stellen werden. So habe ich etwa gute Hoffnung, daß die Franzosen, zu denen ich seit meiner Pariser Tätigkeit gute Verbindungen habe, uns Gastprofessuren spendieren. Ich wünschte, das machte Schule. Wir würden dann von anderen Ländern auch Gastprofessuren bekommen, denn aus eigenen Mitteln werden wir das nicht bezahlen können. Und es wäre ja auch einmal ganz nützlich, daß man sagt: Europa heißt für uns, daß alle mitwirken können. Und damit ist dann auch die Angst beseitigt, daß es sich um Kulturexpansionismus handelt. Ich glaube sagen zu können, daß aufgrund meiner Pariser Erfahrungen diese Angst gebannt ist. Es geht ja im Grunde immer nur um dies eine: Wird dieses eine, größere Deutschland in der Lage sein, europäische Ansätze aufzunehmen? Ein europäisiertes Deutschland, zu dem sagen alle Ja, aber gegen ein deutsches Europa sagen alle Leute Nein.

Redaktion:

Besteht nicht die Gefahr einer normal ausgebildeten Wirtschaftswissenschaftlichen und einer vom Umfang her normal ausgebildeten Juristischen Fakultät, und damit, daß hier im wesentlichen ein deutsches Modell für die Weiterbildung von Polen angeboten wird? Besteht damit nicht

die Gefahr, daß doch eine sehr starke Zentrierung auf deutsche Problemlösungen erfolgen könnte?

von Thadden:

Also das hängt ein wenig davon ab, wie weit sich die anderen engagieren. Ich habe jedenfalls dieses Argument von Polen bisher nicht gehört. Es ist für mich ein wichtiges Argument, daß die Polen umgekehrt sagen, wir erhoffen uns eine Öffnung der sonst verschlossenen Türen. Sie werden feststellen können, das sage ich jetzt für die Polen, aber auch für die Tschechoslowakei und für Ungarn, daß dort die Kritik an Brüssel, d.h. an der EG, stärker ist als an Deutschland, weil man den Eindruck hat, die Deutschen würden ja bereit sein, die Türen zu öffnen, aber Brüssel ist es nicht. Ich bin gar nicht so unglücklich, daß die Gewichte so ein bißchen verschoben werden. Also ich lasse gerne Franzosen und Belgier und Holländern den Vortritt, wenn es um die Frage geht, wieviel Leute wir aufnehmen können und wieviele nicht. Aber um auf Ihre Universität zurückzukommen. Es wird sich entscheiden an der Bereitschaft der anderen Länder. Wenn die anderen Länder die Chance erkennen, etwas zu investieren, dann wird es gutgehen, wenn die anderen Länder das nicht tun, dann kann es gar nicht anders laufen, daß es eine deutsche Universität mit einem etwas europäischen Touch wird.

Redaktion:

Sie haben das Konzept einer Fakultät für Kulturwissenschaften vorgelegt. Das ist Teil der Denkschrift, da kommen jetzt die anderen Teile dazu. Wenn ein solches Papier zusammengestellt wird, ist dann garantiert, daß die Teile miteinander zu tun haben?

von Thadden:

Garantiert nicht, aber es ist jedenfalls die Hoffnung, und auch die begründete Hoffnung, daß es nicht eine Buchbindersynthese wird. Aber ich meine, daß der Integrationsprozeß, den wir vor uns haben, lange dauern wird. Ich kann mir nicht denken, daß man nur auf der Basis von einem Papier eine so schwierige Aufgabe lösen kann, wie die einer integrierten Universität. Es ist ja eine Doppelintegration. Es ist zunächst einmal innerhalb der Kulturwissenschaftlichen Fakultät ein Prozeß der Integration. Oder der Zusammenarbeit von Geschichtswissenschaft, Sozialwissenschaft, Kulturwissenschaft usw. Und zweitens darüber ein Integrationsprozeß, nämlich des Zusammenwachsens der drei Fakultäten, so daß dann das Aufbaustudium schon ein hohes Maß an Integration hat. Aber mit Sicherheit nicht im Grundstudium, denn das Grundstudium muß erst einmal disziplinar sein, das schafft ja kein Mensch. Ich würde sagen, daß das Grundstudium bis zur Zwischenprüfung disziplinar abläuft, daß das Hauptstudium Elemente der Integration und Verflechtung mit anderen Fakultäten, mit anderen Bereichen aufnimmt. Und dann schließlich im Aufbaustudium, also nach dem Diplom, nach dem Magister oder was auch immer, dann gemeinsame Seminare usw.

Redaktion:

Ich muß gestehen, ich finde das Ganze faszinierend. Kulturwissenschaften, also Geistes- und Sozialwissenschaften mit Rechts- und Wirtschaftswissenschaften so zu kombinieren, daß ein Berufsbild, ein Absolventenbild dabei entsteht, das wirklich integriert ist. Ich habe aber große Zweifel bei dem gegenwärtigen Angebot an berufungsfähigen Wissenschaftlern in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften.

Dieses Angebot ist ja sehr begrenzt, weil an allen ostdeutschen Universitäten gerade hier großer Nachholbedarf besteht. Es fragt sich, ob wirklich Leute im Angebot sind, die zu so einer Integration fähig und bereit wären. Denn die Vorleistungen in deren disziplinären Studien sind wohl nicht sehr gut.

von Thadden:

Ich teile Ihre Skepsis. Ich weiß, daß hier mit sehr viel Wasser gekocht werden muß. Trotzdem haben wir uns entschlossen, einmal dieses Konzept vorzulegen. Und ich sage auch, was mich dazu getrieben hat. Denn ich bin in Paris ja zwei Jahre an der Ecole des Hautes Etudes gewesen und habe gesehen, daß es dort funktioniert. Nämlich unter dem Begriff Humanwissenschaften verschiedene Disziplinen nicht nur zu integrieren, sondern auch zu einer permanenten Zusammenarbeit in Forschung und Lehre zu bringen. Nun können Sie mir sagen, ja was da in Paris geht, muß nicht in Frankfurt/Oder gehen. In Paris ist so viel Masse im Hintergrund, daß man nie in die Verlegenheit kommt, keine Leute zu haben. Aber ich könnte mir denken, wenn es gelänge, eine Zusammenarbeit z.B. mit der Ecole des Hautes Etudes in Paris zuwege zu bringen, Frankfurt/Oder also ein bißchen anzubinden, teilhaben zu lassen an dem Kreislauf einer solchen großen Universität, daß es dann vielleicht auch in Frankfurt/Oder klappen könnte. Frankfurt/Oder jedenfalls kann nicht gelingen, wenn es nur in sich selber ruht. Aber es könnte gelingen, wenn andere Bäche durch unseren Teich fließen.

Redaktion:

Um den advocatus diaboli etwas weiter zu spielen: Es gibt ja einen vergleichbaren Studiengang z.B. in Passau, dort mit gro-

ßem Erfolg. Die Studenten überschreiten alle Matrikellängen, die vorgesehen waren. Allerdings zeigt sich eben in Passau, daß für einen solchen Studiengang - der sicher mit Blick auf die europäische Einigung und auf einen weiterbildungsfähigen Nachwuchs, der aus den Universitäten hervorgehen muß, die richtige Richtung ist - ein sehr breites disziplinäres Gefüge notwendig ist. Passau scheint im Moment an einem solchen Studiengang ein ganz klein wenig zu scheitern, gerade weil die Breite der Disziplinen fehlt. Nun ist ja Frankfurt/Oder bei 40 Professuren eher eine schmale, eine schlanke Universität. Ist das nicht doch eine starke Gefahr, wäre hier nicht eine Vernetzung mit den Universitäten, die in der Nähe sind, dringend notwendig?

von Thadden:

Ja, das glaube ich auch. Vor allen Dingen eine Zusammenarbeit mit Berlin. Davon bin ich überzeugt, das sage ich auch ohne Scheu, daß die Erwartungen größer sind als die Möglichkeiten. Trotzdem kann man auch mit kleineren Gruppen etwas erreichen, wenn man einen nucleus hat. Also wenn es gelingt, ein paar Professoren zu gewinnen, die zwei Eigenschaften mitbringen: einmal die Fähigkeit zur Zusammenarbeit (das ist sehr wichtig, das hat nicht jeder) und zweitens das Bewußtsein der Ergänzungsbedürftigkeit der eigenen Disziplin. Dann könnte ich mir denken, daß in einem mehrjährigen Prozeß sich so langsam etwas wie eine kulturwissenschaftliche Fakultät herausbildet, die ihrem Anspruch gerecht wird. Mehr Angst habe ich vor etwas anderem: daß zu viele Studenten kommen und dann keine Arbeitsplätze finden. Es ist natürlich viel einfacher, wenn man in eine traditionelle Universität geht und weiß, sechzig Prozent aller Leute, die Geschichte studieren, werden Lehrer, also einen gesicherten Absatzmarkt zu haben.

Auch gerade weil Sie Passau erwähnten. Man hört immer wieder, daß Absolventen schöne Diplome haben und dann keinen sicheren Arbeitsplatz finden. Das hat sich in der deutschsprachigen Kulturwelt noch nicht so herumgesprochen. Von England aus können Sie Ökonomen oder Juristen nach Brüssel schicken, schon seit langem, die werden eine solide kulturwissenschaftliche Bildung haben. Das ist englische Tradition. Bei uns besteht die Gefahr, daß die Kulturwissenschaften zu einem Orchideenfach werden. Also wenn man, wenn ich das so sagen darf, eine Technische Universität plus dies academicus aufbaut. Das wäre nicht gut. Aber ich kann nichts anderes sagen: Es lohnt den Versuch. Denn noch eine Philosophische Fakultät mehr als wir sie schon haben, hätte mich gelangweilt.

Redaktion:

Die Fakultät für Kulturwissenschaften ist im Konzept in ihren Aufgaben mit einem Diplomstudiengang Kulturwissenschaften ausgewiesen. Sind daneben weitere Magisterstudiengänge vorgesehen?

von Thadden:

Doch, die haben wir nur noch nicht eruiert. Mit Sicherheit. Es muß natürlich so sein, daß wir dann auch Promotions- und Habilitationsrecht bekommen. Sonst hätten wir, wenn wir das nicht wollten, nur ein Institut zu gründen brauchen. Davon war anfangs die Rede. Am Anfang hat man gesagt, belasten wir uns nicht mit einem kompletten Studiengang, sollten wir nicht lieber ein europäisches Kulturinstitut aufbauen, Schwerpunkt Forschung. Aber die Entscheidung des Gründungssenats ist so gewesen, wir sollten den Versuch machen, einen durchgehenden Studiengang statt zwei aufzubauen und mit dem Diplomstu-

diengang zu beginnen. Ich würde mir, so wie die Dinge jetzt liegen, denken, daß wir sowohl bei den Juristen als auch bei den Wirtschaftswissenschaftlern als auch bei uns Kulturwissenschaftlern einen Magisterstudiengang aufbauen. Wobei der Magisterstudiengang in den Kulturwissenschaften etwas anderes sein müßte als das, was wir heute hier in Westdeutschland haben. Hier in Göttingen ist ein Magisterstudiengang Geschichte nicht sehr anders als eine Staatsexamensausbildung, also Lehrerausbildung. Aber das müßten wir uns noch überlegen: a) wieviel können wir uns zumuten und b) was können wir uns leisten.

Redaktion:

In dem Kontext noch eine Frage zu dem Umfeld der Universität. Eine Universität lebt ja von der Gesellschaft, in die sie hineingepflanzt wird. Der Wissenschaftsminister Brandenburgs hat bei der Bundestagsanhörung vorige Woche in Leipzig darüber gesprochen, daß er sich von den Neugründungen in seinem Lande eine ungeheure Belegung von Wirtschaft, vor allem des Mittelstandes verspricht. Wie ist da die Verbindung im Moment zur Struktur in Frankfurt? Frankfurt ist ja ein klein wenig eine Region am Rande, die wahrscheinlich ungeheure konjunkturelle Schwierigkeiten haben wird.

von Thadden:

Also ich bin da auch an dieser Stelle äußerst skeptisch. Ich weiß, die Entscheidung im brandenburgischen Landtag für Frankfurt ist aus diesen Gründen gefallen. Man wollte eine konjunktur- und strukturschwache Region auf Vordermann bringen, dynamisieren. Ob das gelingt, ich weiß es nicht. Ich kenne bisher keine Gespräche örtlicher Mittelstandsvereinigungen, Industriebetriebe, die uns vielleicht helfen

könnten, wie das damals in Bochum war, als man die Universität gründete vor nunmehr auch fast 30 Jahren. Also das ist es bisher nicht. Nicht einmal mit der evangelischen Kirche hat es bisher Gespräche gegeben, die aber Interesse haben könnte, vielleicht mit der einen oder anderen Sache dazukommen, denn es gibt ja keine Theologische Fakultät. Ich könnte mir schon denken, daß man in Zusammenarbeit mit der Kirche auch so etwas wie einen religionswissenschaftlichen Arbeitskreis aufmacht. Daran hätten durchaus Soziologen ein Interesse. Vorstellbar wäre auch für die Wirtschaftswissenschaften, daß eine größere Firma einmal bereit ist, einen Gastlehrstuhl zu spendieren. Aber das ist Zukunftsmusik.

Redaktion:

Das eine ist das wirtschaftliche Umfeld und das andere ist die geistige Situation, in die eine solche Universitätsgründung hineingerät. Was ist eigentlich mit der kulturellen Infrastruktur in Frankfurt an der Oder?

von Thadden:

Also sie ist etwas besser als ich am Anfang gedacht hatte. Es gibt in Frankfurt/Oder z.B. das Kleistmuseum mit einigen Gruppen, die sich darum herum gebildet haben. Es gibt die große Konzerthalle, es gibt auch Ansätze für ein entwicklungs-fähiges geistiges Leben. Frankfurt/Oder ist nicht nur wegen der Grenzlage zu überschätzen. So weit sind Polen und Deutschland nicht integriert. Aber Frankfurt ist immerhin eine Stadt mit über 100 000 Einwohnern. Also so nahe an Berlin, daß man partizipieren kann.

Redaktion:

Haben Sie im örtlichen geistigen Leben

noch die Tradition der geschlossenen Universität präsent gefunden, oder ist das eine verschüttete Erinnerung?

von Thadden:

Die Universität ist in der napoleonischen Zeit untergegangen, weil damals sowohl in Breslau, in Schlesien, als auch in Berlin neue Universitäten aufgemacht wurden. Das wäre eine Überfrachtung gewesen. Natürlich reden die Bürgermeister darüber in ihren Reden, aber das soll man nicht überschätzen. Frankfurt/Oder als eine komplette Neugründung mit allem, was das heißt, und vielleicht ein paar alten Federn am Hut, die aber nicht aussagen über den Geist, und das war ja der Inhalt Ihrer Frage, der neuen Universität. Sollte es dann soweit kommen in der Eröffnungsansprache, wird natürlich eine große Rede gehalten werden über die drei Jahrhunderte von der Lutherzeit bis zur napoleonischen Zeit, doch das inspiriert nicht für die Gegenwart.

Redaktion:

Das ist ja eine erfreulich nüchterne Haltung gegenüber den Sonntagsreden. Vielleicht eine letzte Frage, die auch eine erste hätte sein können. Wer ist eigentlich an der Konzipierung dieser Universität und der Ausrichtung der Universität auf die Europäisierung und die interdisziplinäre Integration beteiligt?

von Thadden:

Also zunächst einmal habe ich den Eindruck gewonnen, daß hier ein starkes persönliches Engagement des Ministers Enderlein vorliegt. Nach allem, was ich gehört habe, liegt ihm besonders an dem Europa-Charakter der Universität. Zweitens hat man uns dann im Gründungssenat sehr viel Spielraum gelassen, wie wir

Schwerpunkte setzen wollen. Aber, um es negativ zu formulieren, es war von Anfang an klar, daß die neue Universität nicht nur Wirtschafts- und Rechtswissenschaften haben dürfe, daß da etwas dazukommen mußte. Obwohl wir schon kein Geld hatten für Naturwissenschaften und Medizin, war es ganz zwangsläufig, daß man an den alten Bereich der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächer gedacht hat. Aber daraus folgte nicht zwangsläufig, daß es eine kulturwissenschaftliche Fakultätwürde. Das ist die Arbeit des Gründungssenats und der von ihr eingesetzten Kommissionen.

Redaktion:

Das Korrektiv der Arbeit des Gründungssenates besteht dann faktisch nur noch beim zuständigen Minister, der das Konzept bestätigt. Wahrscheinlich wird das Konzept nur ganz global bestätigt. Es gibt also eigentlich keine wissenschaftliche Korrekturinstanz für solche Konzepte?

von Thadden:

Ja und Nein. Zunächst einmal wird im Wissenschaftsrat darüber gesprochen. Zweitens holen wir uns alle notwendigen Ratgeber in die Kommissionen hinein. Konkret habe ich jetzt zur nächsten Sitzung unsere Fachkommission, unsere Unterkommission für die Kulturwissenschaften und den Direktor des Max-Planck-Instituts für Geschichte aus Göttingen eingeladen, um alles einmal durchzugehen. Ich könnte mir ähnliche Vorgänge häufiger denken. Wir schotten uns nicht ab, abgesehen da-

von, daß wir noch einen ganzen Stapel von Briefen, Eingaben bekommen haben von Leuten, die sich für uns interessieren, Vorschläge machen. Mit denen müssen wir uns auch noch auseinandersetzen.

Redaktion:

Inwieweit sind über das Schreiben von Eingaben und Briefen hinaus Ostdeutsche an dem Projekt beteiligt?

von Thadden:

Sowohl der Gründungssenat als auch die von mir geleitete Kommission für Kulturwissenschaften haben von Anfang an Wert darauf gelegt, daß Ostdeutsche dabei sind. Wir haben also nicht nur Polen, wir haben nicht nur Franzosen, wir haben selbstverständlich auch ostdeutsche Wissenschaftler dabei. Es hätte gegen mein ganzes Prinzip verstoßen, wenn das nicht der Fall gewesen wäre. Aber es wäre auf der anderen Seite auch beschönigt, wenn ich nicht sagen würde, daß der Schwerpunkt trotzdem bei Westdeutschen liegt. Es ist kein Zufall, daß der Gründungsrektor Ibsen aus Bochum kommt, dort auch schon einmal Rektor gewesen ist. Und es ist kein Zufall, daß er auch einen aus Bochum stammenden Kanzler mitgebracht hat. Das soll man nüchtern sehen. Wenn es um die Grundstrukturen geht, das glaube ich sagen zu können, werde ich alles tun, was ich kann, um einen hohen Anteil von Ostdeutschen in die Stellen zu bringen, die dann dort zur Verfügung stehen. Das ist das Wichtigste!

Konzeptionspapier für eine Fakultät für Kulturwissenschaften an der Universität Frankfurt/Oder

Der Gründungssenat der Europa-Universität Frankfurt/Oder hat in seiner Sitzung am 7./8. Dezember 1991 beschlossen, eine kulturwissenschaftliche Fakultät einzurichten. Diese soll sowohl in Verbindung mit den beiden Fakultäten der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften als auch in eigenständigem Ansatz Studiengänge entwickeln und anbieten, die eine interdisziplinäre und interkulturelle Ausbildung vom Grundstudium bis zum Abschluß von Aufbaustudien gewährleisten.

1. Kulturwissenschaften an der Europa-Universität: Zur Ortsbestimmung.

Die Kulturwissenschaften in Frankfurt/Oder unterscheiden sich von den Philosophischen Fakultäten in der alten Bundesrepublik. Sie verstehen sich als eine Verbindung von Geistes- und Sozialwissenschaften, die zugleich einen Beitrag zum Studium der kulturellen Bedingungen und Folgen unterschiedlicher Rechts- und Wirtschaftssysteme leistet. Insofern bilden sie auch ein Element der Neuorientierung im Rahmen der beiden anderen Fakultäten.

Als Einrichtung in einer neuen Universität, die einen Europabezug in ihrem Namen zum Ausdruck bringt, betont die kulturwissenschaftliche Fakultät einen über nationale Grenzen hinausgreifenden Ansatz des Studiums. Sie tut dies sowohl inhaltlich im Blick auf die Erfordernisse der europäischen Integration als auch methodisch zur Fundierung des interkulturellen Vergleichs als ei-

nes zentralen Elements der wissenschaftlichen Grundorientierung der in der Fakultät zusammenwirkenden Disziplinen. Die Ausrichtung des Studiums auf die neuen Aufgaben im zusammenwachsenden Europa macht auch eine Weiterentwicklung der nationalgeschichtlich verschieden geprägten Positionen der Wissenschaften notwendig.

Dieser Ansatz stellt neue Anforderungen an die Lehrenden nicht weniger als an die Lernenden. Deswegen werden die Kulturwissenschaften in Frankfurt/Oder Studiengänge entwickeln, die der Forschung einen gleichgewichtigen Platz neben der Lehre sichern. Weil die beteiligten Disziplinen zum groben Teil Neuland betreten und auch erst durch gemeinsame Arbeit, nicht zuletzt auch mit benachbarten Disziplinen in anderen Ländern Europas, zusammenwachsen sollen, gehören breite Räume für qualifizierte Forschungsarbeit und intensiven Forschungsaustausch zum Grundentwurf. Die Forschung wird konstitutive Bedeutung für die Lehre haben.

Damit versuchen die Kulturwissenschaften in Frankfurt/Oder den Anforderungen zu entsprechen, welche die auf Anregung des Wissenschaftsrats und der deutschen Rektorenkonferenz verfaßte Denkschrift "Geisteswissenschaften heute" (1990) nicht zuletzt im Blick auf die Neuordnung der Gesellschafts- und Kulturwissenschaften in den Ländern der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik für die europäische Wissenschaftslandschaft im ausgehenden 20. Jahrhundert formuliert hat. So vertritt die Denkschrift die Auffassung, daß "die gegenwärtig gebotene Neu-

bestimmung der Geisteswissenschaften als Kulturwissenschaften" (S. 56) sich vor allem an ihrer Fähigkeit zum Dialog, und zur Grenzüberschreitung zu erweisen hat und gerade von daher ihre integrierende, identitätsbildende Rolle neu wahrnehmen kann. "Auch die eigene Kultur wird nicht einfach in der Wahrung ihrer Identität, sondern erst eigentlich im Dialog mit anderen Kulturen zum Gegenstand wissenschaftlicher Reflexion." (S. 55 f.)

Im Unterschied zum herkömmlichen Verständnis der Geisteswissenschaften, das in der Tradition des deutschen Idealismus keine argumentative, handlungsbezogene Auseinandersetzung mit den sozialen, kulturellen und politischen Realitäten der Gegenwart führt, wollen die Kulturwissenschaften sich hier also nicht als bloße Vermittlungswissenschaft einer kompensatorischen, von der Wirklichkeit der modernen Lebensbereiche ablenkenden Bildung verstehen.

Insofern stellen sie nicht ein allgemeinbildendes Anhängsel im Zusammenhang der beiden eher praxisbezogenen anderen Fakultäten dar, sondern greifen aus einem umfassenden Verständnis von Kultur auch deren Fragen auf.

Dies freilich hat Folgen nicht nur für die Inhalte der Lehre und Forschung an der Fakultät für Kulturwissenschaften, sondern auch für die aufzubauenden Strukturen. Wenn die Kulturwissenschaften am Reflexionsprozeß der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften beteiligt werden und auch Fragestellungen aus deren Arbeit aufnehmen sollen, dann werden dafür Voraussetzungen geschaffen werden müssen, die nicht nur das Verhältnis von Lehre und Forschung, sondern auch die Gewichtung des Aufbaustudiums im Gesamtzusammenhang der Ausbildung berühren. In Frankfurt/Oder werden Formen des forschenden Lernens gefunden werden müssen, die dem Dialog der Wissenschaften untereinander einen wesentlichen Platz im Studium selbst einräumen und ihn nicht als examensirrelevante Zusatzbeschäftigung marginalisieren.

Korrekt wird dies so aussehen, daß in den angebotenen Studiengängen sowohl eine progressive Integration der in den Kulturwissenschaften zusammenwirkenden Disziplinen als auch eine fortschreitende Einbeziehung von Studienelementen aus den Ausbildungsgängen der Schwesterfakultäten angestrebt wird. An ein noch durchgängig disziplinär strukturiertes Grundstudium, in dem insbesondere die Methoden der beteiligten Fachwissenschaften vermittelt werden, soll sich ein Hauptstudium anschließen, in dem die

integrativen Elemente der Kulturwissenschaften Gestalt gewinnen, aber auch Lehrangebote aus den beiden anderen Fakultäten aufgenommen werden. Im Aufbaustudium schließlich, das den Graduiertenweiterführende Forschungsmöglichkeiten bieten soll, erreicht dann schließlich die Integration der Kulturwissenschaften einen Grad, der dem gestellten Anspruch gerecht werden möchte, nämlich durch gemeinsame Arbeit der sich selbst einbringenden Disziplinen einen Beitrag zur Erforschung der Kultur nicht nur als Ausdruck von schöpferischer Bildung, sondern auch vor allem als Einbegriff der Dynamik aller menschlichen Arbeits- und Lebensformen, als "kulturelle Form der Welt" (Denkschrift, S. 51) zu leisten.

Diese progressive Integration der zusammenwirkenden Disziplinen im Bereich der Kulturwissenschaften hat Bedeutung für die einzelnen Phasen des Studiums. Sie erlaubt erstens einen mühelosen Wechsel des Studienortes nach Abschluß des Grundstudiums, da dieses noch interdisziplinär angelegt ist.

Sie macht zweitens im Hauptstudium Verbindungen mit den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften möglich, die Optionen auf andere Berufe als den traditionellen (und in Frankfurt/Oder nicht vorbereiteten) Lehrerberuf eröffnet.

Und sie schafft drittens im Aufbaustudium Voraussetzungen für die Errichtung eines Forschungskollegs, das nicht zuletzt auch durch Beteiligung von ausländischen Gastprofessoren die intellektuelle neben der interdisziplinären Zusammenarbeit voranbringen und der Forschung einen bevorzugten Ort an der Europa-Universität sichern kann und soll.

Forschung und Lehre in allen drei Phasen des Studiums sind also einer anspruchsvollen Grundorientierung verpflichtet. Indem sie dem internationalen Auftrag der Europa-Universität entsprechend auf jeder Stufe ihrer Tätigkeit Fach- und Kulturgrenzen zu reflektieren bemüht sind, stellen sie sich der Herausforderung des kulturspezifischen und kulturübergreifenden Vergleichens. Die Besonderheiten und Unterschiede der Gesellschaften und Kulturen Europas werden auf diese Weise ebenso zum Thema wie die Wechselbeziehungen und Gemeinsamkeiten, die sich im Laufe der Geschichte herausgebildet haben. Mit dieser Betonung vergleichender Perspektiven und Verfahren gehen die Kulturwissenschaften über die vornehmlich deskriptive Orientierung der Regionalstudien im herkömmlichen Sinne hinaus.

Eine solche vergleichende Arbeit kann nicht ohne

intensive Beschäftigung mit Sprache, Literatur und Geschichte erfolgen. Im Unterschied zur herkömmlichen Praxis der Disziplinen wird sich in Frankfurt/Oder jedoch die Aufgabe stellen, den Bedeutungszusammenhang dieser zentralen Bereiche kultureller Identitätsbildung und -veränderungen möglichst umfassend zu behandeln. Sprache, Literatur und Geschichte finden hier also nicht ihre spezialisierte Erörterung jeweils für sich, sondern sie werden im Rahmen umfassender "Kulturthemen" aufgenommen, in denen Gesellschaften und soziale Gruppen jene Diskurse führen, mit welchen sie sich verständigen und auseinandersetzen, um ihren Weg durch Geschichte und Gegenwart in die Zukunft zu finden.

Zu den so zu berücksichtigenden Fragen könnten beispielsweise gehören: a) die kulturellen Bedingungen des Erwerbs und Gebrauchs der Sprache sowie die kulturellen Voraussetzungen und Folgen von Alphabetisierung und Mehrsprachigkeit; b) die Verhaltens-, Denk- und Einstellungsweisen, die sich in Abhängigkeit von und im Widerspruch zu Prozessen der Staats- und Konfessionsbildung entwickeln; c) Geschlechtsbeziehungen und -konflikte in unterschiedlichen kulturell-sozialen Kontexten; d) Prozesse kultureller, politischer und ökonomischer Grenzbildung und Grenzüberschreitung innerhalb und außerhalb Europas.

2. Kulturwissenschaften an der Europa-Universität: Die Aufgaben der Fakultät.

Vor der Hintergrund ihrer grundsätzlichen wissenschaftlichen Orientierung fällt der kulturwissenschaftlichen Fakultät an der Europa-Universität eine dreifache Funktion zu:

(a) Die Entwicklung und Betreuung eines eigenständigen kulturwissenschaftlichen Studienganges unter Beteiligung von Disziplinen und Kollegen, die für vergleichende und interdisziplinäre Arbeit besonders aufgeschlossen sind; der inhaltliche Schwerpunkt dieses Studienganges, im Einklang mit den grundsätzlichen Standortbedingungen, ist zutreffend mit "Kulturen, Sprachen, Geschichte, Recht und Wirtschaft Europas" umschrieben.

(b) Die Entwicklung von weiterführenden Studiengängen (Aufbaustudien, "Masters"-Programme nach angelsächsischem Muster, Promotionsstudien) mit besonders enger Anbindung an das Forschungsprogramm der kulturwissenschaftlichen Fakultät und mit beson-

derem Interesse für ausländische Studierende

(c) Das Angebot einführender, ergänzender und integrierender Lehrveranstaltungen für Studierende der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten.

3. Der kulturwissenschaftliche Diplomstudiengang.

Neben der inhaltlichen Ausrichtung, die für das Verständnis der Kulturwissenschaften an der Europa-Universität maßgebend ist, ist bei der Einrichtung dieses Studienganges auch den beruflichen Möglichkeiten Rechnung zu tragen, die sich den Studierenden später eröffnen.

(a) Elemente des Diplomstudienganges

Der Studiengang baut auf den Beiträgen der Fachwissenschaften auf, sucht in ihnen jedoch bewußt nach Ansätzen zu vergleichender und interdisziplinärer Arbeit. Diese Orientierung kann deshalb auf die herkömmlichen Philologien weitgehend verzichten; sie legt dafür aber besonderen Wert auf die sich vor allem in der vergleichenden Literaturwissenschaft entwickelnden und auf eine Verbindung zu gesellschaftlichen und gesamt-kulturellen Analysen abhebenden Fragestellungen.

Eigenständige Schwerpunkte des Studienganges sind:

- Geschichte, insbesondere Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte, aber auch Wissenschafts- und Theoriesgeschichte; darüber hinaus nicht zuletzt die Geschichte Osteuropas.

- Philosophie, unter besonderer Berücksichtigung neuerer philosophischer Entwicklungen in Ost- und Westeuropa.

- Sozialwissenschaften, insbesondere vergleichende Kulturanthropologie, vergleichende Politikwissenschaft und Staatslehre, sowie Wirtschafts- und Sozialgeographie.

- Sprach- und Literaturwissenschaften, wiederum unter besonderer Betonung vergleichender Ansätze, unter Einbeziehung der interkulturellen Germanistik und der Fremdsprachendidaktik als "Mutterdisziplin" für die an der Europa-Universität zu leistende Fremdsprachenvermittlung.

Hinzu kommen nennenswerte Lehrangebote aus den Bereichen der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, die den Beiträgen der Kulturwissenschaften zu den Studiengängen dieser Fakultäten gegenüberstehen und deren inhaltliche Erarbeitung einen wesentlichen Teil des mit der

Begründung der kulturwissenschaftlichen Fakultät intendierten Integrationsprozesses ausmacht.

Die genannten Wissensbereiche sind sowohl im Grundstudium wie im Hauptstudium mit unterschiedlichem Gewicht vertreten. Im Grundstudium überwiegt die Ausbildung in den einzelnen Disziplinen. Im Hauptstudium wird die Herausbildung von thematischen Schwerpunkten betont, zu deren Bearbeitung Beiträge mehrerer Disziplinen erforderlich sind. Solche Schwerpunkte könnten z. B. sein die Beschäftigung mit den kulturellen Bedingungen unterschiedlicher Sozialformen, Lebens- und Arbeitsweisen (Familie, Stadt, Land, Kirchen etc.), das Studium interkultureller Vermittlungs- und Kommunikationsprozesse, aber auch die vergleichende Wissenschafts- und Bildungsforschung.

Hinzu kommt im Grund- wie im Hauptstudium eine dem allgemeinen Profil der Europa-Universität entsprechende Betonung sowohl des Erlernens wie der Benutzung von Fremdsprachen. Von Studierenden dieses Studienganges wird erwartet, daß sie am Ende ihres Studiums fortgeschrittene Kenntnisse in drei Fremdsprachen (vorzugsweise zwei westeuropäischen und einer osteuropäischen Sprache) sowie einen Studien- oder Praktikumsaufenthalt in einem anderen europäischen Land nachweisen können.

(b) Berufliche Perspektiven

Für Studierende des kulturwissenschaftlichen Diplomstudienganges dürften sich berufliche Möglichkeiten insbesondere in folgenden Bereichen finden:

- Europäisch und international orientierte Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen und -organisationen, insbesondere solche, die sich mit internationaler wissenschaftlicher Zusammenarbeit, Studenten- und Hochschullehreraustausch, Entwicklungsaufgaben im Hochschul- und Forschungssystem anderer Länder u. ä. beschäftigen;

- Programme der interkulturellen Vermittlung, wie etwa in der Ausländerarbeit, akademischen Auslandsämtern, kommunalen Programmen der interkulturellen Arbeit, usw.;

- Medien- und Kommunikationsberufe, insbesondere solche mit europäischer und internationaler Zielsetzung;

- Verwaltungs- und Programmaufgaben europäischer Institutionen staatlicher, nicht-staatlicher und zwischenstaatlicher Art;

- Weiterbildungsaufgaben mit internationaler Ausrichtung, insbesondere in der Vorbereitung

betrieblicher und anderer Fachkräfte (einschl. Lehrer), auf Tätigkeiten im Ausland.

In den meisten dieser und anderer Berufsfelder werden die Absolventen dieses Studienganges auch dadurch einen Wettbewerbsvorteil am Arbeitsmarkt haben, daß ihr Studiengang in einem ungewöhnlich hohem Maße Elemente der Rechts- und Wirtschaftswissenschaft einschließt.

4. Weiterführende Studiengänge an der kulturwissenschaftlichen Fakultät

In gleicher Weise wie dem Diplomstudiengang kommt - zumindest in der mittelfristigen Planung - der Entwicklung weiterführender Studiengänge besondere Bedeutung zu. Diese Studiengänge wenden sich an Studierende, die bereits ein grundständiges Studium absolviert haben und auf dieser Basis die besonderen Lehr- und Ausbildungsangebote der kulturwissenschaftlichen Fakultät nutzen wollen. Dies dürfte einschließen:

- Absolventen herkömmlicher Studiengänge in den Geistes- und Sozialwissenschaften, die sich insbesondere durch die thematische Spezialisierung eines Aufbaustudiums angezogen fühlen.

- Absolventen von rechts- oder wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen, insbesondere solcher an der Europa-Universität selbst, in denen schon im grundständigen Studium kulturwissenschaftliche Angebote eine wichtige Rolle gespielt haben;

- Ausländische Studierende aus ost- wie westeuropäischen, aber auch außereuropäischen Ländern, die nach Abschluß eines Studiums in ihrer Heimat die zusätzlichen Ausbildungsmöglichkeiten in Frankfurt/Oder wahrnehmen wollen.

Diesen unterschiedlichen Interessen kann durch verschiedene Formen von weiterführenden Studiengängen Rechnung getragen werden. In besonderer Weise bieten sich hier, parallel zu den Plänen der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Europa-Universität, thematisch orientierte Aufbaustudien von ein bis zwei Jahren Dauer nach dem Vorbild des angelsächsischen Master of Arts (M.A.) an.

Außerdem gehört zu diesen weiterführenden Studienangeboten auch die Möglichkeit zur Promotion. Doktoranden wären dabei in ganz besonderer Weise - im Sinn des Prinzips progressiver Integration - durch forschendes Lernen und Lehren (u. a. als Tutoren) am Forschungsprogramm der kulturwissenschaftlichen Fakultät beteiligt. Besonders gute Voraussetzungen würde hierfür ein Forschungskolleg bieten, das auch ausländi-

sche Gastdozenten gleichberechtigt mit einzubeziehen erlaubt.

5. Die Mitarbeit der kulturwissenschaftlichen Fakultät an den Studiengängen der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten

Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Kulturwissenschaften und den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften gehört zum Kern des Konzepts der Europa-Universität Frankfurt/Oder. Diese Zusammenarbeit weist den Kulturwissenschaften auch im Lehrangebot der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften eine wichtige und in den Studiengängen dieser Fakultäten zu berücksichtigende Aufgabe zu. Dabei könnte der Zusammenarbeit in der Lehre auch der Versuch entsprechen, in fachübergreifenden Forschungsgruppen die wissenschaftlichen Interessen der drei Fakultäten zu verbinden. Eine vorläufige Übersicht von möglichen Formen der Zusammenarbeit würde die im Folgenden genannten einschließen:

(a) Das Angebot von Propädeutika, Lehrveranstaltungen und Zusatzprogrammen zum besseren Verständnis der kulturellen Bedingungen und Folgen unterschiedlicher Rechts- und Wirtschaftssysteme (Sprachvergleich im Rechtswesen, Kulturanthropologie rechtlicher und wirtschaftlicher Institutionen, vergleichende Kultursociologie der Arbeit, ideen- und theoriegeschichtliche Voraussetzungen der Entwicklung bestimmter bestimmter juristischer und wirtschaftlicher

Schlüsselbegriffe, kritische Wirtschaftsgeschichte der Jurisprudenz und der Nationalökonomie, vergleichende Staatslehre in theoriegeschichtlichen Zusammenhängen usw.).

(b) Besondere methodologische und methodenkritische Zusammenarbeit im Hinblick auf die Verbesserung vergleichender Analysemodelle, vor allem im Hinblick auf rechtsvergleichende Themen und die vergleichende Analyse unterschiedlicher Wirtschaftsformen.

(c) Gemeinsame Kolloquien, Fachtagungen, Gastvorlesungen und Forschungsprojekte zu ausgewählten Fragen der Interdependenz von kulturellen, rechtlichen und wirtschaftlichen Phänomenen oder auch neuen Forschungsgebieten wie der Umweltforschung, die alle drei Fakultäten grenzüberschreitend betreffen.

Insgesamt sind die Kulturwissenschaften in Frankfurt/Oder also auf vielfältige Zusammenarbeit angelegt. Deswegen sind für sie lebendige Verbindungen, insbesondere zu in- und ausländischen Hochschulen und hohen Bildungseinrichtungen bedeutsam, die über Erfahrungen in der interdisziplinären und interkulturellen Arbeit verfügen. Die Kooperation mit der Pariser Ecole des Hautes Etudes en Science Sociales und polnischen Hochschulen, die vergleichbare Orientierungen haben, wird dabei einen bevorzugten Platz einnehmen

Der Umbruch im Osten - Wissenschaft nach der Vereinigung in Ost und West

Im Januar 1992 veranstalteten die Juso-Hochschulgruppen in Bonn einen Kongreß unter dem Titel "Wissenschaftslandschaft im Umbruch". Wir dokumentieren im folgenden den Bericht aus dem Forum 1 "Der Umbruch im Osten - Wissenschaft nach der Vereinigung in Ost und West".

Zu Beginn des Forums nahm das Problem der Vergangenheitsbewältigung in den neuen Bundesländern breiten Raum ein. Gleich zu Beginn wandten sich alle Podiumsgäste gegen Pauschalisierungen jeder Art. Es wurde eine differenzierte Betrachtung der Rolle der Humboldt-Universität, des einzelnen Mitglieds der ehem. SED sowie einzelner Lehrkräfte der jeweiligen Hochschulen verlangt. Gewünschter Mut und Offenheit der Mitarbeiter des MfS wurde mit dem Hinweis auf das derzeitige politische Klima in der Bundesrepublik eingeschränkt, gleichzeitig wurden bessere Kriterien und Formen zur Aufarbeitung der Vergangenheit an den Hochschulen gefordert. Die Rolle der Studenten bei der Vergangenheitsbewältigung muß dabei eingeschränkt sein, da durch eine normale Fluktuation die »Zeitzeugen« die Hochschulen bald verlassen haben werden.

Im Folgenden wurde über den Prozeß von Abwicklung und Evaluation diskutiert. Im Ergebnis dieses Prozesses wäre ein Zustand erreicht, den Prof. Griese (Hannover) mit dem Habermasschen Wort der »neuen Unübersichtlichkeit« beschrieb. Alte Seilschaften werden durch neue ersetzt, persönliche Tragödien bleiben von der Öffentlichkeit unberücksichtigt, eine z.T. ehemals

pluralistische Wissenschaftslandschaft wird eindimensional und eintönig. Bekannte Fehler der Bildungspolitik der alten Bundesländer werden ohne weiteres in den neuen Ländern wiederholt und mit dem bestehenden Zeitdruck gerechtfertigt. Johannes Wien (Halle/S.) wies auf breiten Diskussionsstoff aus der Zeit der Wende in der DDR hin, der ein unreifer bleiben mußte und so nicht als Alternative gesehen werden konnte. Es bestand Einigkeit darin, wogegen man sei, nicht darin, wofür man eintritt.

Eine heftige Diskussion kam bei der Frage nach der Rolle der Studenten vor und während des Herbstes 1989 auf. Prof. Giese wies auf Forschungsergebnisse des Leipziger Zentralinstitutes für Jugendforschung hin, die eine wachsende Abwendung der Studenten von der Politik der SED seit 1985 zum Inhalt haben.

Die Befindlichkeit der Studierenden in den neuen Bundesländern wurde weitestgehend optimistisch bewertet. Durch die neuen Möglichkeiten der Studiengestaltung, der erfolgten Entideologisierung und einer finanziellen Absicherung breiter Teile der StudentInnenenschaft können die Studierenden als Gewinner der Umgestaltung der ostdeutschen Hochschulen gesehen wer-

den. Dabei wurde auf die Notwendigkeit einer sofortigen Angleichung der BAFöG-Sätze hingewiesen. Das noch vorteilhafte Verhältnis der Anzahl von Lernenden und Lehrenden wird sich jedoch in Kürze an die Verhältnisse in den alten Bundesländern angleichen. Konsens bildete die Forderung nach einer sofortigen spürbaren Stelleneinrichtung in West- sowie nach Erhalt der Stellen in Ostdeutschland. Der Mittelbau an den Hochschulen der neuen Bundesländer wurde dabei besonders hervorgehoben. Die notwendigen Neuberufungen werden zunehmend zum Problem, da zu wenig Professoren und Dozenten bereit sind, ihren ständigen Wohnsitz in den neuen Bundesländern zu nehmen. Hierin wird eine Gefahr für die Kontinuität der Erneuerung der ostdeutschen Hochschulen gesehen. Eine weitere Gefahr für die Kontinuität wird in der zunehmenden »Vergreisung« der Professoren gesehen, ein Problem, das Ost und West gleichermaßen betrifft. Prof. Griese sah dabei nicht nur eine biologische, sondern auch eine geistige Vergreisung um sich greifen.

Dr. Lommatzsch (Ost-Berlin), als Vertreter der AG Wissenschaft bedankte sich für die Einladung der Juso-HSG zu diesem Kongreß, den er als äußerst nachahmenswert ansieht. In diesem Zusammenhang wünschte er sich eine bessere Zusammenarbeit mit den Hochschulgruppen, in der Prioritäten gesetzt werden müßten, um erfolgreich zu arbeiten. Es sollten gemeinsame Modelle für künftige Wissenschaftslandschaften entwickelt werden. Weitere Themenbereiche der Zusammenarbeit

müßten Vorschläge zur Finanzverteilung, zur Evaluation sowie zur Aktivierung der SPD-Mitglieder an den Hochschulen sein. Gemeinsame Veranstaltungen/Kongresse (beispielsweise unter dem Thema: »Hochschulzugang und Studierbarkeit«) könnten weitere Bereiche der Zusammenarbeit sein. Johannes Wien für die HSG griff diese Vorschläge dankend auf. Diskussionsbedarf sei im hochschulpolitischen Bereich in Fülle vorhanden.

Eine Abstimmung ergab ein gleichstarke Zusammensetzung von Gästen aus alten und neuen Bundesländern, was sich auf das Gesprächsklima äußerst angenehm auswirkte.

Von allen Teilnehmern wurde mehrfach eine Evaluation im gesamten Bundesgebiet, also auch in den alten Bundesländern, gefordert. Weitere Forderungen zur Verbesserung der Situation an den Hochschulen waren der der bevorzugte Ausbau der ostdeutschen Hochschulen durch personelle wie auch materielle Hilfe sowie ein besserer personeller Austausch auf allen Ebenen. Die lange geforderte Öffentlichkeit und Demokratisierung der Hochschulen müssen nach Ansicht aller Anwesenden forciert weiter betrieben werden. Die abschließende Frage nach der Möglichkeit eines baldigen Umbruchs der Wissenschaftslandschaft im Westen wurde von den Podiumsgästen zurückhaltend beantwortet. Der oft vorhergesagte »Knall« an westdeutschen Hochschulen wird in nächster Zeit nicht erwartet, es sei denn, ökonomischer Druck würde die Studenten wieder mobilisieren.

Anhörung des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft zu "Die Hochschulsituation in den neuen Bundesländern, insbesondere in Sachsen (Leipzig) und Brandenburg", Leipzig, 19.2.1992

Die "Leipziger Rundschau" empfing die Bundestagsabgeordneten mit einem Fünfspalter auf Seite 1: "Blinde West-Kopie schadet Leipzig". Die Zeitung formuliert die aktuellen Fragen am Beispiel des Ausschuß-Tagung-ortes: der ehemaligen DHfK, heute Sportfakultät der Uni.

Ministerpräsident Biedenkopf wird zitiert: Die DHfK verkörpere "geradezu symbolhaft die Sportpolitik der DDR und das vergangene SED-Regime". Gleichzeitig würden freilich, so die LR, die Arbeitsergebnisse der versuchten Einrichtung - die Medaillen in Albertville etwa - gern in Kauf genommen. Und: "Ausgerechnet die angebliche Giftküche des DDR-Sports, das FKS, feiert als Institut für Angewandte Trainingswissenschaft am 16. März Wiedereröffnung".

Nun wird durch das sächsische Hochschulstrukturkonzept die Reduzierung der einst weltberühmten DHfK auf 46 Stellen verordnet. Minister Meyer verweist darauf, daß dies immer noch besser sei als etwa an den Sportfakultäten in Tübingen oder Heidelberg (also Baden-Württemberg). Nur, fragt die "Leipziger Rundschau", wer kennt die Sportfakultäten in Tübingen oder Heidelberg? -

Der sächsische Wissenschaftsminister Meyer zog in der Anhörung die meisten Fragen auf sich, und zumindest rhetorisch beherrschte er auch die Szene. Manches schien er nur widerwillig zu vertreten. Entsprechend schwach waren dann die Argumente. Doch - wie gesagt - die Rhetorik bügelte einiges aus.

Die ganze Anhörung über schwebte eine Frage im Raum: Ob wohl die drastischen Personalreduzierungen in Leipzig auch auf das ministerialbürokratisch geförderte Streben der

Dresdner TU zur - wie es in der Pause hieß - "Hofuniversität" zurückzuführen sei? Der Minister verwendete einige Kraft darauf, dies zu dementieren. Denn: Leipzig klein zu halten wäre ein "völlig bomierter und törichter Versuch".

Freilich war weder nur Sachsen oder Leipzig Thema noch nur der sächsische Minister Gesprächspartner. Das Land Brandenburg war der zweite auserkorene Schwerpunkt der Betrachtung. Es wurde gleichfalls durch seinen Wissenschaftsminister vertreten. Hinrich Enderlein verteidigte in seinem Statement eingangs die umstrittenen, weil teuren Hochschulneugründungen in Brandenburg:

"Brandenburg hatte lediglich vier kleine Spezialhochschulen. Das hat uns die Aufgabe zugewiesen, daß wir hier erst eine Hochschullandschaft aufbauen müssen. Wir haben deswegen, um wenigstens einigermaßen den Standard zu erreichen, den die anderen - alten und neuen - Bundesländer haben, ein Gründungsprogramm aufgelegt, bei dem wir drei Universitäten und fünf Fachhochschulen gegründet haben.

Wir müssen dringend eigene Hochschulkapazitäten anbieten deswegen, weil wir den immer noch andauernden Brain drain von vor allem jungen Wissenschaftlern von Ost nach West stoppen müssen. Das zweite ist Wir betrachten die Gründung von Hochschulen auch als eine ganz wichtige Infrastrukturmaßnahme."

Den Erneuerungsprozeß - "in Brandenburg sicher sehr viel einfacher" - sieht Enderlein als "weitestgehend abgeschlossen".

Weitere Referenten (Frauen waren da nicht

bei) vertraten die Leipziger Universitätsleitung (Rektor Weiss und Prorektor Wartenberg), den Mittelbau (Dr. Dehnert und Dr. Naumann) und die Studierendenschaft der Universität Leipzig (Dirk Behr), die GEW Sachsen, den Verband Hochschule und Wissenschaft, Landesverband Sachsen (Prof. Kriesel) und die ostdeutschen Studentenwerke in Gestalt des Jenaer SW-Geschäftsführers.

Die Sachkunde im anörungswilligen Gremium - also dem Bundestagsausschuß - war sehr ungleich verteilt, wie den Fragestellungen entnommen werden konnte. Bei einigen Abgeordneten schien die unmittelbare Zurkenntnisnahme der ostdeutschen Situation ausgesprochen nötig. Insofern war es sicher auch nicht von Nachteil, wenn es am Sachverständigen-Tisch ständig mehr oder weniger direkte Bezugnahmen aufeinander gab: der Bundestagsausschuß fungierte dergestalt stellenweise als Transformationsmedium für innersächsische Streitigkeiten.

Interessant in solchem Zusammenhang etwa die verschiedenen Antworten auf eine Anfrage des Abg. Weisskirchen:

"Eine Frage ist bei Umbrüchen: Wie geht man mit der relativen Autonomie der Universitäten um? Ich denke, daß dies heutzutage sehr wichtig ist - und zwar nicht im Hinblick darauf, daß ich Kritik üben möchte am Vorgehen des Landesministeriums, sondern weil damit ein generelles Problem deutlich wird. Und ich will das mal an einem Punkt deutlich machen, der mir hier in Leipzig aufgefallen ist: Es geht darum, daß ein Professor auf Platz Eins einer Liste stand - es handelt sich um Prof. Eisenhans (Konstanz) -, und daß das Ministerium bei dem ersten zu berufenden Professor, bei der Gründungsprofessur für Politikwissenschaft ohne jede Not von der Reihenfolge abwich. Ich will das gar nicht kritisieren, es ist das Recht des Ministeriums. Doch die Frage ist: Ist das nicht ein Beispiel, das zeigt, wie man in solchen Phasen des Umbaus nicht mit Hochschulen umgehen sollte?"

Die Antwort von Minister Meyer:

"Wir haben die Liste nicht durchkreuzt. Ich habe von meinem mir zustehenden Recht Gebrauch gemacht und aus den mir vorgelegten Vorschlägen einen ausgewählt. Die Gründungskommission hat Gründe gehabt, die Kandidaten vorzuschlagen, und ich habe, wie es meine Aufgabe ist, davon einen berufen."

Die Reaktion von Dirk Behr, studentischer Senator der Uni Leipzig:

"Das Heikle an der Entscheidung bezüglich der Gründungsprofessur war folgendes: Es handelte sich ja dabei um einen einstimmigen Vorschlag der Gründungskommission Politikwissenschaft, also auch einstimmig unter den West-Professoren und -Professorinnen, und diese West-Profis sind im Leipziger Fall der Kern des Vorstandes der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft, also nicht irgendwelche. Die Kommission arbeitete unter Leitung von Prof. Schluchter (Heidelberg), auch nicht irgendwer. Der Kommissionsvorschlag wurde im Senat der Universität einstimmig bestätigt. Also eine dreifache Einstimmigkeit in Hochschulgremien für eine Liste und damit auch bewußt für eine bestimmte Reihenfolge auf dieser Liste. Insofern kommt es schon einer bemerkenswerten Desavouierung der Gründungskommission und des Senats gleich, von der Reihenfolge abzuweichen. Und zwar tatsächlich ohne jede Not. Eisenhans stellte keine Vorbedingungen, hielt sich zur sofortigen Verfügung bereit. Der schließlich Berufene steht erst ein halbes Jahr später zur Verfügung - und das in diesen Zeiten und bei der Gründungsprofessur!"

Ansonsten aber war die Atmosphäre weitgehend ziemlich entspannt und im übrigen viel Neues nicht zu erfahren. Doch die Anstrengung galt ja auch vor allem den Bonner Abgeordneten und weniger dem sachkundigen Publikum auf der Gästetribüne.

Pas Ternack (Leipzig)

Joachim Tesch (Leipzig):

An der TH Leipzig - zwei Jahre im Spannungsfeld zwischen Erneuerung, Schein-Abwicklung und Warten auf Entscheidungen

"In Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen fehlt ein klares Konzept."

(Aus einer Dokumentation des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln, 23.01.92)

Beginnend im April 1990 - nachdem aus den Volkskammerwahlen CDU und SPD als Sieger hervorgegangen waren und die Weichen endgültig auf die deutsche Vereinigung gestellt wurden - wählten die Mitglieder der TH Leipzig in einem breiten demokratischen Prozeß auf der Grundlage eines vorläufigen Hochschulstatuts einen neuen Wissenschaftlichen Rat, einen neuen Senat und einen neuen Rektor. Damit gelangten Wissenschaftler, Studenten und andere Mitarbeiter, die ernsthaft an der inhaltlichen und personellen Erneuerung der Hochschule interessiert waren und sind, in die entscheidenden Positionen.

Im Laufe des Sommers 1990 erarbeiteten die bisherigen Sektionen neue inhaltliche Konzeptionen für die Studiengänge und für die Neuformierung zu Fachbereichen. Entsprechend der Vorläufigen Hochschulordnung (Verordnung vom 18.9.90) wurden die Konzeptionen durch den Wissenschaftlichen Rat in Kraft gesetzt und in den Fachbereichen mit ihrer Umsetzung begonnen.

Dementsprechend lief der Erneuerungsprozeß auch im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften an. Ausgehend von den Auseinandersetzungen, die von den Wissenschaft-

lern über die Ursachen und Konsequenzen des Scheiterns des Staatssozialismus seit dem Jahreswechsel 1989/90 offen geführt wurden, gelang es unter Nutzung von Materialien westdeutscher Hochschulen relativ schnell, Entwürfe moderner Studienpläne für die Studiengänge Betriebswirtschaft und Wirtschaftsingenieurwesen auszuarbeiten und noch dem damaligen DDR-Minister für Bildung und Wissenschaft - dem heutigen sächsischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst - Prof. Dr. Meyer zuzuleiten. Als die Dokumente mit Schreiben des Ministeriums vom 26.09.90 vorläufig bestätigt waren und der Wissenschaftliche Rat der TH Leipzig am 02.10.90 die Konzeption des Fachbereiches Wirtschaftswissenschaften beschloß, konnte zügig an ihre Verwirklichung gegangen werden. Mit der Immatrikulation des Studienjahrgangs 1990 begann die Umsetzung des neuen Studienplans. Außerdem traten für die früher immatrikulierten Jahrgänge Regelungen zur Überleitung auf die neuen Studieninhalte in Kraft, um zumindest allen ab 1988 Immatrikulierten die neuen Abschlüsse als Diplomkauffrau/mann zu ermöglichen.

Gleichzeitig wurden im Fachbereich die bisherigen Wissenschaftsbereiche aufgelöst und den Lehrstühlen die volle Verantwortung für den Inhalt von Lehre und Forschung übertragen. Im Prozeß des Lehrens brachen die Wissenschaftler in Jahrzehnten verkrustete Lehrstrukturen auf, vollzogen oft schmerzhaft Selbstkorrekturen, eigneten sich aber auch mit intellektuellem Vergnügen zum ersten Mal andere Theoriengebäude an - die einen mehr, die anderen weniger. Damit einher gingen erste personelle Veränderungen: Gastlehrkräfte aus den alten Bundesländern übernahmen insbesondere

Lehrveranstaltungen, für die hier jegliche Voraussetzungen fehlten; zu sehr von der Vergangenheit geprägte ältere Wissenschaftler sahen sich schon nach anderer Arbeit um. - Auch bei den Studenten vollzogen sich sichtbare Veränderungen: Gegenüber den früher auf 100 begrenzten Zulassungen kamen im Herbst 1990 mehr als die doppelte Zahl an Studenten (darunter ein größerer Anteil männlicher Bewerber), gewillt, das in der Marktwirtschaft attraktive Studium der Betriebswirtschaft erfolgreich zu bewältigen. Im ganzen Fachbereich herrschte eine hoffnungsvolle Aufbruchsstimmung.

II.

Im Herbst 1990 wurde aber auch das regierungsoffizielle Konzept der Erneuerung der ostdeutschen Hochschulen vorbereitet. Die Kultusministerkonferenz der Länder beschloß am 26. Oktober entsprechende Empfehlungen, mit deren praktischer Umsetzung aber bis nach den Bundestagswahlen Anfang Dezember gewartet wurde. Begleitet von einer Medienkampagne, die die Gesamtheit der ostdeutschen Wissenschaftler als zur Selbsterneuerung unfähig denunzierte, setzten die in der Mehrheit CDU-geführten Landesregierungen der neuen Bundesländer die im Hochschulrahmengesetz der Bundesrepublik proklamierte Autonomie der Hohen Schulen außer Kraft.

Zunächst bekamen die gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen die Auswirkungen dieser Politik zu spüren: Mitte Dezember 1990 wurde beschlossen, die geistes-, sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Sektionen bzw. Fachbereiche pauschal abzuwickeln (die Sektionen für Marxismus-Leninismus waren noch zu DDR-Zeiten aufgelöst worden) und nicht die laut Einigungsvertrag ebenfalls vorgesehenen individuellen Kündigungsmöglichkeiten zu nutzen. Damit war - wie in der Wirtschaft - die Totaldemontage eingeleitet, ohne daß ein zukunftsträchtiges Konzept für den Neuaufbau vorhanden wäre; so ist eine dauerhafte Krise

auch des Hochschulwesens vorprogrammiert.

Die Mitglieder des Fachbereiches Wirtschaftswissenschaften der TH Leipzig hatten in jenen Tagen allerdings noch Illusionen: In der Pressemitteilung der sächsischen Staatsregierung (siehe z.B. Leipziger Volkszeitung vom 13.12.1990, S.18) mit der Liste der abzuwickelnden Institutionen fehlte unter der Position TH Leipzig die Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft bzw. deren Nachfolgebereich. Sollte die Staatsregierung die bisher vollzogenen Schritte der Erneuerung vielleicht honoriert haben?

Aber der Rektor der TH Leipzig dehrte den Abwicklungsbeschluß, obwohl das an ihn gerichtete Schreiben des Staatsministers hinsichtlich der Liste der abzuwickelnden Institutionen mit der Pressemitteilung übereinstimmte, extensiv auf den Fachbereich Wirtschaftswissenschaften aus und übergab einem Teil der Wissenschaftler dieses Teilbereichs nach nicht transparenten Kriterien Abwicklungsbescheide.

Tatsächlich wurde der Fachbereich - legt man die Kriterien der Urteile des Bundesverfassungsgerichts über "Beendigung oder Ruhen von Arbeitsverhältnissen im öffentlichen Dienst der ehemaligen DDR" vom 24.4.1991 (1 BvR 134/90) und des Berliner Oberverwaltungsgerichts zur Abwicklung von Fachbereichen der Humboldt-Universität vom Juni 1991 (OVG 8 S 78.91) zugrunde - jedoch nicht aufgelöst, also auch nicht "abgewickelt". Man betrachte die vier Gruppen von Mitgliedern des Fachbereichs, die nach geltendem Hochschulrecht zu jeder immatrikulierenden Einrichtung gehören: Erstens die Studenten; sie wurden nicht exmatrikuliert, sondern setzten ihr Studium ohne jegliche Unterbrechung fort. Zweitens das sonstige Personal: sämtliche Angestellten bekamen keine Abwicklungsbescheide. Last not least drittens und viertens die wissenschaftlichen Mitarbeiter und Hochschullehrer; von ihnen blieben etliche ebenfalls unverändert in ihrem Arbeitsverhältnis oder wurden umgehend wieder in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen. So blieb es bei einer Schein-

Abwicklung, die allerdings für die davon betroffenen Wissenschaftler die Aufhebung ihres gesetzlichen Kündigungsschutzes bedeutete; einzelne beugten sich nicht, nahmen die Rechtshilfe der Gewerkschaften in Anspruch und reichten bei den Kammern für Arbeitsrecht bzw. Verwaltungsrecht Klagen ein. Nach mehr als einem Jahr wurde im ersten Prozeß die Abwicklung für unwirksam erklärt.

III.

Ähnlich wie bei anderen Hochschulen und Universitäten wurden auch am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der TH Leipzig in der Folge unter dominanter Einbeziehung von angesehenen Professoren aus Westdeutschland und Westberlin eine Gründungskommission und ein Gründungsdekan berufen, die ihre Kenntnisse und Erfahrungen konstruktiv in die endgültige Gestaltung neuer Studiendokumente für die universitäre Ausbildung von Betriebswirten und Wirtschaftsingenieuren einbrachten, um sie damit dem sächsischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst zur Bestätigung einzureichen.

Parallel dazu wurden die Hochschullehrer und habilitierten Oberassistenten, wenn sie sich um eine der konzipierten Hochschullehrerstellen bewarben, auf der Grundlage ausgewählter Veröffentlichungen und öffentlicher Probenvorträgen mit anschließender Disputation von der Gründungskommission wissenschaftlich evaluiert. Ähnlich erfolgte die Evaluierung der wissenschaftlichen Assistenten. Im Ergebnis dieses Prozesses, der sich bewußt nicht auf die politische Vergangenheit und Gegenwart der betreffenden Wissenschaftler bezog und insgesamt von den meisten Beteiligten als fair eingeschätzt wurde, stand fest, wer aus wissenschaftlichen Gründen Chancen für die Zukunft hatte und wer nicht und deshalb nur noch zeitweilig beschäftigt werden sollte.

So gesehen hat die Gründungskommission - wenn die Scheinabwicklung als solche gericht-

lich endgültig für unwirksam erklärt sein wird - im Sinne des Sächsischen Hochschulneuerungs-gesetzes vom 25. Juli 1991 die Aufgaben einer Fachkommission (vgl. §76 Abs.2) wahrgenommen. Dieser Standpunkt wurde am 15. Juli 1991 auch im Wissenschaftlichen Rat der TH Leipzig vertreten.

Für die pro forma abgewickelten, aber wissenschaftlich positiv evaluierten Wissenschaftler wurden die Arbeitsverhältnisse jeweils befristet um ein Semester verlängert. Im Februar 1992 war noch unklar, ob diese Prozedur über den 31. März hinaus fortgesetzt wird. Zunächst hatte das Staatsministerium ein zustimmendes Votum der Personalkommission, die gemäß Sächsischem Hochschulneuerungs-gesetz (§ 76 Abs.1) die persönliche Integrität zu überprüfen hat, gefordert. Da sich die Personalkommission für den Fachbereich Wirtschaftswissenschaften an der TH Leipzig zwar im vergangenen Jahr konstituierte, aber bis Februar 1992 noch keine Anhörungen durchgeführt hat, hätte die ministerielle Bedingung den Zusammenbruch des Lehrbetriebes ab Sommersemester zur Folge. Inzwischen ist die befristete Verlängerung ohne Votum der Personalkommission in Aussicht gestellt.

Mittlerweile haben nicht nur von der Vergangenheit geprägte ältere Wissenschaftler den Fachbereich verlassen. In zunehmenden Maße fühlten und fühlen sich begabte junge Assistenten und Forschungsstudenten durch die Verhältnisse an der Hochschule verunsichert; und da die Wirtschaft außerdem wesentlich höhere Gehälter als der derzeitige und absehbare Bundesangestelltentarif Ost bietet, gehen viele in Wirtschaftsunternehmen. Weil aber das Durchschnittsalter der verbleibenden Hochschullehrer außerordentlich hoch ist, wird in wenigen Jahren berufungsfähiger Nachwuchs fehlen.

So hat die engagierte Arbeit der Gründungskommission und vor allem des Gründungsdekans den Prozeß der Erosion des Fach-

bereichs letztlich nur verlangsamen, aber nicht aufhalten können.

Verursacht wird das primär durch die konzeptionslose destruktive Hochschulpolitik der Mehrheitsfraktion im sächsischen Landtag und ihre Anhänger im Wissenschaftlichen Rat der TH Leipzig. Entgegen den ursprünglichen Absichtserklärungen, das Gesetz zur sächsischen Hochschulstruktur noch im Dezember 1991 zu verabschieden, liegt Mitte Februar erst der Entwurf im Landtag vor. Damit werden für dieses Jahr schon vom Zeitablauf her jegliche Neuberufung und Neueinstellung fast unmöglich gemacht, selbst wenn sie für die personelle Erneuerung unbedingt notwendig wäre und die Planstelle sogar im reduzierten Konzept vorhanden ist.

IV.

Das Warten auf Entscheidungen bedeutet nicht nur für den Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, sondern für die gesamte Technische Hochschule Leipzig eine Zerreißprobe. Empfehlungen verschiedener wissenschaftsberatender Gremien und interne Hochschulinteressen stehen sich teilweise erheblich konträr entgegen. Unumstritten ist inzwischen, daß es in Leipzig neben der Universität auch eine leistungsstarke Hochschule für Technik und Wirtschaft (FH) geben muß, wobei letztere im Kern aus der bisherigen TH hervorgehen könnte. Auch aus der Sicht der Wirtschaft müßten in Leipzig sowohl an der Universität als auch an der Fachhochschule Diplomkaufleute ausgebildet werden. Damit steht jetzt fest, daß anstelle der bisher vorgesehenen Neugründung eines universitären Fachbereichs ab sofort entsprechende Vorbereitungen für die Fachhochschule getroffen werden müssen; gesucht werden ein neuer Gründungsdekan und eine neue Gründungskommission!

Umstritten ist jedoch, ob durch Überleitung traditionsreicher universitärer Studiengänge von der TH an der Universität eine technische Fakul-

tät eingerichtet werden sollte. Entgegen den Empfehlungen des bundesdeutschen Wissenschaftsrats hat sich der Deutsche Fakultätentag für das Bauingenieurwesen ausdrücklich zur Fortführung der universitären Bauingenieur- ausbildung in Leipzig bekannt! Im Interesse der Zukunftschancen des industriellen Ballungsraumes Halle-Leipzig wären Erhaltung und Ausbau universitärer ingenieurwissenschaftlicher Bildung und Forschung unbedingt erforderlich. Von der diesbezüglichen Entscheidung hängt auch eine sachlich begründete Zuordnung des Studienganges Wirtschaftsingenieurwesen zur Universität oder zur Fachhochschule ab. Schließlich ist aus Sicht der Wirtschaftswissenschaften ebenfalls offen, an welcher Einrichtung am zweckmäßigsten der Studiengang Wirtschaftsinformatik betrieben werden könnte.

Von konsensfähigen Entscheidungen über mögliche Strukturen hängen alle weiteren Personalentscheidungen ab. Die vom Staatsministerium generell verfügte Halbierung des Personals trifft die Wirtschaftswissenschaftler - im Unterschied zu den anderen Fachbereichen der TH - zwar nicht mehr, da die Ausblutung des Fachbereichs schon weitgehend erfolgt ist, aber es bleiben genügend Fragen: Wer wird sich an der Universität wiederfinden? Werden die übrigen an der Hochschule für Technik und Wirtschaft akzeptable Arbeitsbedingungen vorfinden? Da an der Hochschule keine Antworten gegeben werden können, aber das Staatsministerium - nachdem es aus politischen Gründen alle Personalentscheidungen auch im einzelnen an sich gezogen hat - maßlos überfordert ist, verlassen inzwischen auch namhafte, kompetente Wissenschaftler die Hochschule, um Berufungen an Lehrstühle der Altbundesländer zu folgen oder wesentlich einträglichere Architektur- und Ingenieurbüros o.ä. zu übernehmen.

Wenn die Abwanderung befähigter Wissenschaftler und damit verbunden die Abwanderung von Studenten (in Sachsen ging 1991/92 die Zahl der immatrikulierten Studenten gegenüber 1990/91 nach der einleitend zitierten Quelle schon von 52000 auf 38000 zurück) nicht zum

Stillstand und dann zur Umkehr gebracht werden, wird die sächsische Hochschullandschaft endgültig zur Provinzialität verurteilt sein. Für die Technische Hochschule Leipzig und ihren Übergang in eine Fachhochschule wird entscheidend sein, ob es ihren Wissenschaftlern, aktiv gefördert durch das sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, gelingt,

bereits im Herbst dieses Jahres genügend Studenten für die Fachhochschulstudiengänge zu immatrikulieren und mit der Lehre nach neuen Studienplänen zu beginnen. Hic Rhodus, hic salta!

Leipzig, 25.2.1992

Ein Nachtrag - 13.4.1992

In den Stunden des 31. März und 1. April 1992 hing über dem Fachbereich Wirtschaftswissenschaften das Damokles-Schwert, den Lehrbetrieb ab sofort einstellen zu müssen: 9 Wissenschaftler - quantitativ rund ein Viertel der verbliebenen Kapazität, qualitativ die Mehrzahl der betriebswirtschaftlichen Hochschullehrer - wurden aufgefordert, zum Arbeitsamt zu gehen und sich als Arbeitslose registrieren zu lassen. Was war geschehen?

Das sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst hatte aus zunächst undurchsichtigen Gründen in einem Junktim die weitere Verlängerung der zeitlich befristeten Arbeitsverträge für die schein-abgewickelten Wissenschaftler mit dem Votum der Personal- (Überprüfungs)kommission der TH Leipzig verknüpft. Als Anfang März immer noch keine Zustimmung des Ministeriums zur Verlängerung der betreffenden Arbeitsverträge für das Sommersemester vorlag, wandte sich der Rektor am 9.3.1992 mit einem offenen Schreiben an die Damen und Herren des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften, stellte ihnen mit einigen Vorbehalten die Verlängerung der Zeitverträge in Aussicht und bat sie, die Ausbildungsaufgaben für das kommende Semester sorgfältig vorzubereiten und wahrzunehmen. - Gleichzeitig nahm die bereits im vorigen Jahr gebildete Personalkommission endlich die konkrete Arbeit für den Fachbereich auf. Am 17.3.1992 wurde mit der Bekanntmachung Nr. 5 die weiße Liste derjenigen Mitarbeiter des Fachbereichs veröffentlicht, "gegen die von Amts wegen das Verfahren eingestellt wird". Es handelte sich um 33 von 48

relevanten wissenschaftlichen und technischen Kräften. Für die nicht namentlich aufgeführten 15 Wissenschaftler begannen am 16.3. die Anhörungen vor der Personalkommission.

Das erwähnte Junktim führte zwangsläufig zu den weiteren Ereignissen: Am Dienstag, dem 31. März, wurden diejenigen 10 Wissenschaftler, die nur einen Zeitvertrag haben und gegen die laut Bekanntmachung der Personalkommission das Verfahren nicht eingestellt wurde, vom komm. Kanzler darüber informiert, daß nach wie vor trotz aller Bemühungen der Hochschulleitung für sie keine Zustimmung zur Verlängerung der Zeitverträge aus Dresden vorliege. Überlegungen begannen, was in dieser Notsituation zur Aufrechterhaltung des Studienprozesses geschehen könnte. Dazu gehörte auch die Frage, ob die betreffenden Wissenschaftler bis zur Klärung der Situation ggf. freiwillig oder auf Honorarbasis die Lehre am nächsten Tage, dem Vorlesungsbeginn, aufnehmen könnten.

In einer außerordentlichem Belegschaftsversammlung am Mittwoch, dem 1. April, wurde dann im Auftrage des Rektors mitgeteilt, daß die betreffenden Hochschullehrer und wissenschaftlichen Mitarbeiter ihre Arbeit nicht aufnehmen dürfen und sich noch am selben Tage beim Arbeitsamt melden sollten (mit Ausnahme des Hochschullehrers, dessen "Abwicklung" das Kreisgericht inzwischen für unwirksam erklärt hatte). Die anderen Wissenschaftler wurden gleichzeitig mit Nachdruck auf ihre Arbeitspflichten hingewiesen. Mittags teilte ein Aushang den

Studenten mit, welche Lehrveranstaltungen in den nächsten Tagen ausfallen würden; das hätte etwa die Hälfte aller Vorlesungen, Übungen und Seminare betroffen.

Am Abend des gleichen Tages hatten dann die intensiven Bemühungen des Rektors und des Gründungsdekans Erfolg: Das Ministerium stimmte dem erneuten Abschluß von Zeitverträgen bis zum Ende des Sommersemesters für diejenigen zu, deren Anhörung bereits erfolgt war. Mit Ausnahmen konnte also der planmäßige Lehrbetrieb in den folgenden Tagen aufgenommen werden.

Was war die Ursache für diesen schlimmen Umgang mit Wissenschaftlern und Studenten? Zur Beruhigung wurde die Behauptung verbreitet, es hätte sich um eine zeitliche Verzögerung in der Übermittlung der Ergebnisse der Personalüberprüfung gehandelt. Das aber glaubt im Fachbereich niemand. Denn obwohl die Abstimmungsergebnisse der Personalkommission nach deren Beschlüssen geheim bleiben sollten, kamen sie durch eine Informations-"Panne" an der Spitze der Hochschule heraus: In Abweichung vom bzw. Verletzung des Sächsischen Hochschulerneuerungsgesetzes vom 25. Juli 1991, §§ 75 und 78, teilt die Personalkommission die Angehörigen der Hochschule nicht in zwei, sondern in drei Kategorien ein:

- für den öffentlichen Dienst uneingeschränkt geeignet;
- für den öffentlichen Dienst nur eingeschränkt geeignet (Lehre ja, aber Wahlfunktionen u.ä. nein);
- für den öffentlichen Dienst ungeeignet.

Entgegen dem Willen der Personalkommission erfuhren die Betroffenen, daß alle bis zum 31.3. angehörten Wissenschaftler mit einer Ausnahme in die Kategorie "nur eingeschränkt geeignet" eingestuft worden waren. Und offensichtlich war das Ministerium zunächst nicht bereit gewesen, für diesen Personenkreis der Verlängerung der befristeten Arbeitsverhältnisse zuzustimmen. Erst die drohende Gefahr, für

hunderte von Studenten die mehrfach gegebene Zusage, den Lehrbetrieb ohne Unterbrechung fortzusetzen, nicht einhalten zu können, führte den Umschwung herbei. Aufgrund des Ausfalls wesentlicher betriebswirtschaftlicher Lehrveranstaltungen, für die im laufenden Semester auch kein Ersatz mehr gefunden worden wäre, hätten weder die Studenten des zweiten Studienjahres ihre Vordiplomzeugnisse noch die Studenten der Abschlußsemester ihre Diplomzeugnisse termingemäß im Sommer erwerben können.

Scheinbar geht nun alles ordnungsgemäß weiter. Aber die Stimmungslage entspricht der eines sinkenden Schiffes. Mensch fragt sich: Welche Chancen haben angesichts der sichtbar gewordenen Intentionen des Ministeriums überhaupt Bewerbungen der Wissenschaftler an der neu zu gründenden Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (FH Leipzig), in der die Technische Hochschule Leipzig nach ihrer gesetzlichen Auflösung zum 30.9. d.J. aufgehen wird? Welchen dauerhaften Wert haben unter diesen Umständen die den Studenten mehrfach durch den Rektor gegebenen Zusagen, an der Fachhochschule könne jeder seinen universitär begonnenen Studiengang in der Regelstudienzeit planmäßig weiter- und zuendenführen? Und schließlich fragt der politisch denkende Mensch, ob Ministerium und Personalkommission sich wirklich an den gesetzlichen Auftrag halten, oder ob ihnen jeder Vorwand recht ist, auf dem Wege der Halbierung des Personalbestandes an den Hochschulen sich aller Hochschullehrer zu entledigen, die noch zu Zeiten der DDR berufen wurden, selbst wenn sie sich als fachlich kompetent, erneuerungswillig und persönlich integer erweisen?

Joachim Tesch, Prof. Dr., lehrt an der TH Leipzig Volkswirtschaftslehre

DOKUMENTATION

TECHNISCHE UNIVERSITÄT DRESDEN
Personalkommission
Mommstr. 13
O-8027 Dresden

Dresden, den 05.02.1992

Sehr geehrte(r)

Aus dem am ... 1991 von Ihnen unterschriebenen Erklärungs-
bogen bzw. aus den Kaderunterlagen ist Ihr früheres partei-
politisches Engagement ersichtlich.

In Wahrung der Parteidisziplin und bei Durchführung von Partei-
aufträgen sind SED-Mitglieder mitunter veranlaßt worden, Dinge
zu tun, die ihnen damals als "Beitrag zur Stärkung der führenden
Rolle der Partei" aufgenötigt wurden, die sich aber objektiv
gegen andere Personen gerichtet haben und ihren Lebensweg be-
einflußten. Dies gilt unabhängig davon, ob solche Aufträge aus
reinem Gehorsam - aber mit innerem Widerstand - oder in voller
politischer Überzeugung ausgeführt worden sind.

Die nichtständigen Mitglieder der Personalkommission Chemie sind
der Auffassung, daß eine ehrliche Aufarbeitung der Vergangenheit
nur bei völliger Offenheit gelingen kann und alle Beschlüsse,
Strategien und Maßnahmen, die sich gegen Andersdenkende rich-
ten, in Mitgliederversammlungen gebilligt oder im Auftrag der
Parteileitungen ausgeführt wurden, zu überdenken und zu
bekennen sind.

Sie leisten damit nicht nur einen aufrichtigen Beitrag zu Ihrem
eigenen Selbstverständnis, sondern auch zur Erneuerung der
Universität. Sie helfen der Personalkommission auch, die Archiv-
akten, die innerhalb und außerhalb der TU zur Verfügung stehen,
differenzierter zu lesen.

Die Personalkommission ist verpflichtet, ein Votum für eine
Weiterbeschäftigung im Öffentlichen Dienst für jeden Angehörigen
der Abteilung Chemie abzugeben. Es ist selbstverständlich, daß
wir mit Augenmaß und Verantwortungsgefühl auch für ehemalige
SED-Mitglieder positiv votieren werden, wenn wir den Eindruck
gewinnen, daß sie das Neue mitgestalten wollen und durch ihre
Offenlegung der ihnen bekannten Strukturen, Aufträge, Maßnahmen
und Ziele der SED-Leitungen aller Ebenen helfen, Klarheit über
die Vergangenheit zu gewinnen.

Wir wären dazu außerstande, wenn sich beim Studium der Akten
herausstellen würde, daß wichtige - normalerweise unvergessliche
- Dinge verschwiegen oder verfälscht dargestellt worden sind.
Wir bitten Sie also um Ihr Vertrauen und um schriftliche
Stellungnahme bis zum

Um die Vertraulichkeit der Angaben zu sichern, werden Sie
gebeten, Ihre zusätzlichen schriftlichen Aussagen in Raum 55 des
Instituts für Organische Chemie und Farbenchemie persönlich zu
übergabe (Prof. Mehlhorn, Prof. Fabian).

Mit freundlichen Grüßen
i.A.
Personalkommission Chemie



SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM
FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

Der Minister

An den Studentenrat der
Technischen Universität Chemnitz
Straße der Nationen 62

O-9001 Chemnitz

Dresden, den 20.01.1992
GI/SI

Betr.: Rücknahme von Berufungen studentischer Mitglieder der
Personalkommission

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

von der Personalkommission der Technischen Universität Chemnitz
wurde mir mitgeteilt, daß die studentischen VertreterInnen

Frau
Frau
Frau

} von der
Red.
abgedeckt

vor dem Herbst 1989 aktive SED-Mitglieder und in 2 Fällen FDJ-
Funktionäre waren. Dieser Sachverhalt wurde mir bei der
Kandidatur der genannten KommissionsInnen verschwiegen und hätte
bei Kenntnis eine Berufung der Genannten in eine
Personalkommission ausgeschlossen.

Nach Prüfung aller Umstände und Zustimmung der
Landespersonalkommission nehme ich die Bestätigung der o. g.
KommissionsInnen als Mitglieder der Personalkommission der
Technischen Universität Chemnitz zurück.

Bitte teilen Sie mir nach Möglichkeit bis 30.01.1992 neue
Kandidaten zur Bestätigung mit, damit eine studentische
Mitwirkung am Erneuerungsprozeß gesichert werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Hans Joachim Meyer

KONFERENZ DER STUDENTINNENSCHAFTEN

Sächsisches Staatsministerium
für Wissenschaft und Kunst
Der Minister
Archivstr. 1

O - 8060 Dresden

Koordinierungsrat

Unter den Linden 6

O-1086 Berlin

Tel/Fax: (0037 2) 20 315 282

Fax: über HUB (0037 2) 20 93 2770

Offener Brief

Berlin, 26.2.1992

Sehr geehrter Herr Minister,

durch den Studentenrat der TU Chemnitz erhielten wir Kenntnis von Ihrem Brief
vom 20.1.92 betr. der Rücknahme der Berufung dreier studentischer VertreterInnen
in der Personalkommission der TU Chemnitz.

Wir sind betroffen angesichts der dort formulierten Begründung der Ablehnung der
betreffenden Studentinnen. Als Dachverband der ostdeutschen StudentInnenRäte,
der den größten Teil seiner Mitglieder in Sachsen hat, gestatten wir uns, Ihnen
unsere Bedenken mitzuteilen.

Der Sachverhalt, der zu Ihrer Berufungsrücknahme bei den drei Studentinnen
führte, wird von Ihnen - ausschließlich! - mit den Worten "aktive SED-Mitglieder
und in 2 Fällen FDJ-Funktionäre" beschrieben. Betroffenheit löst dies bei uns
aus folgenden Gründen aus:

1. Die Formulierung läßt darauf schließen, daß es nicht um konkretes
Fehlverhalten der Betroffenen geht, sondern daß eine pauschale Ausschließung
einer großen Gruppe von Studierenden unabhängig von ihrem konkreten Verhalten
gemeint ist.

2. Die Ausschließungsgründe lassen völlig unberücksichtigt, daß es zum einen
sehr unterschiedliches Verhalten von SED-Mitgliedern geben konnte und gab, und
daß zum anderen "FDJ-Funktionär" zunächst nichts weiter ist als der
Gattungsbegriff für Funktionen von Gruppen-Kassierer bis Zentralratsmitglied.
Aufgrund der geringen Größe zahlreicher Seminargruppen und der Vielzahl zu
besetzender Funktionen war es ja zudem überhaupt nicht selten, daß jedes
Seminargruppenmitglied irgendeine Funktion zu übernehmen hatte - insofern dann
von "herausgehobener Position" gar nicht die Rede sein kann.

3. Der entscheidende Punkt jedoch ist u.E. folgender: Mit Ihrer
Entscheidungsbegründung werden StudentInnen für eine Systemnahe bestraft, die
sie schon aufgrund ihres Alters nur ausnahmsweise erlangen konnten, die
andererseits aber bei ProfessorInnen - größtenteils zur politischen Elite zählend -
kein Hinderungsgrund ist, sie in wichtige Positionen zu berufen.

Von der Sache her begrüßen wir es durchaus, wenn bei ProfessorInnen
differenziert vorgegangen wird und etwa Parteimitgliedschaft nicht automatisch
zur dauernden Stigmatisierung führt, vielmehr das konkrete Verhalten in Rechnung
gestellt wird.

Verwundern aber muß es uns angesichts Ihrer Entscheidung in bezug auf
Studierende schon, wenn bspw. ein ehemals sehr aktives Partei(leitungs)mitglied
zum Mitglied des Wissenschaftsrates berufen wird, ohne daß Ihrerseits dagegen
Einspruch bekannt geworden wäre, oder wenn - wie geschehen - ein ehemaliger
ParteiSekretär in Leipzig von Ihnen zum Professor neuen Rechts berufen wird.

Die Anwendung solch unterschiedlicher Maßstäbe lassen die ministerielle
Begleitung des Erneuerungsprozesses an den sächsischen Hochschulen nicht sehr
glaubwürdig erscheinen.

Trotz allem mit vorzüglicher Hochachtung

Thomas Neie (HUB)

Peer Pasternack (Uni Leipzig)

Arne Petrich (FSU Jena)

Wolger Sieburg (HAB Weimar)

- Koordinierungsrat der Konferenz der StudentInnenschaften -

Wissenschaftsrat, Pressemitteilung: Neue Hochschul- und Forschungslandschaft im Osten Deutschlands

Auf der Grundlage von Empfehlungen des Wissenschaftsrates haben Bund und Länder 1991 neue Strukturen für die außeruniversitäre Forschung und die Hochschullandschaft im Osten Deutschlands geschaffen. Die gemäß Art. 38 des Einigungsvertrages vorgesehene Übergangsfinanzierung für außeruniversitäre Institute ist am 31. Dezember 1991 ausgelaufen. Die neuen Forschungseinrichtungen haben inzwischen ihre Arbeit aufgenommen. Auch im Hochschulbereich sind neue Strukturen und Einrichtungen, z.B. Fachhochschulen, geschaffen worden.

Die Veränderungen zum Jahreswechsel waren Anlaß für eine Zwischenbilanz zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates, die der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Dieter Simon, und Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber am 10. Januar 1992 gemeinsam der Presse erläuterten. Simon erinnerte daran, daß rund 30.000 Beschäftigte in den Forschungseinrichtungen der Akademie der Wissenschaften, der Bauakademie, der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften sowie einiger ausgewählter Ressortforschungseinrichtungen der früheren DDR in die Bestandsaufnahme, Bewertung und Neustrukturierung durch den Wissenschaftsrat einbezogen gewesen seien. Dieser habe sich bemüht, gute Forschungspotentiale zu erhalten, die Qualität und Selbstbestimmung der Wissenschaft zu stärken, universitäre, außeruniversitäre und industrielle Forschung der betroffenen Institute in ein angemessenes Umfeld zu bringen und den wissenschaftlichen Wettbewerb zu fördern. Der Wissenschaftsrat habe empfohlen, in den neuen Ländern rund 11.000 Stellen in außeruniversitären Forschungseinrichtungen und rund 2.000 Plätze für Einzelwissenschaftler und Arbeitsgruppen vorzusehen, die

zur Erneuerung von Forschung und Lehre in den Hochschulen integriert werden sollten. Außerdem hatte der Wissenschaftsrat bereits im Januar 1991 empfohlen, rund 30 Langzeitvorhaben in das gemeinsam von Bund und Ländern finanzierte Akademieprogramm aufzunehmen.

"Die außeruniversitäre Forschungslandschaft in den neuen Ländern wird keinesfalls eine Kopie der westdeutschen Verhältnisse sein", erklärte Simon vor der Presse, "es sind viele Konzepte und Strukturen entwickelt worden, die weit über den Status quo hinausgehen. Dazu gehören nicht nur die neuen Großforschungszentren, wie z.B. das Zentrum für Molekulare Medizin in Berlin-Buch mit seinen hervorragenden Möglichkeiten, biomedizinische Grundlagenforschung mit klinischer Anwendung zu verknüpfen, das Geo-Forschungszentrum in Potsdam, das wichtige Aufgaben in der kontinentalen Lithosphärenforschung übernehmen wird, und das Umweltforschungszentrum in Leipzig/Halle, das mit seiner neuen Netzwerkstruktur zur Bewältigung von Umweltproblemen in hochbelasteten Ballungsräumen beitragen soll, oder Blaue Liste-Institute, wie z.B. das Institut für Molekulare Pharmakologie in Berlin, sondern insbesondere auch die in letzter Zeit heftig umstrittenen geisteswissenschaftlichen Zentren, die von einer Trägereinrichtung der Max-Planck-Gesellschaft betreut werden. Ich bin davon überzeugt, daß die geisteswissenschaftlichen Zentren die deutsche Forschungslandschaft enorm bereichern könnten, wenn die sieben Einrichtungen zu einem außeruniversitären Verbund mit wechselnden Themen und nur relativ wenig unbefristet besetzten Stellen und in enger Verzahnung mit den umliegenden Hochschulen aufgebaut werden."

Zur Kritik der Hochschulrektorenkonferenz an den Empfehlungen des Wissenschaftsrates bemerkte Simon: "Die angeblichen Verwerfungen der Forschungslandschaft kann ich nicht erkennen. Der außeruniversitäre Sektor in den neuen Ländern wird keineswegs größer sein als in den alten. Die neuen Länder haben vielmehr einen Nachholebedarf an vom Bund mitfinanzierten Instituten. Deswegen sollten Standorte in den neuen Ländern Priorität erhalten, wenn es künftig um die Ansiedlung neuer Einrichtungen mit finanzieller Beteiligung des Bundes geht." "Im übrigen", so fragte Simon, "gab es für die vom Wissenschaftsrat empfohlene Blaue Liste-Institute keine Alternative. Die Hochschulen in den neuen Ländern wollten und konnten die vielen gut beurteilten Arbeitsgruppen aus den Akademie-Instituten nicht aufnehmen. Sollten wir sie denn auf die Straße schicken?"

Im Unterschied zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen hat der Wissenschaftsrat die Hochschulen der neuen Länder nicht evaluiert. Er hat aber dennoch eine Fülle von Empfehlungen zur strukturellen Umgestaltung des Hochschulwesens der ehemaligen DDR vorbereitet. Das Spektrum reicht von Empfehlungen zum grundlegenden Neuaufbau der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sowie der Rechtswissenschaften über die Empfehlungen zur Einrichtung von Fachhochschulen bis hin zu Vorschlägen für eine Reform der Lehrerbildung. Das Hochschulwesen der ehemaligen DDR bedarf nach Auffassung des Wissenschaftsrates einer nahezu völligen Neuordnung.

Die Universitäten waren in der DDR an Zahl und Variabilität wenig ausgebaut. Statt einer am Konzept der Fächervielfalt orientierten Universität, wie sie in den alten Ländern, aber auch im übrigen Westeuropa anzutreffen ist, wurden in der DDR arbeitsteilig gegliederte Spezialhochschulen mit einem schmalen Fächerspektrum, z.B. nur für Technik, Landwirtschaft, Medizin oder Ökonomie, errichtet. Entsprechend eng war die Qualifikation der Absolventen dieser Studiengänge, was selbstverständlich Auswirkungen auf die Breite ihrer beruflichen

Verwendungsmöglichkeiten hatte. Hier mußte rasch umstrukturiert werden, damit die Vergleichbarkeit der Hochschulausbildung in beiden Teilen Deutschlands gewährleistet ist. Daher hat sich der Wissenschaftsrat dafür ausgesprochen, aus den 54 Hochschulen, die es vor der Wende gab, 12 Universitäten mit einem verbreiterten Fächerspektrum (vielfach durch Integration von Spezialhochschulen und durch den Aufbau neuer Fakultäten) zu gründen. Außerdem sollen aus früheren Spezialhochschulen sowie durch Neugründungen in Städten, die bisher über keine Hochschule verfügten, etwa 20 Fachhochschulen mit einer Reihe von verschiedenen Standorten gegründet werden. Diese Empfehlungen sind inzwischen fast vollständig umgesetzt. Der Wissenschaftsrat wird voraussichtlich Ende Januar Empfehlungen verabschieden, in denen 12 Kunst- und Musikhochschulen für die neuen Länder empfohlen werden. Insgesamt führen die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der Hochschulen, zu einer Differenzierung in Universitäten und Fachhochschulen und auch zu einer besseren regionalen Verteilung der Hochschuleinrichtungen.

Bei aller notwendigen Kritik am Hochschulsystem der DDR, nicht zuletzt an der durchgehenden politischen Indoktrination, dürfte, so Simon, nicht übersehen werden, daß diese Hochschulen auch viele Vorzüge aufzuweisen hätten. "Es gab weder Massenhochschulen noch Fächer mit Überlast. Im Unterschied zum westdeutschen Hochschulsystem konnten und mußten die Studenten ihr Studium innerhalb der vorgesehenen Regelstudienzeit zum Abschluß bringen. Die Gründe dafür sind gewiß nicht alle in der Qualität der Ausbildung und der Güte der Studierenden zu sehen, aber es ist aus meiner Sicht wirklich zu wünschen, daß die Hochschulen in den neuen Ländern von dem in den alten Ländern bestehenden Problem sich ständig verlängender Studienzeiten verschont bleiben. Man sollte jedenfalls alles unternehmen, um diese Begleiterscheinung der westdeutschen Massenuniversität nicht auch an den Hochschulen der neuen Länder zu einer Alltagserscheinung werden zu lassen." "Er hoffe deshalb

sehr, daß die Kapazitätsverordnung mit ihren Überlast erzeugenden Curriculammormwerten nicht unbesehen auf die neuen Länder übertragen werde. Die Hochschulen dürften nicht gezwungen werden, mehr Studenten aufzunehmen, als sie qualifiziert ausbilden könnten.

Der Vorsitzende des Wissenschaftsrates äußerte sich befriedigt darüber, daß es dank der konstruktiven Mithilfe der Ministerien von Bund und Ländern so rasch gelungen sei, die finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Neugestaltung der Forschungslandschaft zu schaffen. Jetzt komme es darauf an, so Simon, das Augenmerk auf die Einzelentscheidungen zu legen. Finanzpolitisches Traktieren dürfe nicht dazu führen, daß insbesondere kleinere Arbeitsgruppen oder Abteilungen von neuen Institutionen von vornherein mangels kritischer Masse ihre wissenschaftlichen Erfolgsaussichten reduzieren müßten. "Gerade die gut beurteilten Wissenschaftler sollten endlich eine Chance erhalten, ihre Wettbewerbsfähigkeit unter den neuen Bedingungen zu beweisen!"

Der Wissenschaftsrat könne mit der Bewertung und Neustrukturierung von Forschungseinrichtungen nicht an der ehemaligen Grenze zur DDR Halt machen. Simon unterstrich, daß es aus seiner Sicht unerläßlich sei, die Verhältnisse in Forschungsinstituten und Hochschulen des vereinten Deutschlands in eine neue funktionelle Symmetrie zu bringen. "Das wird nicht möglich sein ohne eine umfassende, an großen Forschungsfeldern ausgerichtete Gesamtbewertung der deutschen wissenschaftlichen Einrichtung und eine an den Bedürfnissen von Massen- und Elitebildung orientierte Revision des Hochschulsystems. Diesen beiden Aufgaben wird sich der Wissenschaftsrat mit Vorrang zuwenden müssen!" Eine weitere wichtige Aufgabe sah Simon in einer strukturellen Neuordnung der Blauen Liste, die mittlerweile auf

über 80 Institute angewachsen ist und 1992 einen Etat von rund 1 Milliarde DM haben wird. Der Wissenschaftsrat wird voraussichtlich bereits Ende Januar eine Arbeitsgruppe einsetzen, die Vorschläge für eine Neuordnung der Blauen Liste vorlegen soll.

Die Politiker forderte Simon vor allem dazu auf, möglichst bald eine bessere finanzielle Ausstattung und eine Verlängerung des Hochschulerneuerungsprogramms zu sorgen. Die Integration der hochqualifizierten Wissenschaftler aus den ehemaligen Akademie-Instituten drohe zu scheitern, weil die Frist mit nur zwei Jahren in jeder Hinsicht zu kurz sei. Die Hochschulen seien gegenwärtig selbst mit einschneidenden Kürzungsmaßnahmen konfrontiert und von daher wenig geneigt, die Wissenschaftler aus den Akademie-Instituten aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Simon sprach sich für eine Verlängerung wichtiger Teile des Hochschulerneuerungsprogramms auf fünf Jahre aus. Außerdem betonte er, daß viele Gespräche in den neuen Ländern ihm gezeigt hätten, daß Berufungen aus den alten Ländern oder aus dem westeuropäischen Ausland an Wohnungsproblemen scheiterten. Hier sei es dringend erforderlich, das vom Wissenschaftsrat bereits in den "Zwölf Empfehlungen" vom Juli 1990 angeregte Programm zum Bau von internationalen Begegnungszentren, die zunächst neuberufene Professoren aufnehmen könnten, zu initiieren. "Es darf nicht dahin kommen, daß die Hochschulen in den neuen Ländern, die auch dort das Fundament der Forschung bilden müssen, zu Einrichtungen zweiter Wahl werden. Wir müssen alles tun, um sie zu attraktiven Stätten für Forschung und Lehre zu machen. Darin sehe ich die wichtigste bildungs- und forschungspolitische Aufgabe der nächsten Jahre!"

Köln, 10. Januar 1992

Entschließung des 166. Plenums der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) vom 17./18. Februar 1992: Zum Strukturwandel der Hochschulen in den neuen Bundesländern und Berlin

1. Die außeruniversitären Forschungsinstitute der früheren Akademien der Wissenschaften, der Landwirtschaftswissenschaften und des Bauwesens der ehemaligen DDR sind entsprechend den Festlegungen des Einigungsvertrages zum Jahresende 1991 aufgelöst oder aufgrund der positiven Ergebnisse der Evaluation durch den Wissenschaftsrat umstrukturiert worden. Der Wissenschaftsrat hat die weitere Finanzierung von insgesamt rund 13.000 Wissenschaftlern empfohlen, von denen jedoch entgegen den übereinstimmenden Auffassungen von Wissenschaftsorganisationen, Ländern und Bund vom Juli 1990, die Hochschulforschung nachhaltig zu stärken, lediglich 2.000 in die Hochschulen integriert werden sollen. 11.000 werden in außeruniversitäre Forschungseinrichtungen überführt, die meisten in gemeinsam von Bund und Ländern finanzierte REinrichtungen der "Blauen Liste", deren Zahl in Deutschland dadurch um 75% steigt; die Zahl der dort tätigen Personals wird um 90% erhöht. Die Gründung dieser außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist im wesentlichen abgeschlossen.

2. Die Universitäten und Hochschulen sind in einen Umstrukturierungsprozeß einbezogen; ihre Möglichkeiten, auf diesen Prozeß einzuwirken, sind sehr begrenzt:

- Mehrere Länder haben bis heute die in Gesetzesform zu erlassenden Strukturentscheidungen über die künftige Gestalt der Hochschulen des Landes insgesamt oder einzelner Hochschulen noch nicht getroffen.

- In manchen Ländern liegen zwar grundsätzliche Entscheidungen zu Standort und Status von Hochschulen vor, doch fehlen ihnen die für

eine mittelfristige Planung erforderlichen Rahmenvorgaben zu Fächerstruktur und Stellenzahl der Hochschulen.

- In manchen Ländern dauern administrative Entscheidungsvorgänge so lange, daß z.B. Berufungen von Professoren durch Erschöpfung von Berufungsvorschlägen infolge bestehenden Wettbewerbs um qualifizierte Wissenschaftler gegenstandslos werden oder qualifizierte Bewerber von der Aufrechterhaltung ihrer Bewerbung absehen.

- In manchen Ländern werden von Hochschulen oder Landeshochschulstrukturkommissionen erarbeitete Strukturkonzepte durch mit den Hochschulen nicht abgestimmte Personalentscheidungen über die Zusammensetzung von Struktur- und Berufungskommissionen konterkariert; Auseinandersetzungen unter westdeutschen Kommissionsmitgliedern im Verein mit administrativen Schwierigkeiten führen zu nicht vertretbaren Verzögerungen.

- Die Personal-/Überleitungs-/Berufungskommissionen der Hochschulen arbeiten inzwischen an der Evaluation des Personals, nachdem in manchen Ländern durch Verfahrensdiskussionen innerhalb der Landesregierungen und Verschleppung der Entscheidungen über deren Zusammensetzung Monate vergangen waren. Ihnen fehlen, um zu abschließenden Entscheidungen zu kommen, die Auskünfte des Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes, deren Erteilung Monate, teilweise länger als ein Jahr dauert.

- Trotz teilweise fehlender Strukturentscheidungen wird ein Stellenabbau vorgenommen, der in manchen Ländern bis zu 60% des Stellenbestandes von Anfang 1991 umfaßt.

- Die Hochschulen sollen Wissenschaftler und Arbeitsgruppen aus den früheren Instituten

der Akademie der Wissenschaften, der Landwirtschaftswissenschaften und des Bauwesens übernehmen, die zunächst über das Wissenschaftlerintergrationsprogramm des Hochschulneuerungsprogramms finanziert werden. Die Hochschulen sind jedoch an der Auswahl der Wissenschaftler und der Zuordnungsentscheidung, anders als bei Arbeitsgruppen der MPG und der FhG, vielfach nicht beteiligt worden, obwohl dafür nicht nur die wissenschaftliche Qualität, sondern auch die Einpassung in die fachlichen Strukturen der Hochschulen entscheidend ist. Es ist auch noch nicht bekannt, ob sie die dafür erforderlichen Stellen zusätzlich erhalten oder aus dem ihnen nach dem Stellenabbau verbleibenden Potential erbringen müssen, was einen weiteren Abbau des vorhandenen Personals mit sich bringen und die Schwierigkeiten der Integration bis zur Undurchführbarkeit steigern würde.

II.

1. Die Hochschulen in den neuen Bundesländern und dem Ostteil Berlins haben im Wintersemester 1991/92 rund 37.200 Studienanfänger immatrikuliert, insgesamt sind an ihnen rund 136.400 Studierende eingeschrieben. Damit ist die Zahl der Studierenden im Vergleich zum WS 1990/91 um 4.100 oder 3,2%, im Vergleich zum WS 1989/90 um 5.200 oder 4% gestiegen. Die Zahl der Studienanfänger liegt um 2.300 oder 5,8% unter den Zahlen des vergangenen Wintersemesters, jedoch um 4.900 oder 15,2% über den Zahlen des Wintersemesters 1989/90. Die Differenz erklärt sich im wesentlichen aus dem überdimensionalen Anstieg der Studienanfängerzahlen im Herbst 1990, der das Ergebnis der Verkürzung der Wehrdienstzeit von drei Jahren auf ein Jahr in der ehemaligen DDR durch die Regierung de Maiziere im Sommer 1990 war. Die Zahl der Studienanfänger liegt im laufenden Wintersemester um 35,5%, die Zahl der Studierenden um 2,2% oberhalb der Obergrenze der von der Kultusministerkonferenz im Januar 1991 veröffentlichten Prognose.

2. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat im Jahr 1991 von Wissenschaftlern an Hoch-

schulen und Forschungseinrichtungen in den östlichen Bundesländern rund 2.300 Anträge erhalten und bereits Förderungsmittel im Umfang von 118,5 Millionen DM bewilligt. Im Herbst 1991 wurden die ersten vier Graduiertenkollegs eingerichtet. Im Januar 1992 nahm die erste von der EG geförderte Forschergruppe an einer ostdeutschen Hochschule ihre Tätigkeit auf. Einer der Leibniz-Preisträger des Jahres 1991 ist Angehöriger einer Hochschule in den neuen Ländern. Der BMFT hat im Jahr 1991 Projekte im Umfang von 102 Millionen DM an Hochschulen der neuen Länder bewilligt. Angesichts der bestehenden Unsicherheiten ist die Zahl der Anträge bei der DFG Anfang dieses Jahres stark zurückgegangen.

3. Das Lehrangebot an den Hochschulen in den östlichen Bundesländern wurde mit nachhaltiger Unterstützung westdeutscher und ausländischer Gastwissenschaftler gesichert. Die Studienpläne wurden in Anpassung an die Studiengänge westdeutscher Hochschulen umstrukturiert, neue Studiengänge wurden entwickelt. Der Aufbau oder die Neustrukturierung der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten sowie der Sozial- und teilweise der Geisteswissenschaften hat begonnen. Auch die Strukturen der Natur- und Ingenieurwissenschaften in den Hochschulen wurden verändert und an internationale Entwicklungen angepaßt. Die Hochschulen haben alles in ihren Möglichkeiten Stühende getan, um den Studienanfängern und in absehbarer Zeit allen Studierenden ein konkurrenzfähiges Studium anzubieten.

III.

1. Bei der Beurteilung der Leistungen der Hochschulen sind die oben aufgeführten Randbedingungen zu berücksichtigen. Den Hochschulen wurden Strukturempfehlungen und -entscheidungen mitgeteilt und zur Umsetzung aufgegeben, an denen sie nur in seltenen Fällen beteiligt waren. Die Hochschulen sind gehalten, die Umsetzung bei laufendem Betrieb vorzunehmen.

2. In den Hochschulen wurden unabhängig von den Strukturempfehlungen eine personenbezogene Überprüfung persönlicher Integrität und fachlicher Qualität eingeleitet und unterschiedlich weit vorangetrieben. Dennoch ist angesichts der Stellenkürzungen nicht gewährleistet, daß die als persönlich integer und fachlich qualifiziert befundenen Wissenschaftler auf Stellen der Hochschulen übernommen werden. Vielmehr sind diese Wissenschaftler in einigen Ländern gehalten, sich darüberhinaus noch an einem kompetitiven Bewerbungsverfahren zu beteiligen. Denn in manchen Ländern werden alle Professorenstellen intern oder extern ausgeschrieben mit allen Konsequenzen für die Dauer von Besetzungsverfahren und die Unsicherheit der fachlichen und persönlichen Zukunft der Betroffenen. Dies lähmt die Initiativen zur Neustrukturierung. In anderen Ländern ergeben sich Verzögerungen, weil weitere Entscheidungen erforderlich sind, für die die gesetzlich vorgeschriebenen Richtlinien des Gesetz- oder Verordnungsgebers noch ausstehen.

IV.

1. Die Hochschulrektorenkonferenz sieht die Funktionsfähigkeit der Hochschulen in den neuen Bundesländern gefährdet. Sie appelliert deshalb an alle Verantwortlichen in den östlichen Bundesländern, umgehend die notwendigen gesetzlichen oder administrativen Entscheidungen zu treffen, die als Rahmenbedingungen für die Neustrukturierung der Hochschulen unerlässlich sind und Perspektiven für ein Verbleiben qualifizierter Wissenschaftler eröffnen. Sie wiederholt ihre Forderung, bei der personellen Erneuerung auf der Basis des Einigungsvertrages und der Hochschulgesetze der Länder mit Augenmaß vorzugehen. Sie fordert die Landesregierungen auf, angesichts der unbestrittenen Notwendigkeit wissenschaftlicher Weiterbildung und Nachqualifizierung vieler Hochschulabsolventen das Weiterbildungspotential der Hochschulen zu erhalten und zu erweitern; ein Abbau unter kurzfristigen finanziellen Aspekten würde vor einem Neuaufbau mit

höheren Kosten gefolgt. Sie hält es unter Berücksichtigung der Altersstruktur der Professoren, von denen bis zum Jahr 1990 mehr als die Hälfte aus Altersgründen ausscheiden, für notwendig, angemessenen Lösungen, z.B. k.w.-Stellen, für integriere und qualifizierte Wissenschaftler zu schaffen.

2. Die Hochschulrektorenkonferenz fordert die Landesregierungen auf, auf der Grundlage der vorgelegten Berufungslisten Berufungsverfahren zügig aufzunehmen und durchzuführen.

Sie erheuert - in weitgehender Übereinstimmung mit der Stellungnahme der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrates vom 24.1.1992 - ihre Forderungen,

- das Programm zur Integration von Wissenschaftlern aus Akademiestituten in die Hochschulen auf fünf Jahre zu verlängern;

- Wohnraum für Professoren bereitzustellen und Internationale Begegnungszentren zu errichten;

- Professorenstellen (Leerstellen) in den Hochschulen für die Leiter außeruniversitärer Forschungseinrichtungen zu schaffen, um wenigstens deren Verknüpfung mit den Hochschulen zu sichern;

- ein Sonderprogramm für bauliche und apparative Ausstattung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu schaffen;

- die neu zu gründenden oder gegründeten Fachhochschulen zügig aufzubauen, um auch deren Arbeitsplätze für qualifiziertes Personal bestehender Einrichtungen nutzen zu können;

- ein befristetes Förderprogramm für ältere Wissenschaftler innerhalb und außerhalb der Hochschulen einzurichten, um deren Potential für Wissenschaft und Wirtschaft zu erhalten;

- die Möglichkeiten zu verbessern, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für bislang in Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen Beschäftigte nutzen zu können.

3. Die Hochschulrektorenkonferenz appelliert an Bund und Länder, angesichts der Schwierigkeiten in Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den östlichen Ländern alsbald die

Verhandlungen über die Revision des Hochschulemerungsprogramms aufzunehmen und zügig zu einem Abschluß zu bringen. Sie fordert ferner Bund und Länder auf, die Entscheidung über eine Verlängerung des Wissenschaftler-integrationsprogramms umgehend zu treffen und die Beteiligung der Hochschulen an der Integration von Arbeitsgruppen und Wissenschaftlern aus den früheren Akademieinstituten in die Hochschulen zu sichern.

Auch für die östlichen Bundesländer gilt, daß

Wissenschaft und Forschung entscheidende Faktoren für wirtschaftliches Wohlergehen und Prosperität sind. Qualifikation ist ein für die internationale Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik entscheidender Faktor. Hochschulen werden sich indes nur dann als Garanten gesellschaftlichen Wohlstandes und Motoren regionalen Strukturwandels erweisen, wenn eine zukunftsorientierte Politik sie dazu in die Lage versetzt. Dazu sind mittelfristige Planungssicherheit und Kalkulierbarkeit von Struktur-, Personal- und Finanzierungsentscheidungen unerläßliche Voraussetzung.

Aktuelle Zahlen der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland mit Ost-Abitur im Westen und mit West-Abitur im Osten

Die Hochschulrektorenkonferenz hat eine Erhebung zu den Studentenzahlen für das Wintersemester 1991/92 im gesamten Bundesgebiet einschließlich der neuen Bundesländer durchgeführt, aus der die folgenden Informationen destilliert wurden.

Die Zahlen in Klammern geben jeweils die Studienanfänger an.

Studierende in der Alt-BRD mit Ost-Abitur im Wintersemester 1991/92

HRK-Mitgliedshochschulen insgesamt: 13 990 (5231)

Universitäten insgesamt: 12 349 (4493)

Bundesland	insgesamt	Spitzenreiter-Uni
Baden-Württemberg	325 (201)	U Heidelberg 106
Bayern	1536 (510)	U München 568
Berlin	5598 (1735)	FU 4055
Bremen	170 (76)	U Bremen 170
Hamburg	- keine Angaben -	
Hessen	671 (292)	GHS Kassel 240
Niedersachsen	1636 (860)	U Göttingen 811
Nordrhein-Westf.	2146 (778)	FernU Hagen 996
Rheinland-Pfalz	135 (103)	U Mainz 69
Saarland	112 (27)	U Saarland 112
Schleswig-Holstein	20 (14)	Med. U Lübeck 10 PH Flensburg 6

Pädagogische Hochschulen insgesamt: 60 (16)

Bundesland insgesamt Spitzenreiter - PH

Baden-Württemberg 60 (16) PH Freiburg 28

Fachhochschulen insgesamt: 1264 (604)

Bundesland insgesamt Spitzenreiter - FH

Baden-Württemberg	128 (81)	FH Heilbronn	30
Bayern	340 (161)	FH Coburg	151
Berlin	169 (25)	FH f. Sozialarbeit u. Sozialpäd.	94
Bremen	24 (17)	HS Bremerhafen	24
Hamburg	- keine Angaben -		
Hessen	47 (37)	FH Fulda	45
Niedersachsen	262 (105)	FH Nordost- Niedersachsen	54
Nordrhein-Westfalen	166 (115)	FH KÜln	47
Rheinland-Pfalz	54 (25)	FH Rheinland- land-Pfalz	48
Saarland	3 (2)	FH d. Saarlandes	3
Schleswig-Holstein	71 (36)	FH Kiel	62

Kunst- u. Musik-Hochschulen insgesamt: 302 (113)

Bundesland insgesamt Spitzenreiter -HS

Baden-Württemberg	7	HS Bild. Künste Karlsruhe	3
Bayern	8	Akad. Bild. Künste Nürnberg	3
Berlin	236	HS d. Künste	236
Hessen	9	Kunst-HS Frankfurt a.M.	9
Niedersachsen	16	HS f. Bild. Künste Braunschweig	12
Nordrhein-Westfalen	22	HS f. Musik Köln	13
Saarland	4	Musik -HS d. Saarlandes	4

Philosophisch-Theologische Hochschulen insgesamt: 15 (5)

Spitzenreiter-HS: HS f. Philosophie Mfnchen 4 (0)
HS Oberursel 4 (2)

Studierende in den FNL mit West-Abitur
im Wintersemester 1991/92

Hochschulen insgesamt: 2085 (1442)

Bundesland	insgesamt	Spitzenreiter-HS
Berlin	976 (640)	Humboldt-U 576
Brandenburg	92 (85)	HS f. Film u. Ferns. Potsdam 45
Mecklenburg-Vorp.	153 (83)	U Greifswald 75 U Rostock 75
Sachsen	460 (334)	U Leipzig 220
Sachsen-Anhalt	173 (149)	U Halle-Wittenberg 78
Thüringen	231 (151)	HAB Weimar 124

PUBLIKATIONEN

Feierliche Übergabe des Präsidentenamtes von Heinz Bethge an Benno Parthier am 30. Juni 1990 im Goethe-Theater zu Bad Lauchstädt.

Herausgegeben von Werner Köhler. Halle/S. 1990. 41 S., 12. Abb., DM 9,-.

Der Band enthält die Ansprachen des scheidenden Leopoldina-Präsidenten, des Physikers Heinz Bethge, und des neuen Präsidenten, des Biochemikers Benno Parthier, sowie weitere Dokumente zum Wechsel in der Präsidentschaft. Altpräsident Bethge unternimmt in seinem Rechenschaftsbericht einer sechzehnjährigen Präsidentschaft eine kritische Analyse der Wissenschaftsentwicklung in der DDR und der Deformationen in der Wissenschaftslandschaft. Über die zukünftigen Aufgaben der traditionsreichen Gelehrtenvereinigung Leopoldina in einem vereinigten Deutschland diskutiert Präsident Parthier in seiner Ansprache. Die Ausführungen sind wesentliche Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte der letzten Jahre und bieten Ansatzpunkte für die Bewältigung gegenwärtiger wissenschaftspolitischer Herausforderungen.

Dokumentation der Hochschulgesetze der Länder Berlin Brandenburg Mecklenburg-Vorpommern Sachsen Sachsen-Anhalt Thüringen

Herausgegeben vom Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. 175 S. Bonn 1991

Die Publikation enthält die geltenden ostdeutschen Landeshochschulgesetze sowie in einem Anhang die vorläufige Hochschulordnung vom 18.9.1990 und eine Liste weiterer für den Hochschulbereich relevanten rechtlichen Bestimmungen der ostdeutschen Länder (Stand November 1991).

Bezug über: Sekretariat der KMK, Dokumentationsdienst, Nassestraße 8, Postfach 2240, W - 5300 Bonn, Tel. 0228/501-0.

Die Ausgangslage der ostdeutschen Hochschulen

Der jetzt in der BMBW-Reihe „Bildung Wissenschaft Aktuell“ als Heft 8/91 erschienene Bericht „Fach- und Regionalstrukturen der ostdeutschen Hochschulen“ enthält wichtige Fakten über das Hochschulwesen der DDR in den Jahren 1985 bis 1989. Analysiert werden vor allem die Aspekte Neuzulassungen zum Direktstudium, Fachangebotsstrukturen, regionales Studientenaufkommen in den Kreisen und regionale Einzugsbereiche der Hochschulen. Die zugrunde liegenden Daten wurden mit Hilfe der Zentralstelle für Studienbewerbungen an der Technischen Universität Magdeburg im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft von der Forschungsgruppe Gesellschaft und Region e. V., Konstanz, zusammengestellt und analysiert. Die Autoren kommen u. a. zu folgenden Ergebnissen:

Starke Parzellierung

Das relativ konstant niedrige jährliche Studientenaufkommen in den neuen Bundesländern von etwa 25 000 Neuzulassungen zum Direktstudium in den Jahren 1985 bis 1989 verteilt sich auf 54 Hochschulen.

Die Hochschullandschaft der ehemaligen DDR ist geprägt von einer starken Polarisierung der Hochschuleinrichtungen in ihrer Größe und regionalen Verteilung auf die Standorte in den neuen Bundesländern. Den einen Pol bilden die sechs Universitäten Berlin, Leipzig, Halle-Wittenberg, Rostock, Jena, Greifswald und die drei Technischen Universitäten Dresden, Chemnitz und Magdeburg, ergänzt durch die Hochschule für Verkehrswesen Dresden und die Hochschule für Ökonomie Berlin. Allein diese elf Hochschulen vereinigen bereits 60 Prozent aller Studienanfänger in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, wobei auf die kleinste etwa 3 000 neuzugelassene Studenten entfallen. Auf der anderen Seite stehen die übrigen 43 kleinen und mittleren Hochschulen, deren Neuzulassungsaufkommen im genannten Zeitraum insgesamt unter 3 000 Studenten liegt, darunter allein 17 Hochschulen mit einer Neuzulassung von weniger als 900 Studenten.

Die 54 Hochschulen konzentrieren sich auf 26 Standorte, darunter allein 15 Standorte, an denen die jeweilige Hochschule die einzige an ihrem Standort ist. An 11 Standorten sind somit 39 Hochschulen vereinigt. Aufgrund der regionalen Nähe einzelner Hochschulen läßt sich für die Analyse die Zahl der Standorte weiter verringern: auf

12 Standorte. Dabei werden Rostock und Warnemünde-Wustrow, Halle und Leuna-Merseburg, Erfurt und Weimar, Dresden und Meißen sowie Chemnitz und Mittweida jeweils zu einem Standort zusammengefaßt.

Gemessen am Neuzulassungsaufkommen in den Jahren 1985 bis 1989 sind Dresden, Leipzig und Berlin-Ost die drei größten Hochschulstandorte: 45 Prozent aller neu zugelassenen Studenten nahmen hier ihr Direktstudium auf.

Lenkung der Studienanfänger

Das Fachangebot in der ehemaligen DDR kann zu 11 Wissenschaftszweigen zusammengefaßt werden. Über 42 Prozent der neuzugelassenen Studenten nahmen ihr Studium in einer technischen oder mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachrichtung auf, und zwar mit steigender Tendenz von 1985 bis 1989. Die Lenkung der Neuzulassungen in die technischen Fächer in diesen fünf Jahren ging eindeutig auf Kosten der Lehrerausbildung und der agrarwissenschaftlichen Fächer. In den übrigen sieben Wissenschaftszweigen waren die Neuzulassungen relativ konstant. Einen vergleichsweise geringen Stellenwert nehmen Kulturwissenschaften und Kunst, Literatur- und Sprachwissenschaften ein: nur knapp zwei Prozent aller Studienanfänger entfallen auf die 13 Fachrichtungen dieser beiden Wissenschaftszweige.

Perspektiven

Um die Veränderungen in ihren Konsequenzen für das fachliche Angebot, die Fachbelegungen und die regionalen Wanderungen der Studierenden bzw. die regionale Attraktivität der einzelnen Hochschulen zu erhellen, erscheint eine weiterführende Analyse der entsprechenden Daten für 1990 (die bereits vorliegen) und 1991 erforderlich.

Interessenten können das Heft 8/91 „Fach- und Regionalstrukturen der ostdeutschen Hochschulen“ kostenlos beim Referat Öffentlichkeitsarbeit des BMBW, Postfach 20 01 08, 5300 Bonn 2, anfordern. □

aus:
Informationen
Bildung
Wissenschaft
2/92

